

Maren Möhring

Jenseits des Integrationsparadigmas?

Teil II:

Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945

Für die Genealogie des Integrationsparadigmas¹ spielte die Arbeitsmigration nach 1945 eine zentrale Rolle; eine historische Analyse des »Gastarbeiter«-Systems ist unabdingbar, will man die gegenwärtige Migrations- und Integrationspolitik in der Bundesrepublik in ihrer Genese verstehen. Doch auch die Erfahrungen mit (Arbeits-)Migration in der DDR sollten in diesem Zusammenhang mehr Aufmerksamkeit erfahren. Der folgende Forschungsbericht wird einige Überblicksdarstellungen, vor allem aber einzelne Fallstudien zur Arbeitsmigration in Europa vorstellen. Der Fokus liegt dabei zum einen auf der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und zum anderen auf dem deutschsprachigen Raum. Dieser allerdings wird in seinen europäischen und globalen Bezügen untersucht – nicht zuletzt, weil der Schwerpunkt des Literaturberichts auf transnationalen Migrationsbewegungen liegt. Binnenmigration, die einen wichtigen Aspekt der Arbeitsmigration in Europa und darüber hinaus darstellt, bleibt weitgehend ausgeblendet.² Dasselbe gilt für Asyl- und Fluchtmigration, auch wenn sich die staatlicherseits unterschiedlich kategorisierten Formen der Migration nicht immer separieren lassen, wie zu zeigen sein wird.

Flucht- und andere Formen der Migration gemeinsam zu diskutieren, würde auch insofern Sinn ergeben, als eine Analyse des Umgangs mit bestimmten Neuankömmlingen in einer Gesellschaft auch für das Verständnis späterer und andersartiger Migrationsbewegungen relevant ist. Philipp Ther hat in seiner 2017 erschienenen Studie über Fluchtmigration betont, dass trotz aller Unterschiede zwischen den seit 2011 in die Bundesrepublik kommenden Geflüchteten und den mit Arbeitserlaubnis ausgestatteten Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die im Rahmen der Anwerbeverträge ins Land kamen, ein historischer Vergleich sinnvoll ist.³ Vor allem könne man aktuell, so Ther, auf die zahlreichen historischen Erfahrungen mit der Integration von Neuankömmlingen zurückgreifen – auch und gerade auf die negativen.⁴ So thematisiert Ther die verpassten Chancen, mithilfe von Sprachkursen die Integration (und Partizipation) der (ehemaligen) »Gastarbeiter« zu befördern, ebenso wie er die – von ihm als »Desintegration« bezeichnete – Rückkehrförderung unter

1 Vgl. Teil I dieses Forschungsberichts: Maren Möhring, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung, in: AfS 58, 2018, S. 305–330.

2 Für eine aktuelle ausführliche Studie zur Binnenmigration im Deutschen Reich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, die sich insbesondere für die Migration Erwerbsloser und landwirtschaftlicher Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter, aber auch für Siedlungsprogramme interessiert, vgl. Jan Andreas Kaufhold, Migration und Weltwirtschaftskrise. Wanderungen im Deutschen Reich in den späten 1920er und frühen 1930er Jahren, Paderborn 2019.

3 Philipp Ther, Die Außenseiter. Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa, Berlin 2017, S. 304. Die Frage nach der Rolle vergangener Migrationsbewegungen und vergangener Diskurse für die heutige Zeit zu analysieren, fordert auch Dirk Hoerder, Arbeitsmigration und Flucht vom 19. bis ins 21. Jahrhundert, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 25, 2016, H. 1, S. 3–32, hier: S. 32.

4 Einleitend problematisiert Ther, Die Außenseiter, S. 27, den Integrationsbegriff, den er »funktionalistisch« und »nicht normativ« versteht. Die rechtliche, berufliche, lebensweltliche und familiäre Integration (Heiratsverhalten) ergänzt er zudem um den »wesentliche[n] Punkt [...] Partizipation« (ebd., S. 32 und 28).

der Regierung Kohl in den 1980er-Jahren kritisiert.⁵ Immer wieder versucht Ther, Migrantinnen und Migranten als historische Akteure in den Blick zu nehmen – nach wie vor ein Desiderat der Migrationsforschung, das verdeutlicht, wie stark geschichtswissenschaftliche Thematisierungen von *agency* von der öffentlichen Anerkennung bestimmter Gruppen abhängen.⁶ Grundsätzlich bleibt zu fragen, ob und in welchem Sinne vergangene Erfahrungen mit Migration Antworten auf aktuelle Fragen geben können. Migrationsgeschichte erscheint dann instruktiv, wenn sie uns zu einem »new understanding of the larger context« verhilft, »one in which a different future was entirely possible«.⁷ Obwohl für den größeren Zusammenhang die gemeinsame Diskussion verschiedener Migrationsformen interessant wäre⁸, beschränkt sich der folgende Forschungsbericht aus Kapazitätsgründen auf eine spezifische Form von Migration: die Arbeitsmigration.

I. ARBEITSMIGRATION

Arbeitsmigration gehört in der Migrationsforschung sicherlich zu den am häufigsten thematisierten Migrationsformen. Sie nimmt einen prominenten Platz in Überblicksdarstellungen sowie in enzyklopädischen Werken zur Migrationsgeschichte ein.⁹ Doch was ist eigentlich unter Arbeitsmigration zu verstehen? Gängige Typologien unterscheiden insbesondere zwischen erzwungener (Flucht-)Migration und tendenziell freiwilliger Arbeitsmigration zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation.¹⁰ Die Bedrohung des eigenen Lebens auf der einen Seite und primär ökonomische Motive auf der anderen Seite werden einander gegenübergestellt – und den jeweiligen Migrantengruppen unterstellt.¹¹ Diese Kategorisierung ist zu Recht zunehmend problematisiert worden, trägt eine solche

5 Ebd., S. 326.

6 Das haben Michael G. Esch und Patrice Poutrus bereits 2005 am Beispiel der Vertriebenen verdeutlicht, deren Zuwanderungsgeschichte erfolgreich in die nationale Meistererzählung integriert wurde, *Michael G. Esch/Patrice Poutrus*, *Zeitgeschichte und Integrationsforschung*. Eine Einführung, in: *ZHF* 32, 2005, S. 338–344, hier: S. 339.

7 So hat es Jennifer A. Miller auf den Punkt gebracht, deren Studie zur türkischen Arbeitsmigration in die Bundesrepublik später ausführlich vorgestellt wird.

8 Zu der in den letzten Jahren stark expandierten Forschung über Geflüchtete vgl. insbesondere die 2017 neu gegründete Zeitschrift »Z'Flucht. Zeitschrift für Flüchtlingsforschung/The German Journal for Refugee Studies«.

9 Vgl. exemplarisch *Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen* u. a. (Hrsg.), *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Paderborn/München etc. 2007; *Ulrich Herbert*, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München 2008. Für einen konzisen historischen Überblick vgl. auch *Jochen Oltmer*, *Grenzüberschreitende Arbeitsmigration von und nach Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Entwicklung, Stand und Perspektiven der Forschung*, in: *Dittmar Dahlmann/Margrit Schulte Beerbühl* (Hrsg.), *Perspektiven in der Fremde? Arbeitsmarkt und Migration von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*, Essen 2011, S. 25–48.

10 Vgl. etwa *Dirk Hoerder/Jan Lucassen/Leo Lucassen*, *Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung*, in: *Bade/Emmer/L. Lucassen* u. a., *Enzyklopädie Migration in Europa*, S. 28–53, hier: S. 37. Hier wird auch nochmals zwischen den Arbeitsmarktsegmenten unterschieden, in denen Migrantinnen und Migranten jeweils tätig werden: agrarisch, gewerblich-industriell, Dienstleistungssektor und »Elite (Beamte, freie Berufe und Geschäftsleute)« (ebd.).

11 Ein *re-entry* dieser Unterscheidung lässt sich für die Figur des Flüchtlings beobachten, die in den politisch verfolgten (»echten«) Flüchtling und den sogenannten Wirtschaftsflüchtling aufgespalten wird. Zur Künstlichkeit dieser Unterscheidung vgl. auch *Lauren Stokes*, *The Permanent Refugee Crisis in the Federal Republic of Germany, 1949–*, in: *Central European History* 52, 2019, S. 19–44.

Unterscheidung doch zur Reproduktion administrativer Klassifizierungspraktiken bei.¹² Wie empirische Beispiele in Geschichte und Gegenwart zeigen, ist eine klare Unterscheidbarkeit keineswegs immer gegeben. Die Migration aus der Türkei in die Bundesrepublik beispielsweise erfolgte zum einen im Rahmen der Zuwanderung von »Gastarbeitern«, an der sich aber überproportional viele in der Türkei diskriminierte Personen (etwa Kurdinnen und Kurden) beteiligten, und zum anderen als Fluchtmigration, insbesondere nach dem Anwerbestopp 1974 und dem Militärputsch in der Türkei 1980. Insofern eine legale Zuwanderung nur noch über einen Asylantrag (oder den Familiennachzug) erfolgen konnte, wählten viele Migrantinnen und Migranten diesen Weg – ungeachtet ihrer jeweiligen Motive, die in den meisten Fällen wirtschaftliche und andere (soziokulturelle oder auch politische) Beweggründe umfassten. In diesem Sinne könnte man mit Serhat Karakayalı das, was gemeinhin als Arbeitsmigration klassifiziert wird, auch über Begriffe wie »Flucht aus sozialen Verhältnissen« neu perspektivieren.¹³ Nicht in Abrede gestellt werden soll aber, dass es selbstverständlich unterschiedliche Grade der Freiwilligkeit und des Zwangs zur Migration gibt. Dirk Hoerder unterscheidet entsprechend zwischen einer weitgehend auf eigener Entscheidung beruhenden Migration, die aber oftmals »unter (teils extremen) ökonomischen Zwängen« erfolge, und unfreiwilliger Migration infolge von Krieg und Vertreibung, die er nochmals von Zwangswanderungen im engen Sinne unterscheidet, zu denen Sklaverei und (andere) Zwangsarbeitssysteme gehören.¹⁴ Im folgenden Forschungsbericht wird es nicht um Zwangsarbeitssysteme (etwa im nationalsozialistischen Deutschland) gehen, sondern um mehr oder weniger freiwillige Formen der Arbeitsmigration.

Den Begriff »Arbeitsmigration« gilt es darüber hinaus insofern weiter zu problematisieren, als sich einerseits die Frage stellen lässt, welche Art der Migration denn eigentlich keine Arbeitsmigration ist. Außer im Falle sehr kleiner Kinder oder alter Menschen (sprich: Rentnerinnen und Rentner) gehört zur Migration fast immer die Arbeitsaufnahme – wenn nicht einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit, dann die Arbeit in einem Haushalt wie im Falle von Care-Arbeiterinnen, Au-Pairs oder auch Heiratsmigrantinnen. Andererseits lässt sich der Begriff auch als eine Verengung des Migrationsgeschehens auf die Ausübung bestimmter Tätigkeiten kritisieren. In diesem Sinne markiert er eine »spezifische Form des Umgangs moderner Gesellschaften mit Migrationsprozessen«.¹⁵ Zum einen stellt Arbeitsmigration damit »eine allgemeine Tatsache« dar, weil (fast) alle Migrantinnen und Migranten ihren Lebensunterhalt durch Arbeit sichern müssen; zum anderen lässt sich Arbeitsmigration aber auch als Sonderfall verstehen, bei dem Migration ökonomisch über Angebot und Nachfrage von Arbeitskraft definiert und mithin funktional begriffen wird. Das gilt in besonderem Maße für die im Folgenden im Zentrum stehende »Gastarbeiter«-Migration.

12 So *Martin Geiger*, Migration. Sicherheit. Raum. Erörterungen zur (neuen) Gouvernamentalität der Migration, in: *Henning Füller/Boris Michel* (Hrsg.), Die Ordnung der Räume. Geographische Forschung im Anschluss an Michel Foucault, Münster 2012, S. 82–107, hier: S. 91.

13 *Serhat Karakayalı*, Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2008, S. 83, bezieht sich hier unter anderem auf die Studien von *Peter Linebaugh/Marcus Redeker*, The Many-Headed Hydra. Sailors, Slaves, Commoners, and the Hidden History of the Revolutionary Atlantic, Boston 2000. Vgl. auch *Dimitris Papadopoulos/Niamh Stephenson/Vassilis Tsianos*, Escape Routes. Control and Subversion in the Twenty-First Century, London 2008.

14 *Hoerder*, Arbeitsmigration und Flucht vom 19. bis ins 21. Jahrhundert, S. 7.

15 *Thomas Geisen*, Migration als Vergesellschaftungsprozess. Zur Konstruktion von Arbeitsmigration als Sonderfall, in: *ders.* (Hrsg.), Arbeitsmigration. WanderarbeiterInnen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft, Frankfurt am Main/London 2005, S. 19–35, hier: S. 19. Diese auf Kosten-Nutzen-Erwägungen basierende Rahmung von Migration ist nicht losgelöst von Rassismen zu betrachten; wie Geisen zeigen kann, erweisen sich bestimmte Stereotype als prägender Faktor der Nutzenkalkulation.

Der Begriff »Arbeitsmigration« wirft also auf sehr grundsätzliche Weise die Frage nach dem Verhältnis von Arbeit und Migration auf.¹⁶ Zunächst einmal lässt sich ein historisches Argument für die enge Verzahnung von beidem insbesondere in der Moderne machen: Lohnarbeit beruht auf der Freisetzung von Menschen, die sich in Form von Binnenmigration oder auch transnationaler Migration auf den Weg zu den (neuen) Arbeitsstätten machen. Eine solche Perspektive, die Weltgeschichte als Wanderungsbewegung von Menschen auf der Suche nach Arbeit versteht, haben prononciert Michael Hardt und Antonio Negri in ihrem Buch *Empire* eingenommen.¹⁷ Fest steht, dass veränderte Arbeitsverhältnisse in der Geschichte immer wieder zu neuen Migrationsbewegungen geführt haben; andersherum aber transformiert migrantische Arbeit auch die Arbeitsverhältnisse. Der Umgang mit migrantischer Arbeit, so eine zentrale These der Forschung, hat dabei vielfach als »Laboratorium neuer Arbeitsbeziehungen«, auch der Prekarisierung fungiert.¹⁸ Die Relationen zwischen Migration und sich wandelnden Arbeitsmärkten zu untersuchen, stellt ein Desiderat nicht nur der Forschungen zur Arbeitsmigration dar.¹⁹ Deren Fokus liegt nach wie vor auf eher proletarisch geprägten Migrationsbewegungen; die »Elitenmigration« von *professionals* oder auch Studierenden wird kaum als Arbeitsmigration klassifiziert – nicht zuletzt, weil die genannten Gruppen oftmals gar nicht als Migrantinnen und Migranten firmieren, auch wenn sie sich länger als ein Jahr im Ausland aufhalten.²⁰ Hochqualifizierte werden entsprechend auch kaum mit dem Integrationsimperativ konfrontiert.²¹

Dass es sich lohnt, Arbeit und Migration auch systematisch gemeinsam zu diskutieren, wird in der Festschrift für Ludger Pries, der mit seinen Forschungen zu transnationalen Räumen auch über die Soziologie hinaus bekannt geworden ist, in insgesamt 22 Beiträgen herausgestrichen. Pries selbst hat dafür plädiert, die soziologische Forschung zur internationalen Migration stärker mit der sozialwissenschaftlichen Arbeitsmarkttheorie zu verbinden.²² Trotz der wachsenden Bedeutung von Mobilität/Migration für das Erwerbsleben, so konstatieren die Herausgeberin und die Herausgeber Martina Maletzky, Martin Seeliger und Manfred Wannöffel in ihrer Einleitung, sei noch immer wenig über »Folgen und Funktionen von (grenzüberschreitender) Mitarbeitermobilität für das Arbeitsleben« bekannt.²³

16 Vgl. zu diesem Zusammenhang auch den 2011 erschienenen Sammelband von *Dahlmann/Schulte Beerbühl*, Perspektiven in der Fremde?.

17 *Michael Hardt/Antonio Negri*, *Empire*. Die neue Weltordnung, Frankfurt am Main/New York 2002 (zuerst engl. 2000).

18 So *Maurizio Coppola*, Prekarität, Migration, Widerstand – am Beispiel der Schweiz, in: *Sozial. Geschichte Online* 10, 2013, S. 119–146, hier: S. 128. Zur Entwertung migrantischer Arbeitskraft aufgrund von rechtlicher Schlechterstellung, der Nichtanerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen sowie im Zuge kulturalisierender Zuschreibungen an die *ethnic economy* vgl. *Harald Bauder*, *How Migration Regulates Labor Markets*, Oxford 2006.

19 Noch breiter formuliert bedeutet das, Migrationsprozesse und sozialen Wandel gemeinsam und in ihrem Wechselverhältnis zu betrachten. Dazu gehören unbedingt auch Veränderungen im Geschlechterverhältnis. Vgl. dazu zum Beispiel *Helma Lutz*, Gender in the Migratory Process, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36, 2010, S. 1647–1663.

20 Dass die (innereuropäische) sogenannte Wohlstandsmigration ein Forschungsdesiderat darstellt, konstatiert für Österreich *Martina Nothnagel*, »Auch wir sind Migrant_innen!«. Migrant_innen aus Skandinavien, Deutschland und Spanien in Wien, Bielefeld 2019, S. 11.

21 *Thomas Faist*, (Staats)Bürgerschaft, in: *Özkan Ezli/Gisela Staupe* (Hrsg.), *Das neue Deutschland*. Von Migration und Vielfalt, Paderborn 2014, S. 196–198, hier: S. 197f.

22 *Ludger Pries*, Internationalisierung von Arbeitsmobilität durch Arbeitsmigration, in: *Fritz Böhle/Günther G. Voß/Günther Wächter* (Hrsg.), *Handbuch Arbeitssoziologie*, Wiesbaden 2010, S. 729–750, hier S. 729.

23 *Martina Maletzky/Martin Seeliger/Manfred Wannöffel*, Einleitung: Arbeit, Organisation und Mobilität aus grenzüberschreitender Perspektive, in: *dies.* (Hrsg.), *Arbeit, Organisation und Mobilität*. Eine grenzüberschreitende Perspektive. Festschrift für Ludger Pries, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2013, 534 S., kart., 39,90 €, S. 11–25, hier: S. 15.

Dasselbe gelte für die »mobilitätsgenerierenden Kräfte von Organisationen«.²⁴ Wenn im Titel des Buches von Grenzüberschreitung die Rede ist, dann ist mithin nicht nur der Übertritt über eine Landesgrenze, sondern auch der Versuch, die disziplinären Grenzen von Arbeits-, Organisations- und Migrationssoziologie zu überschreiten, gemeint. Entsprechend ist das Buch in drei Teile gegliedert, von denen sich der erste mit räumlichen Überschreitungen im engeren Sinne befasst, während im zweiten Teil Fragen zum Beispiel transnationaler Interessenregulierung, etwa Internationalisierungsbemühungen von Betriebsräten, behandelt werden. Teil III schließlich betrachtet die Personalmobilität und ihre Generierung innerhalb verschiedener Organisationen, die von multinationalen Unternehmen über politische Stiftungen bis hin zu religiösen migrantischen Zusammenschlüssen reichen.

Für die historische Migrationsforschung ist insbesondere die Darlegung und Auseinandersetzung mit Pries' Überlegungen zu transnationalen Sozialräumen von Martin Seeliger interessant. Er benennt die Pluri-Lokalität dieser Räume als wichtigen Aspekt und referiert die von Pries vorgenommene, ursprünglich auf Peggy Levitt zurückgehende Unterscheidung zwischen transnationalen Räumen als dichten Verflechtungen, transnationalen Netzwerken als weniger intensiven Formen der Transnationalität und schließlich transnationalen Beziehungen als dritter und am wenigsten enger Form transnationaler Verflechtung. Vor allem macht Seeliger deutlich, dass Pries sich anfangs besonders für die Dimension neuer Möglichkeitsräume interessiert habe, im Zuge seiner Beschäftigung mit grenzüberschreitenden Formen der Regulierung von Arbeit aber zunehmend Fragen von Macht und Herrschaft für relevant erachtet habe. Damit eignet sich sein Ansatz sehr gut, um, raumtheoretisch reflektiert, sowohl (globale) Ungleichheit als auch emanzipative Potenziale in der Analyse zu berücksichtigen.²⁵

Monika Salzbrunn bietet im Anschluss einen informativen Überblick über die anglo-amerikanische, deutsche und französische Migrationssoziologie und ihre Konzeptualisierung von Transnationalität/transnationalen Sozialräumen einerseits und von Zirkulation andererseits. An der französischen Migrationssoziologie kritisiert Salzbrunn, dass sie mit ihrer Betonung der Zirkulation die Bedeutung lokaler (Wohn-)Orte herunterspiele; zudem sei in Frankreich lange Zeit die migrantische *agency* zugunsten sozioökonomischer Strukturen vernachlässigt worden.²⁶ Für die Gegenwart aber macht sie eine Annäherung insofern aus, als sich die Migrationssoziologie in allen untersuchten Kontexten vermehrt für die durch Migration hervorgerufenen soziokulturellen Transformationen (in vornehmlich urbanen Räumen) interessiere.²⁷ Dieser explizite Fokus auf neue, hybride Praktiken ist sicherlich weiterführend – und zwar nicht nur bezüglich sich verändernder Arbeitsverhältnisse, sondern auch im Hinblick auf Konsum und Freizeitgestaltung.²⁸

II. STUDIEN ZUM SOGENANTEN GASTARBEITERSYSTEM

Nach diesen Vorüberlegungen zum Begriff der Arbeitsmigration und dem – stets für den Untersuchungsgegenstand genau zu analysierenden – Verhältnis von Arbeit und Migration werden im Folgenden vornehmlich geschichtswissenschaftliche Studien zur Arbeits-

24 Ebd., S. 17.

25 Vgl. Martin Seeliger, Transnationale Verflechtungen – Ludger Pries' figurationssoziologische Sozialraumtheorie mit doppelt grenzüberschreitendem Sinnhorizont, in: ebd., S. 46–62, hier: S. 59.

26 Monika Salzbrunn, Migrationsforschung »sachsonisch«, »teutonisch« und »gallisch«. Eine transnationale Wissenschaftssoziologie, in: ebd., S. 63–83, hier: S. 68 und 70.

27 Ebd., S. 71.

28 Virginie Dercourt-Silhouette/Maren Möhring/Marie Poinso (Hrsg.), Au prisme de la consommation (= hommes & migrations 13, 2018, Nr. 20); dies., La figure du consommateur immigré en Europe. Regards franco-allemands, Paris 2018.

migration nach 1945 vorgestellt.²⁹ Der Fokus auf den europäischen und insbesondere den deutschsprachigen Raum bringt es mit sich, dass die Rekrutierung von Arbeitskräften im Zuge zwischenstaatlicher Anwerbeabkommen sowie das Ende dieses »Gastarbeiter«-Systems³⁰ einen breiten Raum einnehmen werden. Die in mehreren Ländern Anfang der 1970er-Jahre erlassenen Anwerbestopps haben das seit den 1950er-Jahren breit etablierte Migrationsregime transformiert; der Umbruch in Osteuropa in den späten 1980er-Jahren sowie weitere globale Veränderungen führten zu einem weiteren grundlegenden Wandel des europäischen Migrationssystems und neuen Formen von Arbeitsmigration. Insgesamt setzte eine starke Diversifizierung der Arbeitsverhältnisse ein, die sich kaum noch einem größeren Migrationssystem zuordnen lassen.³¹ Mit der Ablösung des »Gastarbeiter«-Systems durch neue Formen (der Regulierung) migrantischer Arbeit steht damit sowohl eine Auseinandersetzung mit den langfristigen Folgen der Arbeitskräfteanwerbung der 1950er- bis 1970er-Jahre als auch eine Beschäftigung mit den neuerlichen Ost-West-Migrationen auf der Agenda. Der Fokus auf den deutschsprachigen Raum bedingt, dass Formen transnationaler Arbeitsmigration, die stark von Dekolonisation geprägt waren und sich vor allem in Frankreich und Großbritannien, aber auch in den Niederlanden oder Belgien beobachten lassen, nur vereinzelt und in punktuellen Vergleichen in den Blick geraten.³²

Global lässt sich das »Gastarbeiter«-System als eines von zwei Süd-Nord-Wanderungssystemen in der Zeit nach 1945 identifizieren. Christiane Harzig und Dirk Hoerder unterscheiden weltweit zwischen acht großen und sich teils überlappenden Migrationssystemen nach dem Zweiten Weltkrieg: Zwei dieser Systeme ordnen sie als Süd-Nord-Wanderungssysteme ein, zum einen die südeuropäische (Gast-)Arbeitsmigration nach West- und Nordeuropa (die sich dann bald auch auf Nordafrika als Entsendungsregion erweiterte³³), zum anderen die Migration aus Lateinamerika und der Karibik in die USA. Weitere (trans-)regionale Migrationssysteme entstanden zwischen der Karibik und Mittel-/Südamerika sowie zwischen den schnell wachsenden Ökonomien Südkoreas, Singapurs und Malaysias; zudem trat das pazifische Migrationssystem in eine neue Phase ein, nachdem die USA ab 1965 Migration aus Asien wieder zuließ.³⁴ Hinzu kamen in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts dann die ölfördernden Staaten am Persischen Golf, die Arbeitskräfte vor allem aus Nordafrika und Asien temporär anwarben (und weiterhin rekrutieren). Auch im subsaharischen Afrika ist, insbesondere nach Ende der Apartheid, ein regionales Migrationssystem entstanden. Osteuropa verfügte während des Kalten Krieges über ein eigenes

29 Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei den Studierenden meines Master-Seminars »(Arbeits-)Migration. Theorie und Geschichte« im WS 2016/17 an der Universität Leipzig, mit denen ich einige der hier vorgestellten Bücher diskutieren konnte.

30 In der Schweiz war von »Fremdarbeitern« die Rede – eine Bezeichnung, die in der Bundesrepublik aufgrund des nationalsozialistischen Zwangsarbeitersystems nur noch selten offiziell Verwendung fand.

31 Sowohl eine zunehmende Migration hochspezialisierter Fachkräfte als auch ungelerner Arbeitskräfte sei global zu beobachten, so *Dirk Hoerder*, Migration Research in Global Perspective: Recent Developments, in: Sozial.Geschichte Online 9, 2012, S. 63–84, hier: S. 82.

32 Allerdings gilt es zu bedenken, dass das oft gewaltvolle Ende europäischer Kolonialherrschaft nach 1945 auch für Länder wie die Bundesrepublik von Bedeutung war, nicht zuletzt im Hinblick auf algerische Migranten und Migrantinnen, vgl. *Lucas Hardt*, Flüchtlinge, Terroristen, Freiheitskämpfer? Algerische Migranten und die Bundesrepublik Deutschland 1954 bis 1962, in: VfZ 67, 2019, S. 377–407.

33 Südeuropa und Nordafrika ließen sich in diesem Sinne zu einem mediterranen Auswanderungsraum zusammenfassen.

34 Seit den 1980er-Jahren wandern mehr Personen aus nichteuropäischen denn aus europäischen Staaten in die USA ein. Vgl. *Hoerder*, Arbeitsmigration und Flucht vom 19. bis ins 21. Jahrhundert, S. 23.

Migrationssystem, das mit den politischen Transformationen der späten 1980er-Jahre aber aufbrach und neuen Ost-West-Migrationsbewegungen Platz machte.³⁵ Mit der Betrachtung der transnationalen Arbeitsmigration nach Nord- und Westeuropa und insbesondere in den deutschsprachigen Raum wird also ein spezifisches Migrationssystem nach 1945 fokussiert, das sich parallel zu anderen Migrationssystemen entwickelte. Vergleichende Analysen, die diese verschiedenen Migrationssysteme systematisch auf Ähnlichkeiten und Differenzen untersuchen, stehen noch weitgehend aus. Transregionale Perspektiven aber sind unabdingbar, wenn man sich differenziert mit Migration im globalen Kontext befassen möchte.

Einen Versuch, die US-amerikanische Anwerbung von Landarbeitern vor allem aus Jamaika vom Zweiten Weltkrieg bis in die 1990er-Jahre im Rahmen des sogenannten H2-Programms mit europäischen Gastarbeiterprogrammen zu vergleichen, unternimmt Cindy Hahamovitch in ihrer Studie »No Man's Land. Jamaican Guestworkers in America and the Global History of Deportable Labor«. Der auf reichem Archivmaterial und Interviews basierenden, vornehmlich sozialgeschichtlich ausgerichteten Untersuchung gelingt es, neben der Herausarbeitung der Interessen auf US-amerikanischer und jamaikanischer Seite immer wieder auch migrantische Handlungsräume aufzuzeigen. Das gilt insbesondere für Arbeitskämpfe, die sich letztlich jedoch als wenig erfolgreich erwiesen. Dass Gastarbeiterprogramme keine Alternative zu irregulärer Migration darstellen, sondern dass beide Formen der Arbeitsmigration immer »in symbiosis« existierten, macht Hahamovitch sehr deutlich.³⁶ Ihr Versuch, eine komparatistische Perspektive auf »Gastarbeit« zu werfen, ist sehr zu begrüßen; der eigentliche Vergleich jedoch fällt eher dürftig aus. Zwar werden wichtige Unterschiede benannt, zunächst einmal die ausschließliche Anwerbung von *guestworkers* für die am schlechtesten bezahlten und am wenigsten gewerkschaftlich organisierten Bereiche der Wirtschaft in den USA. Zudem wird die starke Rolle europäischer Staaten bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, aber auch deren sozialrechtliche Gleichstellung auf Druck der Gewerkschaften herausgestellt. Anzumerken wäre hier allerdings, dass die vergleichsweise guten Bedingungen in Europa auch mit der starken Konkurrenz der Anwerbeländer um Arbeitskräfte zusammenhängen, die zu Konzessionen an die Entsendeländer zwangen. In den USA wurde die Kontrolle der ausländischen Arbeitskräfte weitgehend der Arbeitgeberseite überlassen, welche die Arbeiter bei »undiszipliniertem« Verhalten einfach zurückschicken konnte.³⁷ Leider bleibt die europäische Vergleichsfolie insgesamt sehr blass. Insofern stellt eine Globalgeschichte der »Gastarbeit« nach wie vor ein Desiderat dar.³⁸

Will man die Genese des europäischen »Gastarbeiter«-Systems verstehen, kommt man nicht umhin, sich mit den bilateralen Wanderungsverträgen, die seit 1919 in Europa geschlossen wurden, zu befassen. Christoph Rass hat in seiner bereits 2010 erschienenen Habilitationsschrift diese Institutionalisierungsprozesse vergleichend in den Blick genommen. Rass' Studie bietet einen breiten, fast 500-seitigen Überblick über zehn Entsendeländer (Algerien, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Polen, Portugal, Spanien, Türkei und Tunesien) und acht Anwerbestaaten (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxem-

35 *Christiane Harzig/Dirk Hoerder/Donna Gabaccia*, *What Is Migration History?*, Cambridge/Malden 2009. Zur weit zurückreichenden Geschichte globaler Migration vgl. *Dirk Hoerder*, *Cultures in Contact. World Migrations in the Second Millennium*, Durham 2002.

36 *Cindy Hahamovitch*, *No Man's Land. Jamaican Guestworkers in America and the Global History of Deportable Labor*, Princeton University Press, Princeton 2013, 352 S, brosch., 26,95 \$, hier: S. 237.

37 Ebd., S. 89.

38 So auch James Brown in seiner Rezension des Buches, URL: <<https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=38927>> [5.5.2019].

burg, Niederlande, Österreich, Schweden und die Schweiz³⁹), die maßgeblich am »Gastarbeiter«-System beteiligt waren und ihre Beziehungen in insgesamt mehr als 80 bilateralen Verträgen zu regeln suchten. Zwischen 1946 und 1971 waren Deutschland und Frankreich mit jeweils 13 Wanderungs- und Folgeabkommen am aktivsten unter den Anwerbeländern, während Italien mit 16 Abkommen das am breitesten beteiligte Entsendeland darstellte.⁴⁰

Rass verfolgt eine institutionengeschichtliche Perspektive und nimmt vor allem staatliche Akteure in den Blick, wodurch zwangsläufig ein etwas einseitiges Bild des sich entwickelnden Migrationsregimes entsteht – jedenfalls wenn man unter Migrationsregimen »sich historisch wandelnde Handlungs- und Gestaltungsarenen mit spezifischen Konstellationen individueller, kollektiver und institutioneller Akteure« versteht und damit auch die *agency* nichtstaatlicher und vor allem auch migrantischer Akteurinnen und Akteure einbezieht.⁴¹ Rass selbst räumt die Grenzen seines Ansatzes ein, nicht zuletzt auch, weil bei ihm nur die in den Abkommen formulierten Normen, nicht aber deren – nur partielle und immer auch umkämpfte – Umsetzung zum Thema werden. Rass' politik- und staatszentrierte Perspektive findet ihren symptomatischen Ausdruck in hydraulischen Metaphern: »Riss der Nachfragesog schließlich ab, ließ sich auch dieses Ventil verschließen und der Migrationsprozess – zumindest theoretisch – beenden.«⁴² Die Einschränkung »zumindest theoretisch« deutet auf das weite Feld hin, das sich jenseits der Intentionen und mechanistischen Vorstellungen über Migrationsprozesse aufseiten staatlicher Instanzen auftut.

Verdienstvoll aber ist die beeindruckende Zusammenschau, die das Buch als Nachschlagewerk unentbehrlich macht. Institutionelle Konvergenzen sowie die Konkurrenz zwischen den Anwerbeländern werden herausgearbeitet, was die Notwendigkeit verdeutlicht, noch weit stärker vergleichende und transfargeschichtliche Perspektiven einzubeziehen. Erhellend ist auch die historische Langzeitperspektive von der Hochindustrialisierung bis zum Anfang der 1970er-Jahre. Insbesondere die Beispiele aus der Zwischenkriegszeit widerlegen klar die Vorstellung, dass die »Gastarbeiter«-Anwerbung nach 1945 neu und voraussetzungslos erfolgte. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang allerdings, dass die offizielle Anwerbung nur einen und oftmals nicht einmal den wichtigsten Weg der Zuwanderung darstellte.⁴³

39 Dänemark und Norwegen werden wegen ihrer geringen Bedeutung und nur kurzfristigen Beteiligung am »Gastarbeiter«-System ausgenommen, ebenso Großbritannien, das wegen seiner Abweichungen von den »Entwicklungslinien der kontinentaleuropäischen Industriestaaten« von Rass als »Sonderfall« betrachtet wird. Polen aber, obwohl nach 1945 Teil des osteuropäischen Migrationssystems, wird berücksichtigt, weil es in der Anfangszeit eine solch bedeutende Rolle als Entsendeland spielte. Vgl. *Christoph Rass*, *Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt. Bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974*, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2010, 571 S., geb., 58,00 €, S. 21.

40 Ebd., S. 493, Tab. 2.

41 *Vassilis S. Tsianos/Bernd Kasperek*, Zur Krise des europäischen Grenzregimes: eine regimetheoretische Annäherung, in: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 35, 2015, Nr. 138, S. 9–22, hier: S. 16. Vgl. zur Bedeutung dieses Regime-Begriffs auch den ersten Teil dieses Forschungsberichts *Möhring*, *Jenseits des Integrationsparadigmas?*, S. 8ff.

42 *Rass*, *Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt*, S. 480.

43 Für Frankfurt am Main stellt Ernst Karpf die Bedeutung der »wilde[n] Einwanderung« heraus, die für die Stadtverwaltung (nicht nur) im Hinblick auf den (fehlenden) Wohnraum eine Herausforderung darstellte, vgl. *Ernst Karpf*, *Eine Stadt und ihre Einwanderer. 700 Jahre Migrationsgeschichte in Frankfurt am Main*, Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2013, 414 S., brosch., 24,90 €, S. 134ff. Auch in den Niederlanden kam ein Gros der ausländischen Arbeitskräfte »auf eigene Initiative«; 1965 waren in Utrecht nur 16% der circa 4.500 ausländischen Arbeiter über offizielle Kanäle eingereist, so *Leo Lucassen/Jan Lucassen*, *Gewinner und Verlierer. Fünf Jahrhunderte Immigration – eine nüchterne Bilanz*, Münster/New York 2014, S. 100.

Mit dem Weg in das Anwerbeland, und zwar ganz konkret dem Bewerbungsverfahren sowie der Reise ins Zielland, setzt sich die 2018 erschienene Studie von Jennifer A. Miller über türkische »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik auseinander.⁴⁴ Auf türkischen und deutschen Quellen basierend, zeichnet sie detailliert die Aushandlungsprozesse zwischen Bewerberinnen und Bewerbern und türkischen wie deutschen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern in den türkischen Anwerbezentren nach. An Beispielen wie der gegenseitigen Hilfe der türkischen Bewerberinnen und Bewerber bei der ärztlichen Untersuchung (indem beispielsweise Urinproben ausgetauscht wurden) wird deutlich, dass die bürokratische Kontrolle des Auswahlprozesses schnell an Grenzen stieß, weil permanent »two different systems based on different motivations« aufeinanderprallten: »control versus subversion and cheap labour versus economic uplift«.⁴⁵ Im Anschluss widmet Miller ein ganzes Kapitel der (Bahn-)Reise ins Zielland. Während in der Reiseforschung die Bewegung im Raum bereits seit Langem als wichtiges Moment der Passage und Transformation konzeptualisiert wird, hat die Migrationsforschung diesen Aspekt bisher vernachlässigt.⁴⁶ Miller arbeitet nun im Kapitel »In Transit« heraus, welche wichtige Rolle der Reise für die Verwandlung zum »Gastarbeiter« zukam. Thematisiert werden zudem die westdeutschen Bemühungen, bei der Beförderung keine Anklänge an die Transporte während des Nationalsozialismus aufkommen zu lassen; verfängliche Begriffe wie »Transportlisten« sollten durch unbelastete Termini wie »Sammelreiseliste« ersetzt werden.⁴⁷ Was Millers Schwerpunktsetzung auf Motivationen und Aushandlungen der Migrantinnen und Migranten vor der Abreise und auf dem Weg nach München sehr eindringlich deutlich macht, sind die weit über ökonomische Interessen hinausgehenden Motive, namentlich die Abenteuerlust oder auch die Sehnsucht nach einem urbanen Lebensstil.

Wie im Falle der Anwerbung und Reise betont Miller auch im Kapitel »Finding Homes« die unterschiedlichen Umgangsweisen mit dem Thema, das heißt die Wohnraumfrage als Problem der Bereitstellung und Etablierung einer (Haus-)Ordnung auf deutscher Seite und die unterschiedlichen kreativen und teils sehr persönlichen Praktiken der Migrantinnen und Migranten, sich ein Zuhause zu schaffen. Die (bereits vielfach thematisierten) Überschreitungen der strengen Hausordnungen in den Wohnheimen beispielsweise, aber auch andere subversive Alltagspraktiken führt Millers Studie zu einem anschaulichen Gesamtbild zusammen, das die Migrantinnen und Migranten als aktive Gestaltende ihres Lebens sichtbar macht – trotz oder gerade angesichts der starken Regulierungsversuche, mit denen sie konfrontiert waren. Besonders interessant ist das Kapitel »Contested Borders«, in dem Miller, unter anderem auf der Basis von Stasi-Akten, die häufigen Grenzübertritte türkischer Migranten⁴⁸ nach Ost-Berlin untersucht. Als ausländische Touristen war ihnen eine Einreise mit Tagesvisum möglich und viele nutzten die Gelegenheit, nicht zuletzt um Beziehungen zu ostdeutschen Frauen aufzunehmen. Galten Türken und Türcinnen in Westdeutschland als Inbegriff des »Orients«, standen sie in Ostdeutschland für die begehrenswerte

44 Jennifer A. Miller, *Turkish Guest Workers in Germany. Hidden Lives and Contested Borders, 1960s to 1980s*, University of Toronto Press, Toronto/Buffalo etc. 2018, 228 S., geb., 85,00 \$.

45 Ebd., S. 55. Miller arbeitet nicht nur die repressiven Momente des Auswahlprozesses heraus, sondern betont, wie stark die deutsche Verwaltung ihre Verantwortung für die Arbeitsmigration wahrgenommen habe.

46 So auch Bettina Severin-Barboutie, *Multiple Deutungen und Funktionen. Die organisierte Reise ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland (1950er–1970er Jahre)*, in: GG 44, 2018, S. 223–249, die sich diesbezüglich explizit auf Jennifer A. Millers Studien bezieht.

47 So die Forderung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff 1972, vgl. Miller, *Turkish Guest Workers in Germany*, S. 71.

48 Die untersuchten Quellen benennen ausschließlich männliche Türken.

westliche (Konsum-)Welt.⁴⁹ Binationale Partnerschaften wurden von DDR-Seite argwöhnisch betrachtet, konnten sie doch in Heirat und Emigration münden – in die Türkei oder die Bundesrepublik.⁵⁰ Zudem zeigte sich (auch) die DDR besorgt angesichts möglicher politischer Infiltration durch die monatlich etwa 8.000 türkischen Staatsangehörigen, die nach Ost-Berlin kamen. Für die türkischen Migranten arbeitet Miller sehr schön heraus, wie sie im geteilten Berlin Strategien entwickelten, ihren Traum von einem besseren Leben umzusetzen. Viele fühlten sich in Ost-Berlin weit weniger mit Rassismus konfrontiert als im Westen und bauten sich jenseits der deutsch-deutschen Grenze ein erfülltes Sozialleben auf. Wie Miller betont, integrierten sie sich erfolgreich im Osten der Stadt. Nicht nur in dieser Hinsicht brachten sie die Pläne der Anwerbe- wie Entsendeländer durcheinander; diese Personengruppe eröffnet auch – und dies auf der Alltagsebene herausgestellt zu haben, ist sicherlich eines der größten Verdienste von Millers Studie – neue Perspektiven ›von unten‹ auf die Geschichte des Kalten Krieges.

Wie sich das »Gastarbeiter«-System im Einzelnen gestaltete, wie die Anwerbungen in verschiedenen Ländern konkret aussahen, aber auch welche irregulären Zuwanderungswege genutzt und schließlich wie die Arbeitsmigration und ihre Folgen wahrgenommen und diskutiert wurden, thematisiert ein von Jochen Oltmer, Axel Kreienbrink und Carlos Sanz Díaz herausgegebener Sammelband, der bereits 2012 erschienen ist. Nach wie vor aber kann dieser Band als einer der wenigen Beiträge zum Thema gelten, der Entstehung, Durchsetzung und gesellschaftliche Reaktionen auf das »Gastarbeiter«-System im europäischen Kontext betrachtet.⁵¹ Zwar befassen sich einige der Beiträge nur mit einem Land; aber wenn Grazia Prontera das Emigrationszentrum in Verona analysiert und im Anschluss Axel Kreienbrink die »asistencia al emigrante« im franquistischen Spanien, dann ergeben sich vielfältige Möglichkeiten des Vergleichs.⁵² Andere Beiträge, die sich vor allem mit der kommunalen Ebene beschäftigen, arbeiten explizit komparatistisch. Gewinnbringend werden Integrationsmaßnahmen für türkische Migranten und Migrantinnen in Bremen mit solchen für südasiatische Arbeitskräfte in Newcastle-upon-Tyne (Sarah Hackett) verglichen. Bettina Severin-Barboutie vergleicht den Umgang mit Migration in Stuttgart und

49 Einer der von Miller interviewten Türken, Cahit, beschreibt mit Begeisterung seine Wochenendbesuche in Ost-Berlin, bei denen seine Freunde und er vor allem zum Tanzen gingen und sich begehrenswert und männlich fühlten. Nachdem Cahit dort seine (zukünftige) Ehefrau kennengelernt hatte, zog er zu ihr nach Ost-Berlin. Vgl. ebd., S. 121.

50 Einem Stasi-Bericht zufolge beantragten im Jahr 1980 70 ostdeutsche Frauen ihre Ausreise in Verbindung mit der Hochzeit mit einem türkischen Staatsangehörigen, vgl. ebd., S. 116. Viele dieser Partnerschaften waren Liebesbeziehungen; teilweise aber zahlten ostdeutsche Frauen für eine solche Hochzeit, während andere wiederum ihre türkischen Partner finanziell ausnutzten. – Bei den in den Quellen genannten Türken handelte es sich nicht allein um Arbeitsmigranten, sondern es waren auch Studenten und andere soziale Gruppen vertreten. Einige türkische Staatsangehörige arbeiteten für die Stasi und überwachten insbesondere ihre Landsleute.

51 Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.), Das »Gastarbeiter«-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Oldenbourg Verlag, München 2012, 368 S., kart., 24,80 €. Carlos Sanz Díaz hat 2010 seine Studie über die irreguläre Migration aus Spanien in die BRD vorgelegt, die – weitgehend ohne dies eigens zu thematisieren oder zu den entsprechenden Theorien in Beziehung zu setzen – migrantische *agency* und die staatlichen Reaktionen und Regulierungsversuche auf diese untersucht. Carlos Sanz Díaz, »Illegale«, »Halblegale«, »Gastarbeiter«. Die irreguläre Migration aus Spanien in die Bundesrepublik Deutschland im Kontext der deutsch-spanischen Beziehungen 1960–1973, Berlin 2010.

52 Grazia Prontera, Das Emigrationszentrum in Verona. Anwerbung und Vermittlung italienischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland 1955–1975, in: Oltmer/Kreienbrink/Sanz Díaz, Das »Gastarbeiter«-System, S. 89–102; Axel Kreienbrink, Auswanderungslenkung und »asistencia al emigrante«. Das Instituto Español de Emigración im franquistischen Spanien, in: ebd., S. 103–118.

Lyon, während Olga Sparschuh die süditalienische Zuwanderung nach Turin und München einer gemeinsamen Analyse unterzieht und damit die Unterscheidung zwischen Binnen- und transnationaler Migration auf die Probe stellt.⁵³ Beide Wanderungsbewegungen werden von ihr als »Teil des Süd-Nord-Migrationssystems der 1950er bis 1970er Jahre« eingeordnet; seit der Freizügigkeit innerhalb der EWG erfolgten beide Zuwanderungen weitgehend ohne staatliche Lenkungen. Sparschuh beobachtet ähnliche Reaktionen in Turin und München, die sich von anfänglicher Nichtbeachtung hin zu einer zunehmenden Problematisierung der Migration wandelten, und auch bezüglich des kaum erfolgten sozialen Aufstiegs der süditalienischen Arbeitskräfte betont sie die Gemeinsamkeiten. Die Rückkehrneigung allerdings war unter den in Turin ansässig Gewordenen deutlich geringer als unter den nach München Migrierten.⁵⁴

Wie Frank Caestecker und Eric Vanhaute in ihrer vergleichenden Analyse der Arbeitsmigration und Arbeitsmarktintegration in Belgien, Frankreich, der Schweiz, Großbritannien und den Niederlanden betonten, traten neben die amtlichen bald verstärkt private Anwerbungen. Vor allem aber stellte sich schnell heraus, dass sich die Arbeitskräfte nicht als bloße wirtschaftspolitische Objekte behandeln ließen, sondern eigensinnig ihre Ziele verfolgten, trotz guter Konjunkturlage in ihr Herkunftsland zurückkehrten oder trotz Arbeitslosigkeit das Aufnahmeland nicht verließen.⁵⁵ Die Arbeitsmigrantinnen und -migranten fungierten demnach weit weniger als »Konjunkturpuffer« als es sich die Anwerbestaaten erhofft hatten. Die ausländischen Arbeitskräfte bildeten also einen integralen und nur partiell zu regulierenden Teil des zu untersuchenden Migrationsregimes – einen Teil, den es gegenüber den meist im Fokus der Forschung stehenden staatlichen Instanzen weit stärker zu gewichten gilt. Insgesamt bietet der Sammelband einen noch immer erhellenden Überblick über die Forschungen zur »Gastarbeiter«-Migration und hilft, die Konturen eines mittlerweile vergangenen, aber in seinen Auswirkungen nach wie vor bedeutsamen europäischen Migrationsregimes zu erkennen.

Ebenfalls vergleichend ausgerichtet ist die Dissertation von Jenny Pleinen, die die Migrationsregime in Belgien und Deutschland von 1945 bis in die 1980er-Jahre (und teils darüber hinaus) mit einem Schwerpunkt auf der Anwerbung von »Gastarbeitern« untersucht.⁵⁶ Sie fokussiert dabei insbesondere die Verwaltungspraxis⁵⁷ und zeigt anschaulich, wie die Öffnung der Arbeitsmärkte für ausländische Arbeitskräfte in beiden Ländern zu Regulierungsversuchen führte, die den Behörden jeweils sehr unterschiedlich große und anders

53 Sarah Hackett, Integration im kommunalen Raum. Bremen und Newcastle-upon-Tyne im Vergleich, in: ebd., S. 247–260; Bettina Severin-Barboutie, Stadt – Migration – Transformation. Stuttgart und Lyon im Vergleich, in: ebd., S. 233–246; Olga Sparschuh, Grenzen der Grenzen. Italienische Arbeitsmigration nach Turin und München in den 1950er bis 1970er Jahren, in: ebd., S. 167–182.

54 Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass die Verwaltungen der EG-Länder sich durchaus weigern konnten, italienischen Migrantinnen und Migranten eine langfristige Ansiedlung zu ermöglichen – eine Option, die in Norditalien gegenüber süditalienischen Zugewanderten nicht existierte, wie Jenny Pleinen, Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, Wallstein Verlag, Göttingen 2012, 420 S., brosch., 42,00 €, hier: S. 101, betont.

55 Frank Caestecker/Eric Vanhaute, Zuwanderung von Arbeitskräften in die Industriestaaten Westeuropas. Eine vergleichende Analyse der Muster von Arbeitsmarktintegration und Rückkehr 1945–1960, in: Olmer/Kreienbrink/Sanz Díaz, »Gastarbeiter«-System, S. 39–52.

56 Pleinen, Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg.

57 Zentrale Verwaltungsakteurin war dabei im belgischen Fall die Ausländerpolizei, während in der BRD die dezentralen Ausländerbehörden die relevanten Akteurinnen darstellen. Hier konnte Pleinen Einzelfallakten für die Kreisausländerbehörde Wesel auswerten, die noch um die Aktenbestände der Innenministerien des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalens ergänzt wurden – als Funktionsäquivalent für die *police des étrangers*.

gelagerte Ermessensspielräume zustanden – ein Umstand, der systematischer hätte erörtert werden können. Ergänzt wird diese Verwaltungsperspektive um eine Kollektivbiografie migrantischer Akteure und Akteurinnen, welche die Auswirkungen des behördlichen Handelns auf die Individuen (beziehungsweise Familien) zeigen soll. Wenn auch die Rekonstruktion von Kurzbiografien allein aus behördlichen Quellen nur eine sehr eingeschränkte Sicht auf migrantische Lebenswege eröffnet, werden dennoch Reaktionen und Strategien von Migrantinnen und Migranten sichtbar, die das anschauliche und bisweilen etwas zu detailliert geratene Panorama des Verwaltungshandelns zumindest partiell ergänzen. Systemtheoretisch inspiriert, interessiert sich Pleinen vor allem für die Chancen der Inklusion und die Risiken der Exklusion in beziehungsweise aus verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen, was für die vergleichende Migrationsgeschichte einen interessanten, bisher kaum verfolgten Ansatz darstellt, der es zudem erlaubt, Fragen der Integration als ganz unterschiedlich konturierte Programme und Praktiken der (partiellen) Inklusion zu diskutieren. Zu Recht hebt sie in diesem Zusammenhang hervor, dass es aufgrund der ausländischen Staatsangehörigkeit auch zur vollständigen Exklusion der Betroffenen kommen konnte. Ein grundsätzlicher Unterschied bestand zwischen beiden Ländern insofern, als sich die Bundesrepublik lange Zeit nicht als Einwanderungsstaat verstand, während Belgien eine längere, bis in die 1930er-Jahre zurückreichende Erfahrung auch mit dem Familiennachzug besaß und wesentlich stärker von (post-)kolonialer Migration geprägt war. Die Beschwörung von Überfremdungsszenarien allerdings lässt sich in beiden Staaten finden, wobei in der Bundesrepublik Sicherheitsargumenten generell eine größere Bedeutung zukam. Während hier die Zugehörigkeit von Zugewanderten vor dem Hintergrund der geteilten deutschen Nation problematisch war, fiel es der belgischen Politik schwer, angesichts des ›internen‹ Sprachenkonflikts und ausgeprägter regionaler Identitäten tragfähige Konzepte der Zugehörigkeit für Nicht-Belgier und -Belgierinnen zu entwickeln.

Pleinen betrachtet die 1970er-Jahre als zentrale »Scharnierphase« des bundesdeutschen wie des belgischen Migrationsregimes, weil sie den Beginn einer »zögerliche[n] Inklusion nach innen« markiert, die direkt an die (europäische) »Schließung nach außen« infolge der Anwerbestopps 1974 gekoppelt war.⁵⁸ Mit dieser Abkehr von der offiziellen Anwerbepolitik befasst sich Marcel Berlinghoff in seiner Heidelberger Dissertation »Das Ende der ›Gastarbeit‹«. ⁵⁹ Die Studie stellt nicht zuletzt insofern einen großen Gewinn dar, als sie das Thema nicht nur für die Bundesrepublik auslotet, sondern, orientiert an der *histoire croisée*, vergleichende und transfergeschichtliche Perspektiven einbezieht. Die 1970 in der Schweiz eingeführte Globalplafonierung⁶⁰ und die Anwerbestopps in der Bundesrepublik Ende 1973 und in Frankreich 1974 werden als fast synchron erfolgende Beendigungen eines spezifischen europäischen Arbeitsmigrationssystems eingeordnet, dem sich die Studie von ihrem Ende her nähert. Berlinghoff analysiert den Wandel der Migrationspolitik zum einen jeweils auf nationaler Ebene und kann quellengesättigt nachweisen, dass die Zuwanderung bereits seit den 1960er-Jahren nicht mehr allein unter ökonomischen, sondern zunehmend auch sozialen und gesellschaftspolitischen Aspekten diskutiert wurde; der Trend zur Einwanderung wurde durchaus registriert und integrationspolitische Überlegungen gewannen an Raum.⁶¹ Zum anderen analysiert er die bilateralen und inter-

58 Ebd., S. 101.

59 Marcel Berlinghoff, *Das Ende der »Gastarbeit«*. Europäische Anwerbestopps 1970–1974, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2013, 403 S., brosch., 49,90 €.

60 Damit ist die Festlegung einer Obergrenze für die Einreise ausländischer Arbeitskräfte gemeint, die sich an der Zahl der Zurückkehrenden des Vorjahrs orientierte, mithin ein nomineller Stopp zusätzlicher Zuwanderung.

61 Gerade Studien zur kommunalen Ebene bieten hierfür wichtiges empirisches Material, vgl. Maria Alexopoulou, *Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Ein-*

nationalen Kontakte der Regierungsbeamten, die – so seine These – letztlich zu einer Europäisierung der Migrationspolitik beigetragen haben.⁶²

Die Auswahl seiner Fallbeispiele erlaubt es Berlinghoff, mit der Schweiz und der Bundesrepublik als typisch erachtete »Gastarbeiter«-Systeme in den Blick zu nehmen und diese mit dem stark durch postkoloniale Migration geprägten »Laissez-faire«-Regime⁶³ in Frankreich zu vergleichen. Neben der geografischen Lage, differenten nationalen Selbstverständnissen, (Nicht-)Zugehörigkeit zur EWG sowie unterschiedlichen Kolonialgeschichten werden auch die Differenzen in politischer Hinsicht zwischen dem zentralistischen Frankreich, der föderal organisierten Bundesrepublik und der schweizerischen Konsensdemokratie berücksichtigt. Deutlich wird die Vorreiterrolle der Schweiz in Migrationsfragen. Mit dem Saisonier- und Jahresaufenthalterstatus erreichte die Schweiz ein vergleichsweise hohes Niveau der Kontrolle über Migrationsbewegungen und wurde damit zum Vorbild für andere europäische Staaten – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die wachsende Berücksichtigung von Überfremdungsargumenten in den migrationspolitischen Debatten. Die Bundesrepublik entschied sich – statt die schweizerische Plafonierung zu übernehmen – für Zuzugsbeschränkungen in »überlastete Siedlungsgebiete«, und Frankreich, das lange Zeit spontane Einwanderung im Nachhinein regularisiert hatte, verhängte 1974 insofern den schärfsten Anwerbestopp, als zunächst auch jeglicher Familiennachzug verboten war. Das Hauptmotiv in Frankreich sieht Berlinghoff in dem Anliegen, die Kontrolle über die Migration wiederzuerlangen. Fortan wurde die Integration der bereits im Land befindlichen Migrantinnen und Migranten für wichtig erachtet und daran gekoppelt, dass ein weiterer Zuzug gestoppt werden müsse. Pointiert könnte man sagen: Das Integrationsparadigma ist an eine restriktive Migrationspolitik gebunden, zumindest seiner Genese nach.

Berlinghoffs Studie belegt abermals, dass der Anwerbestopp keine »spontane« Reaktion auf die Ölkrise, sondern Ergebnis längerfristiger Überlegungen war.⁶⁴ Zudem konstatiert er, dass mit den Anwerbstopps »eine bis dahin nicht gekannte Ähnlichkeit« der Migrationsregime in Europa erreicht worden sei.⁶⁵ Die Intensivierung der länderübergreifenden Bemühungen auf dem Feld der Migrationspolitik arbeitet Berlinghoff überzeugend heraus. Ob die Versuche zur »Koordinierung bzw. Konzertierung der europäischen Migrationspolitik«⁶⁶ es aber erlauben, tatsächlich von einer Europäisierung der Migrationspolitik zu sprechen, ist fraglich, zumal die Nationalstaaten ihre Souveränität nicht von der EG-Kommission beschnitten wissen wollten. Allenfalls bei der Bekämpfung illegalisierter Migration fand man zusammen. Entscheidender ist möglicherweise aber eine Europäisierung, die darüber erfolgte, dass nichteuropäische Arbeitsmigranten und -migrantinnen zunehmend ausgegrenzt wurden. Am vorläufigen Ende dieses Prozesses gehörten die – vormals als problematisch wahrgenommenen – »Südländer« zu Europa, wohingegen die Zugewanderten aus der Türkei und Nordafrika exkludiert wurden. Die Freizügigkeit innerhalb des

wanderungsgesellschaft Deutschland, in: AFS 56, 2016, S. 463–484; Mark E. Spicka, Guest Workers, Social Order, and West German Municipalities, 1960–7, in: Journal of Contemporary History 54, 2019, S. 619–639, der für den Deutschen Städtetag herausarbeitet, dass hier bereits in den frühen 1960er-Jahren das Bewusstsein vorhanden war, dass viele »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik bleiben würden und Integrationsmaßnahmen vonnöten seien.

62 Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen zur Vernetzung und den Absprachen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich bezüglich des Umgangs mit der Türkei.

63 Berlinghoff, Das Ende der »Gastarbeit«, S. 13.

64 Die Ölkrise diene den europäischen Anwerbeländern aber als »außenpolitisch bestens geeignetes Argument« (Berlinghoff, Das Ende der »Gastarbeit«, S. 267), wie bereits Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, S. 229, betont hat.

65 Berlinghoff, Das Ende der »Gastarbeit«, S. 357.

66 Ebd., S. 316.

europäischen Binnenmarktes ging Hand in Hand mit einer wachsenden Skandalisierung der (irregulären) Migration aus Drittstaaten.

Abgesehen davon ist Berlinghoffs Europäisierungsthese insbesondere bezüglich der wechselseitigen Registrierung der Migrationspolitiken weiterführend, zumal auch die »Problempereptionen der Nachbarländer« importiert wurden, auch wenn sie auf die heimischen Verhältnisse kaum übertragbar waren.⁶⁷ Übernommen wurden, wie bereits angedeutet, in zunehmendem Maße die Überfremdungsdiskurse, die sich in der Schweiz bereits sehr früh nachweisen lassen. Eine intensive Beschäftigung mit dem Terminus »Überfremdung« bietet die Studie von Damir Skenderovic und Gianni D'Amato.⁶⁸ Die beiden Autoren zeichnen detailliert die Geschichte und die Strategien rechtspopulistischer Parteien in der Schweiz und ihren Einfluss auf die Migrationspolitik nach. Ziel der diversen Überfremdungsinitiativen, von denen die bekannteste wohl die Schwarzenbach-Initiative ist, war ein Einwanderungsstopp und eine Reduzierung der Ausländerzahl in der Schweiz.⁶⁹ Trotz des Scheiterns dieser Initiativen gewannen Überfremdungsargumente sukzessiv Einfluss auf die staatliche Migrationspolitik, die – wie auch Berlinghoff ausführt – zunehmend Rücksicht auf die Vorbehalte gegen Migration nahm.⁷⁰ Mit der Sammlung rechtspopulistischer Bewegungen in der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in den 1990er-Jahren nahm das politische Gewicht dieser Gruppierungen in der Schweiz weiter zu.⁷¹

Neben politisch rechts stehenden Parteien, deren Einfluss auf die Migrationspolitik im Laufe der Zeit deutlich wuchs, spielten auch die Gewerkschaften eine wichtige Rolle in Migrationsfragen. Eine ausführliche Studie zum Thema und noch dazu im bundesdeutsch-britischen Vergleich stellt die Kölner Dissertation von Oliver Trede dar, die – wie viele andere der hier besprochenen Arbeiten – in der von Klaus J. Bade begründeten und von Jochen Oltmer herausgegebenen Reihe *Studien zur historischen Migrationsforschung* erschienen ist.⁷² Trotz der deutlich divergierenden Migrationsgeschichten Großbritanniens

67 Ebd., S. 267.

68 *Damir Skenderovic/Gianni D'Amato*, Mit dem Fremden politisieren. Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren, Chronos Verlag, Zürich 2008, 289 S., geb., 47,50 €.

69 Zu Schwarzenbach vgl. auch *Isabel Drews*, »Schweizer erwache!«. Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978), Frauenfeld 2005, die die Kontinuitäten der Überfremdungsdebatten nachzeichnet und dabei die Wandelbarkeit der Bezugsobjekte thematisiert: Während in der Zwischenkriegszeit die sogenannten Ostjuden und -jüdinnen Gegenstand der Ausgrenzung waren, nahmen nach 1945 »die Italiener« diese Rolle ein, um ab den 1980er-Jahren von den Asylsuchenden abgelöst zu werden. Auch Drews hat bereits auf die Vorreiterrolle der Schweiz bezüglich des Rechtspopulismus hingewiesen. Zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. *Patrick Kury*, Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945, Zürich 2003.

70 Die Studie von Skenderovic und D'Amato versteht sich explizit als Beitrag zu einer (noch zu leistenden) komparatistischen Forschung über Rechtspopulismus, die aus gegebenem Anlass zurzeit einen großen Aufschwung erlebt. Innerhalb des vom BMBF seit 2019 geförderten »Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt« arbeitet der Leipziger Standort an einer dezidiert global vergleichenden Perspektive auf Populismen. URL: <<https://cas.sozphil.uni-leipzig.de/research/forschungsinstitut-gesellschaftlicher-zusammenhalt/>> [4.12.2019].

71 Dass es gerade die ausgrenzenden Überfremdungsinitiativen waren, die zu einer Stärkung der direktdemokratischen Elemente in der Schweiz geführt haben, betonen *Gisela Hürlimann/Ganga Jey Aratnam*, Die Aporien der Demokratie. Politische Partizipation, Integration und die »Ausländerfrage«, 1960 bis heute, in: Schweizerisches Bundesarchiv (Hrsg.), Die Erfindung der Demokratie in der Schweiz, Zürich 2004, S. 109–142, hier: S. 137.

72 *Oliver Trede*, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er Jahren (Studien zur historischen Migrationsforschung, Bd. 28), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2015, 424 S., geb., 56,00 €.

und der Bundesrepublik, so kann Trede überzeugend zeigen, ähnelten sich Problempertzeption und auch Lösungsversuche bezüglich der Arbeitsmigration der 1960er- bis in die frühen 1980er-Jahre (dem Untersuchungszeitraum der Studie). Neben Konkurrenzängsten und der Sorge um die Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Standards arbeitet Trede die rassistischen Ressentiments heraus, welche – trotz der offiziell proklamierten internationalen Solidarität – die Haltung auch der Arbeiterbewegung gegenüber Migrantinnen und Migrantinnen prägten. In Großbritannien geschah dies deutlich drastischer – nicht allein wegen des großen Anteils an nichteuropäischen Arbeitskräften, sondern auch weil in der Bundesrepublik als postfaschistischem Staat ähnlich offen rassistische Verlautbarungen zunächst verpönt waren. Dasselbe Tabu aber betraf hierzulande auch die öffentliche Debatte um Rassismus, die in Großbritannien viel früher, intensiver und auch unter starker Beteiligung der Wissenschaft geführt wurde.

Während in Großbritannien, zumindest bis zum Machtantritt Margaret Thatchers, ein Voluntarismus die *industrial relations* prägte und das Gewerkschaftswesen aus vielen konkurrierenden Einzelgewerkschaften bestand, bildete die Bundesrepublik mit ihrer stark institutionalisierten Regelung der Arbeitsbeziehungen im Rahmen der Tarifautonomie einen Gegenpol. Trotzdem lässt sich auch in Großbritannien eine Machtkonzentration im Trade Union Congress (TUC) beobachten, der – wie auf der deutschen Seite der DGB – im Zentrum der Betrachtung von Trede steht.⁷³ Für Großbritannien wie die Bundesrepublik arbeitet Trede eine grundsätzlich ablehnende Haltung der Gewerkschaften (beziehungsweise ihrer Führung) gegenüber Arbeitsmigration heraus, die letztlich nur durch die Zusage der arbeits- und sozialrechtlichen Gleichstellung⁷⁴ sowie ein Inländerprimat akzeptiert wurde. Konnte der Vorrang einheimischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik über Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis geregelt werden, wurden in Großbritannien, wo die migrantischen Arbeitskräfte aus dem Commonwealth rechtlich gleichgestellt waren, andere Wege beschritten: Die Gewerkschaften vereinbarten mit der Arbeitgeberseite Quoten für *immigrant workers* und sicherten sich bei Entlassungen und Beförderungen die Vorzugsbehandlung einheimischer Arbeitskräfte.⁷⁵

Ähnlich wie Pleinen bezüglich der ausländerbehördlichen Verwaltungspraxis interessiert sich Trede insbesondere für die »Ein- und Ausschlusspraktiken in Hinblick auf die Gewerkschaften«. ⁷⁶ Er fokussiert in seiner Studie die 1960er-Jahre mit ihren – in Großbritannien deutlich früher einsetzenden – kritischen Debatten über die Folgen der Arbeits-

73 Neben diesen nationalen Gewerkschaftsbünden und vor allem ihrer Vorstandsebene untersucht Trede auch die beiden größten Einzelgewerkschaften, das heißt die IG Metall und die Transport and General Workers Union (TGWU), und wertet Gewerkschaftszeitungen, Protokolle von Gewerkschaftstagen, aber auch zeitgenössische wissenschaftliche Literatur aus. Dass Trede an vielen Stellen nicht genauer differenziert und vielfach von »den Gewerkschaften« spricht, obwohl sein Quellenmaterial diese Verallgemeinerung nicht zulässt, monierte bereits Arne Hordt in seiner Rezension zu: Trede, Oliver: Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien in den 1960er und 70er Jahren, Paderborn 2015 in: H-Soz-Kult, 5.5.2016, URL: <<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-19345>> [14.11.2019].

74 Auf dieser bestand aber auch Italien als Entsendeland.

75 Ähnliches ist für die Bundesrepublik nicht bekannt; die vorrangige Entlassung ausländischer Arbeitskräfte in Folge der Rezession 1966/67 und 1974/75 aber wurde von den bundesdeutschen Gewerkschaften »stillschweigend« geduldet. Trede, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, S. 377. In Österreich war die vorrangige Entlassung ausländischer Beschäftigter im »Raab-Olah-Abkommen« von 1961 festgelegt, vgl. Verena Lorber, Angeworben. GastarbeiterInnen in Österreich in den 1960er und 1970er Jahren (Transkulturelle Perspektiven, Bd. 14), V&R unipress, Göttingen 2017, 289 S., brosch., 40,00 €, hier: S. 54.

76 Trede, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, S. 23.

migration sowie die 1970er-Jahre, die er als Wendepunkt der Migrationspolitiken versteht. Die Gewerkschaften traten in beiden Ländern seit den frühen 1970er-Jahren klar für eine Schließung der nationalen Arbeitsmärkte ein⁷⁷, verbanden mit der Begrenzung des weiteren Zuzugs aber, vielfach früher als andere gesellschaftliche Akteure und Akteurinnen, ein Bemühen um die verbesserte Eingliederung der bereits ansässigen Migrantinnen und Migranten.⁷⁸ In beiden Ländern verstanden sich die Gewerkschaften »in erster Linie als nationalstaatliche Akteure«.⁷⁹ Ein Austausch zwischen westdeutschen und britischen Gewerkschaften fand nur ansatzweise statt, sodass konzeptuelle oder praktische Transfers bei Trede kaum eine Rolle spielen – wenn sie auch für die Ebene der Migrationspolitik im Untersuchungszeitraum zunehmend relevant wurden.

Die bundesdeutschen Gewerkschaften betrieben im Vergleich wesentlich früher eine eigens auf migrantische Arbeitskräfte ausgerichtete Organisationsarbeit (»Ausländerarbeit«). Einem solchen Vorgehen stand in Großbritannien der Grundsatz des *equal treatment* entgegen, der als Mittel gegen eine Spaltung der Arbeitnehmerschaft betrachtet wurde.⁸⁰ In beiden Ländern aber blieben Migranten (und insbesondere Migrantinnen) in den gewerkschaftlichen Organisationen unterrepräsentiert.⁸¹ Diese mangelnde Teilhabe betraf in beiden Staaten auch generell Frauen, Jugendliche und Geringqualifizierte. Die Untersuchung von Ein- und Ausschlussprozessen – das wird an dieser Stelle abermals deutlich – bedürfte eines über die Herkunft hinausgehenden intersektionalen Ansatzes, um die Mechanismen besser zu verstehen.

Angesichts von Tredes Fokus auf (versäumter) Integrationsarbeit wäre es zudem wünschenswert gewesen, die Seite der migrantischen Akteure und Akteurinnen stärker einzu beziehen. Einige Beispiele gibt Trede: Yilmaz Karahasan wollte bereits auf dem IG-Metall-Jahreskongress 1965 »keine Betreuung«, sondern stattdessen »Mitarbeit und Integrierung im gesellschaftlichen Leben«⁸², und migrantische Elternvereine setzten sich frühzeitig für eine bessere schulische Integration ihrer Kinder ein. Zwar diskutiert Trede an einigen Stellen, was in Papieren des DGB zu einem bestimmten Zeitpunkt unter Integration im Einzelnen verstanden wurde; eine genauere Betrachtung der in Umlauf befindlichen, durchaus widersprüchlichen Integrationskonzepte in ihrem historischen Wandel stellt jedoch nach wie vor ein Desiderat der Forschung dar, insbesondere was migrantische Interventionen angeht. Zudem irritiert der Kurzschluss zwischen »Anti-Diskriminierungs- beziehungs-

77 Dies war auch in der Schweiz der Fall. Vgl. *Berlinghoff*, Das Ende der »Gastarbeit«, S. 138.

78 Dazu gehörte in beiden Ländern auch die gewerkschaftliche Forderung nach einer einmaligen Legalisierung sogenannter illegaler Migrantinnen und Migranten.

79 *Trede*, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, S. 19. An den internationalen Gewerkschaftskonferenzen 1972 in Belgrad und 1973 in Istanbul nahm nur der DGB, nicht aber der TUC teil.

80 Dasselbe gilt für Belgien, wo die Gewerkschaften erst Ende der 1960er-Jahre begannen, ausländische Arbeitskräfte über ihre Rechte aufzuklären, vgl. *Pleinen*, Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, S. 88. In Schweden fand eine organisierte Abspaltung in einen speziellen Immigrationsrat (*Invandrarrådet*) statt, sodass die gewerkschaftliche Alltagsroutine kaum gestört wurde, *Mikael Byström/Pär Frohnert*, Introduction IV, in: *dies.* (Hrsg.), *Reaching a State of Hope. Refugees, Immigrants and the Swedish Welfare State, 1930–2000*, Nordic Academic Press, Lund 2013, 368 S., brosch., 39,94 €, S. 227–234, hier: S. 231. Beratende Funktionen übernahmen in Großbritannien kommunale und staatliche Stellen; in der Bundesrepublik Deutschland wollten sich die Gewerkschaften ihren Vertretungsanspruch hingegen nicht nehmen lassen.

81 Erst seit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 konnten ohne vorherige Zustimmung der Betriebschaften auch Nicht-Deutsche bei Betriebsratswahlen aufgestellt werden.

82 IGM-Gewerkschaftstag 1965, S. 398–400, hier: S. 399, zit. nach *Trede*, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, S. 114.

weise Integrationspolitik« im britischen Kontext.⁸³ Hier gelte es, das bundesdeutsche Integrationsparadigma, an dessen Etablierung die Gewerkschaften, wie Trede zeigt, aktiv beteiligt waren, vor der britischen Folie tiefergehend zu befragen. Denn der Vergleich zwischen Bundesrepublik und Großbritannien legt es nahe, die jeweiligen »national paradigms of migration research«⁸⁴ kritisch(er) in die eigene Analyse einzubeziehen.

Weiterführend sind Tredes Ausführungen zu den Debatten um Teilzeit- und Kurzarbeit und insbesondere zu Leiharbeit und »illegaler« Beschäftigung, die er als »Perforierungen der ›Normalarbeitsverhältnisse«« diskutiert.⁸⁵ In bestimmten Branchen, vor allem der Landwirtschaft, aber auch im Tourismus und der Gastronomie, nahm der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften zu, die zudem nur temporär gebraucht wurden. Saisonarbeit und illegale Beschäftigung waren in diesen Branchen bereits seit Langem »gängige[] Praxis«.⁸⁶ An der Flexibilisierung, räumlichen Mobilisierung und der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, so kann Trede zeigen, hatten ausländische Arbeitskräfte einen bedeutenden Anteil. Zwar wurden diese Entwicklungen seitens der Gewerkschaften bekämpft; aber dass »bestimmte Niedriglohnsektoren und andere prekäre Beschäftigungen« zumindest eine Zeit lang dazu beitrugen, »die ›Normalarbeitsverhältnisse« der übrigen einheimischen Arbeitnehmer zu sichern«, war den Gewerkschaften bewusst, wie Trede zeigen kann.⁸⁷

Migrantische *agency* spielt bei Trede – abgesehen von vereinzelt Stimmen auf Gewerkschaftskongressen und, noch seltener, in Gewerkschaftsorganen – im Grunde nur bei den »wilden« Streiks eine Rolle, die in seiner Darstellung zu Recht einen großen Raum einnehmen.⁸⁸ Aufbauend auf den Arbeiten vor allem von Manuela Bojadžijev und Peter Birke⁸⁹, rekonstruiert Trede den Verlauf ausgewählter Streiks der Jahre 1968 bis 1973 sowie des Grunwick-Streiks 1976 bis 1978 und die – reservierten bis ablehnenden – gewerkschaftlichen Reaktionen darauf. Nicht zuletzt die Angst vor der Zunahme innerbetrieblicher Konflikte und dem Aufbau eigenständiger Organisationen auf migrantischer Seite war es, die zu den verstärkten Bemühungen der Gewerkschaften um die Einbindung ausländischer Arbeitskräfte führte.⁹⁰

83 *Trede*, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, S. 328.

84 *Michael Bommes/Dietrich Thränhardt* (Hrsg.), *National Paradigms of Migration Research*, Göttingen 2010.

85 Vgl. zu dieser Thematik auch den informativen Sammelband von *Hajo Holst* (Hrsg.), *Fragmentierte Belegschaften. Leiharbeit, Informalität und Soloselbständigkeit in globaler Perspektive*, Frankfurt am Main 2017, der die beschriebene Fragmentierung allerdings erst in der jüngsten Vergangenheit verortet – ein Befund, der mit Trede (und anderen) historisch zu hinterfragen ist.

86 *Trede*, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, S. 16.

87 Ebd., S. 378.

88 Dieses Manko thematisiert Trede selbst, der in seinem Literaturverzeichnis auch Texte zur »Autonomie der Migration« und ähnlichen Ansätzen anführt.

89 *Manuela Bojadžijev*, Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster 2008, S. 158–160; *Peter Birke*, Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt am Main/New York 2007, sowie den Arbeiten vor allem zum Ford-Streik 1973 von *Jörg Huwer*, »Gastarbeiter« im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Köln 2013. Der vor allem von Migrantinnen getragene Streik in Pierburg wird ausführlich von *Miller*, *Turkish Guest Workers*, analysiert.

90 Zum Wandel im Umgang mit Arbeitsmigranten und -migrantinnen seitens der Gewerkschaften, aber auch der Unternehmenseite im Zuge der sogenannten wilden Streiks vgl. auch *Torsten Bewernitz*, »Terror der ausländischen Arbeiter«. Die »wilden« Streiks im Rhein-Neckar-Gebiet im Mai 1973, in: *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien* 15, 2016, S. 63–72. Das gesamte Heft widmet sich linken Betriebsinterventionen.

Eine Gemeinsamkeit zwischen britischen und westdeutschen Gewerkschaften bestand in der Angst vor politischem Extremismus, nicht nur von rechts⁹¹, sondern auch von links. Politisch engagierte Migranten und Migrantinnen wurden auch deshalb mit Misstrauen nicht nur von den Gewerkschaften beäugt, weil ein Import militanterer Kampfformen, aber auch der Konflikte aus den Herkunftsländern befürchtet wurde. Das Gros der Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik kam, mit Ausnahme der italienischen Arbeitskräfte, aus Ländern mit autoritären Regimen beziehungsweise Militärdiktaturen (Portugal, Spanien, Griechenland, Türkei) oder aber aus dem sozialistischen Jugoslawien. Viele engagierten sich innerhalb des demokratischen Raums der Bundesrepublik gegen ihre Heimatregierungen. Dass ihr politisches Engagement aber vornehmlich auf ihre Herkunftsländer ausgerichtet war, wie Alexander Clarkson in seiner Oxforder Doktorarbeit behauptet⁹², gilt es zu überprüfen. Am Beispiel der antikommunistischen Aktivitäten ukrainischer Displaced Persons, kroatischer Nationalisten (und Nationalistinnen), die sich nach 1945 in der Bundesrepublik niederließen, spanischer Oppositionsgruppen und algerischer antikolonialer Gruppierungen, der – politisch besonders zerrissenen – griechischen Community und schließlich der iranischen Opposition in der Bundesrepublik untersucht Clarkson die Interaktionen zwischen migrantischen politischen Netzwerken und westdeutschen politischen Parteien, der Bundesregierung sowie den Sicherheitsbehörden. Dabei nimmt er vor allem zwei bestimmende Faktoren in den Blick: erstens den Kalten Krieg und die Auswirkungen der Blockkonfrontation und zweitens das Nachwirken der nationalsozialistischen Vergangenheit in den jeweiligen Beziehungen – das jedoch eine eher geringe Rolle spielte, wie Clarkson zeigt.⁹³

Auch wenn der Autor sinnvollerweise nicht nur Arbeitsmigration betrachtet, sondern Elitenmigration und Geflüchtete explizit einbezieht, kann hier nur auf die politische Betätigung der »Gastarbeiter« eingegangen werden. Am Beispiel des antikommunistischen Aktivismus von kroatischer Seite zeigt Clarkson, dass die durchaus vorhandenen Sympathien gerade bei CDU und CSU angesichts der Annäherung an Jugoslawien seit den frühen 1960er-Jahren auf eine harte Probe gestellt wurden. Der bewaffnete Angriff auf die jugoslawische Handelsmission in Bonn-Mehlem 1962, gefolgt von weiteren gewalttätigen Attacken, tat sein Übriges. Außenpolitische Erwägungen, aber auch die Gefahr, an die Waffenbrüderschaft im Zweiten Weltkrieg zu erinnern, führten zu einer zunehmenden Distanzierung von nationalistisch-kroatischen Bestrebungen – jedenfalls bis in die späten 1980er-Jahre, als sich mit dem abzusehenden Zusammenbruch Jugoslawiens die politische Situation abermals veränderte.

Für spanische sozialistische Gruppen arbeitet Clarkson die logistische und ideelle Unterstützung seitens der SPD heraus, die die anderen Gruppen gegenüber gezeigte Solidarität bei Weitem überstieg – nicht zuletzt aufgrund der (gemeinsamen) Erfahrung des Spanischen Bürgerkriegs.⁹⁴ Der Kampf gegen kommunistische Gruppierungen hingegen wurde nicht nur vom Verfassungsschutz, sondern auch von der SPD und der Gewerkschaften

91 Seit Mitte der 1960er-Jahre leisteten britische wie bundesdeutsche Gewerkschaften verstärkt antirassistische Arbeit respektive, in bundesdeutscher Terminologie, Arbeit gegen »Ausländerfeindlichkeit«.

92 *Alexander Clarkson*, *Fragmented Fatherland. Immigration and Cold War Conflict in the Federal Republic of Germany, 1945–1980* (Monographs in German History, Bd. 34), Berghahn Books, New York/Oxford 2013, XIV + 236 S., geb., 120,00 \$.

93 Letzteres unterscheidet die Bundesrepublik von Frankreich und Großbritannien, wo – neben dem Kalten Krieg – die koloniale Vergangenheit weit relevanter für den Umgang mit politischen Bestrebungen der Migrantinnen und Migranten war. Derartige Vergleiche aber bleiben bei Clarkson leider die Ausnahme.

94 Clarkson nennt als einen wichtigen Faktor zudem die stärkere Repräsentation spanischer Arbeitskräfte in den Gewerkschaften und ihre geringere Beteiligung an den »wilden« Streiks.

geführt. Anders als die spanische Opposition erhielt die algerische Front de Liberation National (FLN) in ihrem Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft nur von einzelnen Sozialdemokraten Rückendeckung. Diese zögerliche Haltung der »relatively pro-Algerian SPD« erklärt Clarkson mit dem Wunsch, das gute Verhältnis zu Frankreich nicht zu gefährden.

Deutlich wird an diesen Beispielen, wie stark die Massenmigration relevante Verflechtungen nicht nur zwischen der Außenpolitik, sondern auch der Innenpolitik der beteiligten Länder erzeugte – respektive die Grenzen zwischen »domestic politics and foreign policy« sprengte.⁹⁵ Clarkson zeigt immer wieder vergleichend auf, wie sich »very distinct political paths for each immigrant community« entwickelten.⁹⁶ Clarkson fokussiert dabei sowohl die politischen Entwicklungen in den Herkunftsländern (wie etwa den Militärputsch in Griechenland 1967, der zu einem Zeitpunkt stattfand, als sich bereits viele griechische Migranten und Migrantinnen in der Bundesrepublik befanden, und der zu harten Auseinandersetzungen zwischen der finanziell massiv von der griechischen Regierung unterstützten Junta-Anhängerschaft und der Opposition führte) als auch den politischen Wechsel in der Bundesrepublik 1969, mit dem der demokratische Wandel in den autoritär regierten Herkunftsstaaten zunehmend Unterstützung seitens der Bundesregierung fand.

Vernachlässigt wird in Clarksons Studie aber politisches Engagement, das sich nicht als Exilpolitik artikulierte, sondern die Verbesserung der Situation in der Bundesrepublik anstrebte. Dazu gehören die Häuserkämpfe in Frankfurt in den 1970er-Jahren und spätestens seit den 1980er-Jahren auch die Thematisierung von Rassismus. Clarkson selbst spricht für die iranischen Aktivistinnen und Aktivisten von der Integration »into a radical milieu through the help of student leaders such as Joschka Fischer and Daniel Cohn-Bendit«⁹⁷; aber auch andersherum hat es Unterstützung und Lernprozesse gegeben, nicht erst mit der Kinder- und Enkelgeneration der »Gastarbeiter«, wie Clarkson meint.⁹⁸ Nach Clarkson bildet die politische Diversität innerhalb der Gemeinschaften »usually« die politischen Muster in den Herkunftsländern ab; die Veränderungen der politischen Ansichten und Praktiken in der und durch die Migrationssituation aber geraten ein wenig aus dem Blick – trotz der gegenteiligen Behauptung, die politischen Aktivitäten in ihrem »direct sociopolitical context« in der Bundesrepublik zu untersuchen.⁹⁹ Nicht nur die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik wurden durchlässig, sondern auch die zwischen migrantischen Communities und der »Mehrheitsgesellschaft«. Fraglos ist es ein Verdienst von Clarksons Untersuchung, die politische, aber auch die soziale und ethnische Heterogenität innerhalb der untersuchten Communities herauszustellen – nach wie vor ein stärker zu berücksichtigender Aspekt in der Migrationsgeschichte. Gleichzeitig aber führt sein Vorgehen, nicht zuletzt aufgrund des mehrheitlich kontrastiven Vergleichs, zu einer Verfestigung der untersuchten Communities, die in ihrem historischen Wandel nicht erkennbar werden. In jedem Fall zuzustimmen ist Clarkson allerdings darin, dass das Beispiel des politischen Aktivismus

95 Clarkson, *Fragmented Fatherland*, S. 177.

96 Ebd., S. 112.

97 Ebd., S. 160. Für die iranische *community*, die größtenteils der Mittelschicht entstammte und stark studentisch geprägt war, zeigt Clarkson die engen Kontakte zu Studierenden der Neuen Linken auf, die sich ebenfalls gegen den Schah engagierten. Da Iran aber einen wichtigen Verbündeten gegen die Sowjetunion darstellte, wurde der exiliranische Protest von der Bundesregierung massiv bekämpft.

98 Ebd., S. 188. Zudem ließe sich Clarksons sehr klassische und enge Begrenzung des Politischen kritisieren, die (einige) organisierte Kämpfe, nicht aber andere (Überlebens-)Strategien von Migranten und Migrantinnen als politisch oder mindestens politisch bedingte Kämpfe begreifen kann. Auch das vornehmlich aus staatlichen Archiven stammende Quellenmaterial unterstützt diesen engen Blick auf das Politische.

99 Ebd., S. 183 und 185.

von Nicht-Deutschen in der Bundesrepublik die »limits on the West German state's capacity to control immigrant life« demonstriert.¹⁰⁰ Die Perspektiven der migrantischen Akteure und Akteurinnen aber bleiben – schon allein aufgrund der Quellenbasis – weitgehend ausgeblendet.

Im Gegensatz dazu befasst sich Sarah Baumann in ihrer Studie zum Engagement italienischer Migrantinnen in der Schweiz von den 1950er- bis 1980er-Jahren intensiv mit den Ansichten und Handlungen der in der »Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera« (FCLIS/Bund Freier Italienischer Kolonien in der Schweiz) organisierten Italienerinnen. Es geht ihr darum, die Unsichtbarkeit von Frauen, die immerhin ein Drittel der italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz ausmachten, aufzuheben und diese außerdem nicht primär als Arbeiterinnen, sondern als »gesellschaftspolitische Akteurinnen für eine Verbesserung ihrer Rechte als Frauen, Arbeiterinnen und Ausländerinnen«¹⁰¹ zu untersuchen. Damit richtet sich Baumanns Studie gegen eine allein auf die Exilpolitik fokussierende Behandlung des politischen Engagements von Migrantinnen und Migranten. Mit ihrem akteurszentrierten Ansatz und weitem Politikbegriff, der eine Vielzahl von Formen gesellschaftlichen Engagements einbezieht, entsteht bei Baumann in gewisser Weise ein Gegenbild zur klassisch politikgeschichtlich und aus der Sicht der Behörden des Zuwanderungslands argumentierenden Studie von Clarkson. Zudem wählt sie einen dezidiert geschlechtergeschichtlichen Zugang und fragt nach der geschlechtsspezifischen Strukturierung von Migrationsprozessen und -erfahrungen.

Mit der FCLIS, auf deren Archivbeständen die Studie, in Kombination mit Interviewmaterial, zu weiten Teilen basiert, wählt Baumann die größte und auch auf nationaler Ebene agierende Migrantenorganisation der Schweiz, die in den 1960er-Jahren 15.000 Mitglieder aufwies und in 116 Regionalsektionen gegliedert war. Aufgrund ihrer Nähe zur kommunistischen Partei Italiens standen die FCLIS und ihre Mitglieder in besonderem Maße unter staatlicher Beobachtung.¹⁰² Baumann zeichnet die sich wandelnden Strategien der hier engagierten Migrantinnen chronologisch nach: Während sich die Aktivitäten der 1943 gegründeten FCLIS bis in die 1950er-Jahre noch vornehmlich auf den italienischen Staat als Adressaten richteten, wurden seit den 1960er-Jahren mehr und mehr Forderungen an die Zuwanderungsgesellschaft gestellt. Zu diesen gehörten die Abschaffung des Saisonierstatuts (und des damit einhergehenden Verbots des Familiennachzugs), eine Verbesserung der Wohnbedingungen wie auch der schulischen Ausbildung von Migrantenkindern, aber auch der Wunsch nach mehr Mitsprachemöglichkeiten. Gerade das Engagement von Frauen war stärker auf die Lebensbedingungen in der neuen Heimat ausgerichtet, hing dabei allerdings, wie Baumann zeigt, auch von einer längeren Aufenthaltsdauer ab. Migrantische politische Aktivitäten gilt es demnach immer auch im Hinblick auf verschiedene Migrations- und Lebensphasen zu analysieren.

Zudem wurden in den 1960er-Jahren feministische Forderungen wichtig, die sich gegen die männerdominierte Struktur der FCLIS richteten und zur Gründung einer eigenen Frauenkommission innerhalb der FCLIS führten. Die dort aktiven Frauen einte ihr hoher Bildungsgrad und sozialer Status.¹⁰³ Baumann macht hier und an anderen Stellen deutlich, wie wichtig ein intersektionaler Ansatz ist, um die Bedingungen für verschiedene Formen gesellschaftspolitischen Engagements herauszuarbeiten. Interessant sind auch ihre Aus-

100 Ebd., S. 186.

101 Sarah Baumann, ... und es kamen auch Frauen. Engagement italienischer Migrantinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegsschweiz, Seismo Verlag, Zürich 2014, 192 S., brosch., 25,00 €, hier S. 9.

102 Aus diesem Grund hätte man auch eine Analyse der vom Schweizer Staatsschutz angelegten Fichen erwartet.

103 Nur eine einzige der Migrantinnen arbeitete in einer Fabrik, vgl. Baumann, ... und es kamen auch Frauen, S. 61.

fürhungen zur transnationalen Dimension des Aktivismus, die auch darin bestehen konnte, die Schweiz im Vergleich zu Italien als rückständig zu kritisieren – hatte die Schweiz, anders als Italien, das von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erarbeitete Abkommen über gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit doch 1953 und abermals 1960/61 verworfen.¹⁰⁴ Auch die Regelungen zum Mutterschutz waren in Italien umfassender. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie war für italienische Migrantinnen, die zu einem weit höheren Prozentsatz erwerbstätig waren als Schweizerinnen, von zentraler Bedeutung, zumal sie stärker auf staatliche Betreuungsangebote angewiesen waren. Diesbezügliche Forderungen aber standen dem in der Schweiz proklamierten Familien- und Mutterbild entgegen. Die Migrantinnen stellten auf diese Weise »das geschlechter- und familienpolitische Selbstverständnis der Schweizer Gesellschaft in Frage«.¹⁰⁵ Die Kontaktaufnahme zu gemäßigt-bürgerlichen Frauenverbänden war entsprechend wenig erfolgreich; es wurden aber Beziehungen zu Frauengruppierungen der Neuen Linken geknüpft. In dieser Zusammenarbeit wiederum geriet allerdings die spezifische Situation von Migrantinnen unter dem Banner der Frauensolidarität vielfach aus dem Blick. 1975 erzielte das »Manifesto delle donne emigrate« (Manifest ausländischer Frauen), das im Anschluss an einen internationalen Migrantinnen-Kongress in Zürich verfasst wurde und neben sozialen Rechten auch politische Partizipationsmöglichkeiten einforderte, große Aufmerksamkeit. Zwar gab es Unterstützung von Teilen der Schweizer Frauenbewegung, der Kirche und der Gewerkschaften; insgesamt aber wurde der Ton des Manifests als allzu fordernd kritisiert – inwiefern hier geschlechtsspezifische Stereotype eine Rolle spielten, wäre genauer zu erörtern gewesen. Mit dem in der Schweizer Gesellschaft dominierenden Bild der Migrantin als »passive[r] und hilfsbedürftige[r] Ehefrau und Mutter« jedenfalls ließ sich das Manifest kaum vereinbaren.¹⁰⁶

Als problematisch erwiesen sich für die Durchsetzung der Forderungen der Frauenkommission zum einen das fehlende Frauenwahlrecht in der Schweiz, das die Einflussmöglichkeiten von Frauen generell massiv beeinträchtigte, und zum anderen die mangelnde Verankerung der emanzipatorischen Forderungen nicht nur in der Zuwanderungsgesellschaft, sondern auch beim Gros der Migrantinnen. In den 1970er-Jahren wendete sich die Frauenkommission daher vermehrt der Bildungs- und Schulthematik zu, die besser zur vorherrschenden Familienorientierung passte. Doch auch auf dem bildungspolitischen Feld wurden radikale Gegenkonzepte wie eine »demokratische Schule« entwickelt, die nicht mehr auf Separierung, sondern auf die Förderung benachteiligter Kinder setzte. In den Auseinandersetzungen um die Schule gerieten auch verschiedene Verständnisse von Integration in Konflikt: Während die Schweizer Behörden nach der Analyse von Baumann letztlich einen Assimilationskurs verfolgten, traten die Migrantinnen für Interkulturalität in einer pluralistischen Gesellschaft ein, zu der auch der Schutz und die Förderung der Herkunftssprache(n) gehörte. Mit dem »Centro Scuola e Famiglia« (Schul- und Familienzentrum) in Zürich wurde das migrantische Engagement schließlich in eine professionelle, bald auch offiziell anerkannte Fachstelle überführt. Baumann wertet dies als Ausdruck partizipatorischer Möglichkeiten »jenseits formaler politischer Rechte«.¹⁰⁷

104 Hier auch verstärkt die Funktion von zurückgekehrten oder auch zwischen Italien und der Schweiz hin- und herpendelnden Aktivistinnen zu untersuchen, wäre interessant und stellt ein Forschungsdesiderat dar, wie Baumann selbst betont, ebd., S. 161.

105 Ebd., S. 82.

106 Ebd., S. 132. Diese Wahrnehmung wurde zunehmend durch kulturelle Deutungsmuster gestützt, die in der »Südländerin« vor allem ein abhängiges und betreuungsbedürftiges Geschöpf sah. Statt sozioökonomischer Ungleichheiten diente seit den späten 1970er-Jahren kulturelle Andersartigkeit verstärkt als Erklärung für soziale Unterschiede.

107 Ebd., S. 105. Vgl. zu dieser Thematik auch die 2017 erschienene Studie von *Philipp Eigenmann*, *Migration macht Schule. Bildung und Berufsqualifikation von und für Italienerinnen und Italiener in Zürich, 1960–1980*, Zürich 2017.

Baumann hat mit ihrer Studie einen wichtigen Beitrag nicht nur zum politischen Engagement, sondern auch zur Geschlechtergeschichte der Migration geleistet. Wie sie selbst abschließend konstatiert, wäre eine vergleichende Untersuchung zum gesellschaftspolitischen Aktivismus in verschiedenen Ländern und Migrationsregimen überaus hilfreich, um migrantische Handlungsräume und auch die Effekte migrantischer Politik genauer zu analysieren. Bei einem solchen Vorhaben wäre aber auch die Zusammenarbeit mit einheimischen Gruppierungen noch detaillierter in den Blick zu nehmen als in Baumanns Untersuchung. Bisweilen bleiben die historischen Kontextualisierungen recht allgemein; eine dichte Beschreibung konkreter Formen der gesellschaftspolitischen (Zusammen-)Arbeit würde helfen, die politische Dimension der migrantischen Aktivitäten beziehungsweise die Prozesse der Politisierung und Entpolitisierung präziser zu fassen.

Eine andere Form gesellschaftspolitischer Aktivität nimmt Roberto Sala in seiner Studie zu den italienischen Radio- und Fernsehprogrammen in der Bundesrepublik in den Blick.¹⁰⁸ Die Rolle von Massenmedien kann im Kontext von Migrationsphänomenen sicher kaum überschätzt werden und Sala benennt sie zu Recht als »wichtige migrationspolitische Akteure«.¹⁰⁹ Sala konzentriert sich dabei auf die (bisher nur unzureichend erforschten) »Medien für Arbeitsmigranten« in den jeweiligen Herkunftssprachen¹¹⁰ und interessiert sich dafür, inwieweit Migrantinnen und Migranten in den 1960er- und 1970er-Jahren in der Bundesrepublik als »Teil der Öffentlichkeit« oder zumindest als »öffentliche Gruppe mit eigenen politischen und kulturellen Einstellungen« betrachtet wurden.¹¹¹ Hier kommt er zu dem Ergebnis, dass sie nicht als »bürgerschaftliche Akteure« in der Bundesrepublik akzeptiert, sondern weitgehend nur als »politische Subjekte ihrer Herkunftsstaaten« gesehen worden seien.¹¹² Vor diesem Hintergrund und gegen die Ansicht, die bundesdeutsche Migrationspolitik sei lediglich arbeitsmarktpolitisch motiviert gewesen¹¹³, betont Sala die Bedeutung der Außenpolitik und des Kalten Kriegs, denn die Abwehr »kommunistischer Infiltration« stellte – neben der allenthalben konstatierten Ratgeberfunktion in Alltagsdingen – eine der zentralen Motivationen zur Etablierung dieser Medienpraxis dar.¹¹⁴ Die internationalen Beziehungen waren auch tangiert, wenn ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlich-rechtliche Sender nutzten, um kritische Berichte über die Situation in ihren Herkunftsländern abzugeben. Querverbindungen zur Studie von Clarkson lassen sich schnell herstellen.¹¹⁵

108 *Roberto Sala*, Fremde Worte. Medien für »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Außen- und Sozialpolitik, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2011, 339 S., brosch., 44,90 €.

109 Ebd., S. 10.

110 Auch die sogenannten Gastarbeiterzeitungen, die bis zur neuen Ostpolitik der Regierung Brandt vom Bundespresseamt (mit-)finanziert wurden, werden einer Analyse unterzogen. Zur ab 1965 ausgestrahlten Radiosendung »Per i lavoratori italiani« in der Schweiz vgl. *Nelly Valsangiacomo*, »Tant qu'il y aura l'immigré, il y aura aussi votre émission.« Le dialogue entre les immigrés et l'émission radiophonique *Per i lavoratori italiani in Svizzera* au tournant des années 1970, in: SZG/RSH/RSS 65, 2015, S. 83–99. Zweimal wöchentlich sendete der ORF-Steiermark in den 1970er- bis in die 1990er-Jahre hinein Nachrichten auf Serbokroatisch und Slowenisch, *Lorber*, Angeworben, S. 243.

111 *Sala*, Fremde Worte, S. 12. Seine Quellenbasis besteht vor allem aus Archivalien verschiedener Bundesministerien und aus Rundfunkarchiven sowie 20 Oral-History-Interviews.

112 Ebd., S. 317.

113 Diese Ansicht war freilich 2011 schon weitgehend widerlegt, wie Karen Hunn in ihrer Rezension feststellt, *Karen Hunn*, Rezension zu Roberto Sala, Fremde Worte, in: AfS 52, 2012 (Online), URL: <<http://library.fes.de/fulltext/afs/htmrez/81363.pdf>> [3.12.2019].

114 Dass außenpolitische Interessen zu verfassungswidrigen Versuchen staatlicher Einflussnahme auf die Arbeit der Landesrundfunkanstalten führten, arbeitet Sala klar heraus.

115 Sala befasst sich insbesondere mit der kritischen Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks über das Franco-Spanien und das Obristen-Griechenland, die zu massiven Konflikten mit den

Differenziert setzt sich Sala mit den vielschichtigen Zielsetzungen der fremdsprachigen Medien auseinander, die er weder eindeutig als Hindernis für Integrationsbemühungen betrachtet, wie dies in der Forschung oft geschehen ist, noch überhaupt auf die Frage »pro oder contra Integration« reduziert wissen will.¹¹⁶ Sala geht (im Anschluss an Karen Schönwälder und Karin Hunn) nicht von einer generellen Blindheit bundesdeutscher Institutionen gegenüber Einwanderungsprozessen aus, sondern leitet stattdessen die »Konzeptionslosigkeit der Ausländerpolitik« vor allem aus der »Konkurrenz der beteiligten Akteure« her.¹¹⁷ Sala legt dar, wie sich in den 1960er-Jahren ein sozialpolitisches (durchaus paternalistisch verstandenes) Konzept von »Betreuung«, das die außenpolitischen Motive zu überlagern begann, durchsetzte und mit – noch recht unklaren – Vorstellungen von »Eingliederung« kombiniert wurde. »Eingliederung« meinte dabei sowohl die alltagstaugliche »Eingewöhnung« als auch die Verhinderung von »Ghettobildung«.¹¹⁸ In den 1970er-Jahren sei das Konzept der Betreuung vom Integrationsparadigma abgelöst worden, das in sich jedoch widersprüchlich – als Integration auf Zeit – geblieben sei.¹¹⁹

Sala arbeitet die anfänglichen Differenzen der fremdsprachigen Programme des Westdeutschen Rundfunks (WDR) und des Bayerischen Rundfunks (BR) heraus. Während Köln die per Sendung angestrebte Eingliederungshilfe »eher systemkonform« mit sozialer Kontrolle verbunden habe, habe München sich »eher systemkritisch« auf die Verteidigung migrantischer Rechte ausgerichtet, bis sich Mitte der 1970er-Jahre beide Positionen angenähert hätten.¹²⁰ Im Laufe der Zeit nahm die Orientierungsfunktion der Programme deutlich ab und die Anliegen der »zweiten Generation« erfuhren mehr Aufmerksamkeit. Zudem kann Sala zeigen, dass die Funktion der Sendungen als »Brücke zur Heimat« nicht allein im Kontext einer rückkehrorientierten Nicht-Einwanderungspolitik zu verorten ist, sondern auch als Element einer nicht weiter theoretisierten multikulturalistischen Politik der deutschen Verantwortlichen bei WDR und BR zu betrachten ist, welche die Bewahrung nationaler kultureller Identitäten als Voraussetzung für erfolgreiche Integration vorstellte.¹²¹ Als zentral für den Umgang mit den Zugewanderten habe sich letztlich die »Vorstellung national geschlossener Minderheiten« erwiesen; dem Faktor »Kultur« sei damit eine Schlüs-

Herkunftsländern führte. Zum Versuch der spanischen Regierung, spanischsprachige Programme im Hessischen Rundfunk und beim WDR zu stoppen, weil diese nach Ansicht Spaniens von Franco-Gegnern kontrolliert wurden, vgl. auch *Clarkson*, *Fragmented Fatherland*, S. 98. Auch die türkische Regierung forderte gegenüber dem WDR, »linke« Redaktionsmitglieder abzusetzen, vgl. *Trede*, *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration*, S. 312f., Anm. 210.

116 *Sala*, *Fremde Worte*, S. 17. Die Aufrechterhaltung der Rückkehrbereitschaft war durchaus ein Ziel der fremdsprachigen Sendungen, wurde aber von anderen, sozialen Zielstellungen der Radioprogramme konterkariert.

117 *Ebd.*, S. 188. Dass es die je nach Ressort (Innenministerium versus Arbeits- und Wirtschaftsministerium) sehr unterschiedlichen Konzepte im Umgang mit der Arbeitsmigration und weniger eine grundsätzliche Konzeptlosigkeit war, welche die bundesdeutsche Migrationspolitik der 1960er-Jahre geprägt hat, betonte Barbara Sonnenberger bereits 2003: *Barbara Sonnenberger*, *National Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen 1955–1967*, Darmstadt 2003.

118 Vgl. *Sala*, *Fremde Worte*, S. 189.

119 *Ebd.*, S. 191. Wie bereits thematisiert, hatte der Gewerkschaftler Yilmaz Karahasan schon 1965 auf dem IG-Metall-Jahreskongress die Ablösung des Betreuungskonzepts gefordert und für eine »Mitarbeit und Integrierung im gesellschaftlichen Leben« plädiert.

120 *Ebd.*, S. 236.

121 Die Entwicklungen im Fernsehen verliefen insofern anders, als das ZDF Ende der 1970er-Jahre durch die deutsche Untertitelung auch ein nichtmigrantisches Publikum für die Programme für Nicht-Deutsche zu interessieren suchte und die Vorstellung einer »gegenseitigen Integration von Ausländern und Deutschen« formulierte, *ebd.*, S. 238.

selbstellung zugekommen.¹²² Das galt gleichermaßen für die deutschen Verantwortlichen wie die ausländischen Journalisten und Journalistinnen (deren anfängliche Unterordnung und mühevoll erzielte Emanzipation in den Redaktionen Sala nachzeichnet¹²³). Auch wenn eine tiefere Einbettung in die zeitgenössischen migrationspolitischen Debatten wünschenswert gewesen wäre, gelingt es Sala letztlich doch überzeugend, die herausgehobene Bedeutung der jeweiligen Nationalität in den fremdsprachigen Programmen herauszuarbeiten. Damit fungierten die Sendungen als wichtiger und dynamischer Faktor bei der Konstitution national definierter *imagined communities*. Seit den 1980er- und besonders 1990er-Jahren sank die Bedeutung fremdsprachiger Sendungen bundesdeutscher Anstalten drastisch; mit Einführung der Satellitenübertragung war ein problemfreier Empfang von Programmen aus den Herkunftsländern möglich.

Erweisen sich vergleichende Perspektiven und die Betrachtung europäischer Verflechtungen als gewinnbringend bei einer Analyse des »Gastarbeiter«-Systems, so gilt das ebenso für die historische Tiefenperspektive. Während Rass eine solche mit Blick auf die bilateralen Verträge eingenommen hat, gibt es einige wenige Studien, welche die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitsmigrantinnen und -migranten nach 1945 mit denjenigen in den Jahrzehnten zuvor vergleichen. Rolf Wörsdörfer befasst sich mit der slowenischen Bergarbeitermigration ins Ruhrgebiet vom späten 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg und wählt für die Nachkriegsmigration als Untersuchungsgegenstand slowenische Arbeitsmigranten und -migrantinnen, die bei Audi in Ingolstadt tätig waren.¹²⁴ Diese Längsschnittperspektive ist erhellend, um die Arbeitsmigration nach 1945 auf ihre Kontinuitäten hin zu befragen. Das gilt für über Generationen tradierte Wanderungserfahrungen, aber auch für die im Falle beider Migrationen zu konstatierende Bedeutung der katholischen Kirche und katholischer Vereine, die allerdings im Laufe des Untersuchungszeitraums deutlich abnahm. Die sehr dichte, auf einer beeindruckenden Quellenbasis aufgebaute Studie bietet viel Stoff für vergleichende Analysen, diachron wie synchron. Diese muss die Leserin teils aber selbst vornehmen, weil Vergleichsparameter nicht klar benannt oder aufgrund der Materialfülle und des Themenspektrums nicht konsequent angewendet werden (können). Auch wenn der Autor sich mit (migrations-)theoretischen Überlegungen sehr zurückhält, werden doch viele aktuell debattierte Themen berührt. Die slowenische Migration zu fokussieren, könnte den Vorwurf einbringen, eine »ethnic lens« (Nina Glick Schiller) zu verwenden. Aber Wörsdörfer gelingt es, gerade die Wandelbarkeit ethnischer Kategorisierungen über Regimewechsel hinweg und für Fremd- wie Selbstbilder aufzuzeigen: Slowenen waren auch Krainer oder Steirer, galten als Österreicher oder Jugoslawen. Gerade die Langzeitperspektive ermöglicht eine Historisierung dieser Nationalisierungs- und Ethnisierungsprozesse; Wörsdörfer aber benennt auch jeweils die zeitgenössischen Konflikte

122 Ebd., S. 239.

123 Er tut dies vor allem im Rahmen seiner das Buch abschließenden Fallstudie zur WDR-Sendung »Radio Colonia«. Inwiefern seine diesbezüglichen Ergebnisse verallgemeinerbar sind, wäre genauer zu prüfen, stellten die Italiener und Italienerinnen doch eine aufgrund ihrer EG-Mitgliedschaft rechtlich privilegierte und in den späten 1970er-Jahren weitgehend akzeptierte Migrantengruppe dar.

124 Rolf Wörsdörfer, *Vom ›Westfälischen Slowenen‹ zum ›Gastarbeiter‹. Slowenische Deutschland-Migrationen im 19. und 20. Jahrhundert* (Studien zur historischen Migrationsforschung, Bd. 33), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2017, 491 S., geb., 58,00 €. Zwischen 1880 und 1914 und wieder nach 1945 war die Bundesrepublik das wichtigste Zielland slowenischer (und insgesamt jugoslawischer) Migranten und Migrantinnen; in der Zwischenkriegszeit war Frankreich bevorzugtes Ziel der slowenischen Migration. Vgl. Marjan Drnovšek, *Fragments from Slovenian Migration History, 19th and 20th Centuries*, in: Ulf Brunnbauer (Hrsg.), *Transnational Societies, Transterritorial Politics. Migrations in the (Post-)Yugoslav Region, 19th–21st Century*, Oldenbourg Verlag, München 2009, 328 S., geb., 44,80 €, S. 51–72; hier: S. 57 und 59.

um diese Zuordnungen. Die Forschung zu irregulären und offiziellen Migrationsformen bereichert er durch seinen Blick auf Asylverfahren¹²⁵, vor allem aber auf Leiharbeit und Werkverträge. Diese Form der Arbeitsmigration, die keine sozialrechtliche Gleichstellung mit deutschen Arbeitskräften implizierte, wurde entsprechend von den deutschen wie jugoslawischen Gewerkschaften bekämpft.¹²⁶ Eine geschlechterhistorische Perspektive wird mitgedacht, wenn auch Migrantinnen in separaten Kapiteln abgehandelt werden. Positiv hervorzuheben ist die Problematisierung des Terminus »Nachzug« von Frauen. Zwar hat es diese Form des Zuzugs zum bereits ausgewanderten Ehemann durchaus gegeben (gerade im Ruhrgebiet war dies wegen des Bergbaus als männlichen Arbeitsfelds häufig der Fall). Aber insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg gingen Frauen verstärkt auf eigene Initiative in die Bundesrepublik; bei den slowenischen Arbeitskräften lag der Frauenanteil bei über 50 %. Lesenswert sind auch Wörsdörfers Ausführungen zu transnationalen Familienmodellen: Oftmals blieben die Kinder in Slowenien, während die Eltern in Ingolstadt arbeiteten. Der Ort war, wie Bayern insgesamt, auch deshalb so beliebt, weil er ein Pendeln in die Herkunftsregion sogar über das Wochenende ermöglichte. Transnationale Migrationsbewegungen konnten also, wenn es die Entfernung erlaubte, auch als Pendelmigration gestaltet werden.

Dass diese transnationale Lebensform von den Betroffenen unterschiedlich bewertet wurde und auch zu innerfamiliären Konflikten führte, wird nicht nur bei Wörsdörfer, sondern auch in der 2017 erschienenen Studie zu Arbeitsmigranten und -migrantinnen in Österreich beziehungsweise der Steiermark von Verena Lorber deutlich.¹²⁷ Aus dem heutigen Kroatien und Slowenien stammende Arbeitsmigranten und -migrantinnen pendelten regelmäßig in ihre Herkunftsorte, während die aus dem heutigen Bosnien und Serbien zugewanderten »Gastarbeiter« oft nur zwei- bis dreimal pro Jahr die lange Reise auf sich nahmen.¹²⁸ Auch geschlechtsspezifische Unterschiede sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung: Viele Frauen, die ihre Kleinkinder oft in der Obhut ihrer Mütter gelassen hatten, fuhren besonders häufig auf Heimatbesuch.

Lorber schildert eingangs, dass sich Österreich erst in den 1960er-Jahren von einem Entsende- zu einem Anwerbeland wandelte, was in dem – im Vergleich zur Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten – verzögerten wirtschaftlichen Aufstieg des Landes nach 1945 begründet lag. Die Autorin untersucht den Zeitraum von 1961 bis 1976, also vom Beginn einer staatlichen Anwerbepolitik bis zur Einführung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, welches die aus Deutschland übernommene und 1941 in Kraft getretene »Verordnung über ausländische Arbeitskräfte« aus dem Jahr 1933 ablöste.¹²⁹ Sie nimmt damit diejenige Phase der österreichischen Migrationspolitik in den Blick, die als aktive Anwerbepolitik betrachtet werden kann, der Liberalisierung des Arbeitsmarktes zwischen 1950 und 1961 nachfolgte und der Reduzierung der Zahl ausländischer Arbeitnehmer nach 1973/74 vorausging.¹³⁰ Lorbers Schwerpunkt liegt dabei auf der Migration von Jugoslawen und Jugoslawinnen nach Österreich, die im Untersuchungszeitraum zwischen 66 und

125 Oftmals war die Mitwirkung (der Eltern) in NS-nahen Organisationen während der deutschen Besetzung Sloweniens (1941–1945) ein Positivum im Asylverfahren.

126 Wörsdörfer buchstabiert am Beispiel jugoslawischer Arbeitsmigration aus, was Trede vonseiten der Gewerkschaften her untersucht, nämlich prekäre Arbeitsverhältnisse.

127 Lorber, *Angeworben*. Bei der Publikation handelt es sich um die überarbeitete Fassung ihrer 2015 an der Karl-Franzens-Universität Graz eingereichten Dissertation.

128 Ebd., S. 249.

129 Diese Verordnung sah eine Einzelfallprüfung und die Notwendigkeit einer Arbeitserlaubnis und Beschäftigungsgenehmigung vor.

130 Die Bedeutung der Ölkrise für den Übergang zur dritten Phase überbewertet sie, entgegen einschlägigen Forschungsergebnissen.

87 % aller ausländischen Arbeitskräfte im Land stellten.¹³¹ Mit ihrem Fokus auf die Steiermark untersucht die Autorin zudem eine Region, die – im Gegensatz zu Vorarlberg und Wien – bisher wenig erforscht worden ist.¹³²

Die Studie fördert viele interessante Aspekte zutage: Zunächst lässt sich festhalten, dass aktuelle Befunde der »Gastarbeiter«-Historiografie auch für Österreich zutreffen: Ein Gros dieser Arbeitsmigranten und -migrantinnen kam nicht im Rahmen der bilateralen Verträge mit Spanien (1962), der Türkei (1964) und Jugoslawien (1966)¹³³, sondern auf eigene Faust beziehungsweise nach persönlicher Anwerbung durch österreichische Unternehmen ins Land: »Ich bin nicht durch das ganze System gekommen, ich bin einfach mit dem Zug gekommen«, äußert etwa Mehio S., einer der für die Studie interviewten jugoslawischen Migranten und Migrantinnen.¹³⁴ Kettenmigration bedeutete eine »Verselbständigung der Migrationsbewegung«¹³⁵, die weder von Österreich noch den Entsendeländern (hier: Jugoslawien) gewünscht war. Als überaus bedeutsam für die österreichische Migrationspolitik erweist sich im Untersuchungszeitraum die Sozialpartnerschaft, die, so Lorber, eine weitreichende Institutionalisierung gerade über die enge Einbindung in Migrationsfragen erfuhr. Das »Raab-Olah-Abkommen« von 1961 markierte den Beginn einer kontingentierten Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die jeweils nach Branchen und Bundesländern zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt wurde.¹³⁶ Die österreichische Migrationspolitik basierte damit laut Lorber grundsätzlich auf dem Rotationsprinzip, das erst mit der Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes 1988 durch das Integrationsprinzip abgelöst worden sei. Seit den 1990er-Jahren seien die Sozialpartner nur mehr partiell in migrationspolitische Entscheidungen eingebunden, die nun maßgeblich von der Regierung getroffen würden.¹³⁷

Bedauerlich ist, dass die Autorin – trotz ihres Vorhabens, regionale und globale Entwicklungen in ihren Wechselwirkungen zu analysieren – ihre Ergebnisse nur vereinzelt in den europäischen Kontext einbettet oder Vergleiche mit anderen Anwerbeländern vornimmt. Die Einordnung des österreichischen beziehungsweise steirischen Beispiels in den größeren Kontext des »Gastarbeiter«-Systems muss die Leserin größtenteils selbst vornehmen. Sehr überzeugend gelingt hingegen die Erweiterung der Studie um migrantische Lebens-

131 Türkische Migranten und Migrantinnen stellten zwischen 1963 und 1973 zwischen 12,8 und 25,7 % der ausländischen Arbeitskräfte, während Spanier und Spanierinnen zwar 1963 noch 13,2 %, seit den 1970er-Jahren aber nur noch maximal 0,2 % ausmachten. Vgl. *Lorber*, Angeworben, S. 63, Tab. 1.

132 Generell ist für Österreich eine klare Dominanz sozialwissenschaftlicher Forschung zur sog. Gastarbeit auszumachen; (migrations-)historische Darstellungen liegen nicht in gleichem Maße vor.

133 Das Abkommen mit Spanien blieb quasi folgenlos. Aufgrund des späten Eintritts Österreichs in die Reihe der Anwerbestaaten, zwischen denen bereits eine heftige Konkurrenz um ausländische Arbeitskräfte herrschte, verlagerte das Land seine Anwerbeabsichten schnell nach Jugoslawien und in die Türkei. Wegen der niedrigeren Löhne in Österreich schlugen viele ausländische Arbeitskräfte aber österreichische Arbeitsangebote aus und gingen lieber in die Bundesrepublik oder die Schweiz.

134 Interview Mehio S., 6.5.2011, zit. nach *Lorber*, Angeworben, S. 205. Einige der geführten Interviews haben auch Eingang in die Ausstellung »Lebenswege. Slowenische »Gastarbeiterinnen« in der Steiermark« gefunden, die vom 29.5. bis 6.11.2015 im Pavelhaus in Laafeld gezeigt und von Lorber projiziert wurde. Eine erste große Ausstellung zum Thema »Gastarbeit« in Österreich war 2004 im Historischen Museum der Stadt Wien zu sehen: *Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Mattl* (Hrsg.), *Gastarbajteri. 40 Jahre Arbeitsmigration*, Wien 2004.

135 *Lorber*, Angeworben, S. 18.

136 Für die Bundeswirtschaftskammer wie für den Österreichischen Gewerkschaftsbund stellte die Kontingentvereinbarung lediglich eine Übergangslösung bis zur Verabschiedung eines (neuen) Ausländerbeschäftigungsgesetzes dar, das jedoch erst 1976 erlassen werden sollte. Vgl. ebd., S. 59.

137 Ebd., S. 73 und 76.

läufe und Perspektiven: Mit ihrem Fokus auf 15 Biografien von Migrantinnen und Migranten, die zwischen 1967 und 1977 in die Steiermark gekommen sind und die mithilfe narrativer Interviews rekonstruiert wurden, gelingt es der Autorin, neben den sozialstrukturellen Faktoren und den politischen Rahmenbedingungen (sowie kirchlichen Betreuungsorganisationen und migrantischen Vereinen) auch individuelle Strategien und Erfahrungen in den Blick zu nehmen. Viele Jugoslawinnen etwa, so zeigt Lorber sehr schön, übernahmen eine Hausmeisterei, um die Mietkosten zu senken und Familie und Berufstätigkeit besser verbinden zu können.¹³⁸ Es waren demnach geschlechtsspezifische Erwartungen und Rollenzuschreibungen, welche die Migrationssituation und mit dieser das transnationale Familienleben maßgeblich prägten.¹³⁹

Der Frage, was transnationale Familienformen für die Familie bedeuten, geht auch ein Beitrag von Jasna Čapo Žmegac in einem von Ulf Brunnbauer herausgegebenen Sammelband nach, der sich mit Migrationen in der (ex-)jugoslawischen Region vom 19. bis ins 21. Jahrhundert befasst.¹⁴⁰ Čapo Žmegac, die nach München migrierte Familien aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina befragt hat, unterstreicht, dass das Familienleben an zwei oder mehr Orten nicht zwangsläufig zu Entfremdung führt(e). Gleichzeitig problematisiert sie die positive Schilderung eines engen Familienverbands, den ihre Interviewpartner und -partnerinnen zeichnen, indem sie auf die möglicherweise bestehende Notwendigkeit verweist, einen engen Zusammenhalt explizit zu betonen – gerade weil es sich um örtlich verteilte Familien handelt.¹⁴¹

Der bereits 2009 erschienene Sammelband¹⁴² lotet die Brauchbarkeit des Konzepts der Transnationalität aus und möchte mit seiner vergleichenden Perspektive eine Forschungslücke schließen. Im ersten Teil bietet er historische Überblicksdarstellungen zu Migrationsbewegungen im (ex-)jugoslawischen Raum, während der zweite Teil vornehmlich soziologische und ethnografische Forschungen enthält. Neben Arbeitsmigration kommen dabei auch Fluchtbewegungen zur Sprache und nicht zuletzt verweist Brunnbauer auf die Prägung des Terminus »ethnic cleansing« im Kontext der Jugoslawienkriege der 1990er-Jahre. Brunnbauer selbst gibt einleitend einen Überblick über die Arbeitsmigration aus dem jugoslawischen Raum vom späten 19. Jahrhundert bis zum Ende des sozialistischen Jugoslawiens. Er betont die anhaltende Migration aus der Untersuchungsregion: Migration sei vielfach zu einem »part of the typical life trajectory« geworden, so Brunnbauer, der mit Caroline Brettell von »cultures of emigration« spricht, die zu Generatoren immer neuer Migrationsbewegungen würden.¹⁴³ Während er die Folgen der Migration für die Sozialpolitik Jugoslawiens respektive der Entsendeländer positiv einschätzt, sieht er sie ökonomisch

138 Diese Beschäftigung war bereits in der Gründerzeit eine viel genutzte Option für neue Zuwanderer, vgl. ebd., S. 231.

139 Neben dem Geschlecht betont Lorber abschließend auch die Bedeutung der Kategorie Alter; Altern sei aufgrund des für temporär erachteten Migrationsprozesses lange Zeit nicht beachtet worden, ebd., S. 265.

140 *Brunnbauer*, *Transnational Societies, Transterritorial Politics*.

141 Vgl. zu dieser Thematik auch die Studie zu familialen Aushandlungen von *Eveline Ammann Dula*, *Familienleben transnational. Eine biographische-analytische Untersuchung einer Familie aus dem ehemaligen Jugoslawien*, Bielefeld 2019.

142 Die dort angestoßenen Debatten wurden weitergeführt. Vgl. etwa die 2010 in Regensburg veranstaltete Tagung zu Arbeitsmigration und Transnationalismus in Europa, Tagungsbericht: *Labour Migration and Transnationalism in Europe. Contemporary and Historical Perspectives*, 10./11.12.2010, Regensburg, in: *H-Soz-Kult*, 18.03.2011, URL: <<https://www.hsozkult.de/searching/id/tagungsberichte-3580>> [19.11.2019].

143 *Ulf Brunnbauer*, *Labour Emigration from the Yugoslav Region from late 19th Century until the End of Socialism. Continuities and Changes*, in: *ders.*, *Transnational Societies, Transterritorial Politics*, S. 17–50, hier: S. 48.

als Nachteil, hätten sie doch die periphere Position der Region innerhalb der globalen Arbeitsteilung nicht verändern können.

Von ökonomischer Bedeutung war die Arbeitsmigration nicht zuletzt wegen der (Rück-)Überweisungen an die Herkunftsfamilien. Janine Dahinden, die die transnationalen Praktiken von Kosovo-Albanerinnen und -Albanern und serbischen Migrantinnen und Migranten in der Schweiz analysiert, findet intensive transnationale Beziehungen, zu denen das Überweisen von *remittances* gehört, vor allem bei gebildeten männlichen Migranten. Sie plädiert für eine Differenzierung transnationaler Beziehungen nach ihrer Intensität (ohne Bezugnahme auf Pries' diesbezügliche Überlegungen), weil sie für viele eine nur wenig nachhaltige Form transnationaler Kontakte beobachtet – mit Ausnahme eines Nationalismus aus der Ferne.¹⁴⁴

Rücküberweisungen interessieren die Migrationsforschung bereits seit einiger Zeit, weil sie die – oft vernachlässigten – »Zurückgebliebenen« am Herkunftsort sowie die Beziehungen zwischen diesen und den Migrierten zu fokussieren erlauben. Dass die Überweisungen aber nicht nur für die migrantischen Haushalte eine zentrale Rolle spielten, sondern auch regelmäßig die staatlichen Instanzen beschäftigten, die Migration zu regulieren versuchten, zeigt Heike Knortz in ihrer »Wirtschaftsgeschichte der frühen europäischen Migration und Integration« mit dem Titel »Gastarbeiter für Europa«. Durch ihre die wirtschaftshistorischen, vor allem außenwirtschaftlichen Aspekte der »Gastarbeiter«-Migration betonende Perspektive geraten insbesondere Devisenpolitik und Handelsbilanzen in den Blick. Diese Dimensionen für die italienisch-französischen wie für die bundesdeutschen Verhandlungen über Anwerbeabkommen in den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg herausgearbeitet zu haben, ist ein Verdienst der Studie von Knortz. Sie stellt zudem die treibende Rolle Italiens bei den Verhandlungen und letztlich der europäischen Integration heraus.¹⁴⁵ Ihr zufolge – und das ist eine leitende These der Studie – ist Italien mit den Römischen Verträgen eine Vergemeinschaftung des italienischen Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsproblems gelungen. Italien hat früh auf Freizügigkeit nicht nur für Waren und Kapital, sondern auch für Arbeitskräfte gedrängt (»Handelsliberalisierung gegen Zuwanderung«¹⁴⁶). Einen regelmäßigen Konfliktpunkt bei den bi- und später multilateralen Verhandlungen bildeten die Heimatüberweisungen. Der Rückgang der traditionsreichen italienischen Migration nach Frankreich 1949 hing nicht zuletzt mit der Einschränkung der Option für Überweisungen zusammen, die Frankreich aufgrund seiner Devisenschwäche vornahm, die dann aber zu einer Hinwendung Italiens zur Bundesrepublik führte. Während Knortz die Anwerbepolitik überzeugend als Teil der Außenwirtschaftspolitik herausarbeitet¹⁴⁷, verwundert ihre pauschale Absage an andere denn außenwirtschaftliche Motivationen. So sei das Regierungshandeln in keiner Weise »auf eine entsprechende Nachfrage in der Industrie der europäischen Zielländer zurückzuführen«¹⁴⁸ – eine, wie bereits Imke Sturm-Martin in ihrer Rezension des Buches festgehalten hat, allzu überzogene Aussage. Dasselbe ließe sich auch für das Vorgängerwerk von Heike Knortz, ihre Studie über »Diplomatische Tauschgeschäfte«, sagen, in der sie allein außenpolitische Gründe zur Erklärung

144 Zum kroatischen Nationalismus vgl. den Beitrag von *Francesco Ragazzi*, The Croatian »Diasporas Politics« of the 1990s. Nationalism Unbound?, in: ebd., S. 145–167.

145 Vgl. dazu auch den kürzlich erschienenen Aufsatz von *Kerstin D. Furrer/Heike Knortz*, Italienische »Gastarbeiter« und die europapolitische Vision Baden-Württembergs, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 78, 2019, S. 355–374.

146 *Heike Knortz*, Gastarbeiter für Europa. Die Wirtschaftsgeschichte der frühen europäischen Migration und Integration, Böhlau Verlag, Köln/Weimar etc. 2016, 250 S., brosch., 40,00 €, hier: S. 192.

147 Ohne dabei allerdings italienische Archive zu konsultieren. Auch fehlen einige grundlegende Werke zur Arbeitsmigration in der Bibliografie.

148 *Knortz*, Gastarbeiter für Europa, S. 184.

der späteren Anwerbeabkommen anführt.¹⁴⁹ Aus der Tatsache, dass außenpolitische Motive in der Forschung zur »Gastarbeiter«-Migration lange Zeit eher im Schatten standen, lässt sich kein einseitiges »Primat der Außenpolitik« ableiten, wie Monika Mattes feststellt.¹⁵⁰ Auch und gerade die vielen letztlich geduldeten Wege irregulärer Migration zur Befriedigung einer durchaus differenzierten Nachfrage zeugen von der Wichtigkeit auch betriebs- und volkswirtschaftlicher Überlegungen.¹⁵¹

Eine in anderer Hinsicht einseitige Studie stellt »Die Gastarbeiter-Welt« von Hedwig und Ralf Richter dar, die sich mit der italienischen Migration nach Wolfsburg vor allem in den 1960er- und 1970er-Jahren befassen.¹⁵² Ihr zentraler Ausgangspunkt ist die Rückkehrabsicht der meisten Italiener und Italienerinnen, die in den Studien, die auf die mangelnde Integrationsbereitschaft der deutschen Aufnahmegesellschaft abheben, ausgeblendet würde. Richter/Richter schreiben gegen eine vorschnelle Viktimisierung von Migranten und Migrantinnen an und möchten deren eigene Lebensentwürfe ernst nehmen. Das ist zunächst einmal ein wichtiges Anliegen, das auf Basis von Archivmaterial und narrativen Interviews verfolgt werden soll. Problematisch ist jedoch die Reduktion der bisherigen Migrationsforschung auf eine einzige Meistererzählung, das heißt den »Integrationsplot«. Diesen skizzieren die Autorin und der Autor als ein auf Viktimisierung gerichtetes Narrativ, zu dem Diskriminierungserfahrungen, die Weigerung Deutschlands, sich als Einwanderungsland zu begreifen, und der »Kampf um Aufnahme in die deutsche Gesellschaft« gehörten.¹⁵³ Dieser »Opfer-Diskurs« dominiert laut Richter/Richter nicht nur in der Migrationsforschung, sondern auch in »der deutschen Öffentlichkeit«¹⁵⁴ – dass hier auch ganz andere Diskurse über Migrantinnen und Migranten zirkulieren, findet kaum Erwähnung. Die Autorin und der Autor vertreten im Wesentlichen vier Thesen: Erstens betrachten sie die »Gastarbeiter«-Migration als »Entwicklungsbremse«, bedienen damit ein unhinterfragtes (modernisierungstheoretisches) Fortschrittsmodell und schreiben zudem die italienischen Migranten und Migrantinnen auf vormoderne »Parallelstrukturen« fest.¹⁵⁵ Es habe,

149 Die Außenpolitik spielte selbstverständlich eine wichtige Rolle. Zur Bedeutung der Brandtschen Ostpolitik für Anwerbeabkommen mit Jugoslawien vgl. unter anderem *Karolina Novinščak*, The Recruiting and Sending of Yugoslav »Gastarbeiter« to Germany. Between Socialist Demands and Economic Needs, in: *Brunnbauer*, Transnational Societies, Transterritorial Politics, S. 121–143.

150 *Monika Mattes*, Wirtschaftliche Rekonstruktion in der Bundesrepublik Deutschland und grenzüberschreitende Arbeitsmigration von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, in: *Jochen Oltmer* (Hrsg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016, S. 815–851, hier: S. 816f.

151 Ebd., S. 850.

152 Für weitere Untersuchungen zu den italienischen Migrantinnen und Migranten in Wolfsburg vgl. *Prontera*, Das Emigrationszentrum in Verona, sowie *Margherita Carbonaro*, La vita è qui, Das Leben ist hier. Wolfsburg, una storia italiana, Wolfsburg, eine italienische Geschichte, Berlin 2013, die beschreibt, wie für viele von ihnen Italien vom Rückkehr- zum Urlaubsland mutierte.

153 *Hedwig Richter/Ralf Richter*, Die »Gastarbeiter-Welt«. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2013, 284 S., geb., 34,90 €, hier: S. 9. Dass aktuell aber »Integrationsbarometer statt Einwanderungs- und Diskriminierungsrapports« auf der Agenda stehen, wird von Richter/Richter geflissentlich übergangen, *Sabine Hess*, Integration als umkämpftes Narrativ und Praxis. Eine genealogisch-ethnographische Rekonstruktion von Wissenspolitiken, in: *Miriam Aced/Tamer Düzyol/Arif Rüzgar* u. a. (Hrsg.), Migration, Asyl und (Post-)Migrantische Lebenswelten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven migrationspolitischer Praktiken, Münster 2014, S. 109–134, hier S. 109. Hess plädiert für die Anwendung von »post-integrationistischen, post-ethnisierenden, wissens-reflexiven Ansätzen« statt für die Fortschreibung hegemonialer migrationspolitischer Diskurse, ebd., S. 128.

154 *Richter/Richter*, Die Gastarbeiter-Welt, S. 17.

155 Ebd., S. 11 und 117.

zweitens, lediglich eine kleine »integrationsbereite Elite« gegeben, die in Konflikt mit dem Gros der »sprachlose[n] Analphabeten« geraten sei.¹⁵⁶ Drittens habe die katholische Kirche die Rückkehr nach Italien favorisiert und daher die migrantische Eigeninitiative in Wolfsburg verhindert.¹⁵⁷ Viertens schätzen Richter/Richter die bundesdeutsche Migrationspolitik der 1960er- und 1970er-Jahre nicht als Politik der Versäumnisse in Sachen Integration, sondern als insgesamt realistische Politik ein, weil schließlich auch die Migrantinnen und Migranten selbst von einer Rückkehr in ihr Herkunftsland ausgegangen seien.¹⁵⁸ Dass diese Thesen nicht ausreichend belegt werden und dass das Interviewmaterial nicht methodisch angeleitet ausgewertet wurde, sondern als »Faktenbeleg« fungiert, haben bereits andere Rezensentinnen herausgestellt.¹⁵⁹ Ich möchte im Folgenden lediglich den Umgang mit dem Integrationsparadigma genauer unter die Lupe nehmen.

Migrantinnen und Migranten nicht vornehmlich als Opfer zu betrachten, haben bereits andere – deutlich früher – gefordert und in Ansätzen der kritischen Migrationsforschung ausformuliert.¹⁶⁰ Dass nicht alles einem Integrationsplot untergeordnet werden soll, scheint zunächst einmal hilfreich, um die diesbezüglichen Verengungen der Migrationsforschung aufzubrechen. Doch stellt sich beim Lesen von »Die Gastarbeiter-Welt« schnell heraus, dass es lediglich um einen bestimmten Aspekt der Integrationsthematik geht, der hier kritisiert wird: nämlich die Schuldzuweisung an die bundesdeutsche Regierung oder auch die Aufnahmegesellschaft, den Migrantinnen und Migranten gegenüber nicht offen genug gewesen zu sein. Es geht Richter/Richter nicht darum, Integration als Konzept zu problematisieren; vielmehr läuft Integration als Hintergrundfolie beständig mit, wie die unhinterfragte Verwendung von Begriffen wie Integrationsbereitschaft oder Integrationswille zeigt. Begriffe wie diese machen auch deutlich, wer hier verantwortlich gemacht wird für mangelnde Integration. Doch nicht nur an schlechten schulischen Leistungen und fehlender Eingliederung sind die Migrantinnen und Migranten schuld – blockiert von ihrem Rückkehrwunsch. Auch für den Modernisierungsstau in der Industrie sind sie verantwortlich¹⁶¹ – nicht etwa die sie anwerbenden Unternehmen. Pointiert halten Richter/Richter fest: »Wie stark die soziale und kulturelle Position der Migranten im Aufnahmeland von ihrer Eigeninitiative abhängt, zeigt der Sonderfall Wolfsburg.« Wenn geringe Qualifikationen und ein niedriger Lebensstandard nicht »schlicht mit der Diskriminierung von Ausländern« zu erklären sind¹⁶², dann sind sie es wohl ebenso wenig »schlicht« mit mangelnder Initiative aufseiten der Migrantinnen und Migranten. Dass eigene Lebensentwürfe und die Aufnahmegesellschaft womöglich in Wechselwirkung miteinander stehen, scheint Richter/Richter eine zu weitgehende gesellschaftstheoretische Annahme. Yvonne Rieker hat bereits betont, dass bestimmte Angebote seitens der Aufnahmegesellschaft den Handlungsspielraum vergrößern können.¹⁶³

156 Ebd., S. 14 und 122.

157 Ebd., S. 14. Dass gerade im Exil die Kirche besonders mächtig werden konnte, betont auch *Wörsdörfer*, Vom ›Westfälischen Slowenen‹ zum ›Gastarbeiter‹, S. 442.

158 Vgl. ebd., S. 119.

159 *Jenny Pleinen*, Rezension von Hedwig Richter/Ralf Richter, *Die Gastarbeiter-Welt. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg*, H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews, 2013, URL: <<https://www.h-net.org/reviews/showpdf.php?id=38410>> [19.11.2019], S. 2, und *Yvonne Rieker*, Rezension von ebd., recensio.net, URL: <<https://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/npl/58-2013/1/ReviewMonograph921022860>> [19.11.2019].

160 Dass bei einem migrationshistorischen Fokus auf »Opfergeschichte« die »gesellschaftliche Randlage von MigrantInnen [...] in der Wissenschaft reproduziert« werde, haben schon *Esch/Poutrus*, *Zeitgeschichte*, S. 340, problematisiert. Vgl. dazu auch: *Möhring*, *Jenseits des Integrationsparadigmas?*.

161 Vgl. ebd., S. 192.

162 Ebd., S. 101.

163 *Yvonne Rieker*, Rezension von Richter/Richter, *Gastarbeiter-Welt*, in: NPL 58, 2013, S.133.

Agency hängt stets auch von den Rahmenbedingungen ab, innerhalb derer sich ein historisches Subjekt bewegt. Der Fokus von Richter/Richter auf die Eigeninitiative der migran-tischen Akteure und Akteurinnen und das Ausblenden struktureller Faktoren geben eine letztlich neoliberale Perspektive zu erkennen, die Integration als Bringschuld und Leistung der Zugewanderten versteht.

Verschärft wird die Übernahme eines solchermaßen verstandenen Integrationsparadig-mas noch durch die durchgängige Anlehnung an Hartmut Essers (durchaus kulturalisie-rende) Assimilationstheorie. Mit Esser wissen die Autorin und der Autor, dass »Isolation (etwa in ethnisch homogenen Vereinen oder Kirchen)« nicht zur »Binnenintegration« bei-trägt, sondern Integration blockiert¹⁶⁴ – ohne hierfür Belege anzuführen oder widerspre-chende Forschungsergebnisse auch nur anzudeuten. Zu den massiv ausgeblendeten struk-turellen Faktoren zählt denn auch der Rassismus.¹⁶⁵ Exklusion, so Richter/Richter, lasse sich über einen »Konstruktionsprozess«, in dem Migrantinnen und Migranten zu Ande-rem gemacht würden, nicht erklären.¹⁶⁶ Othering wird hier als Nebensache abgetan und Ex-klusion als »Resultat eines Lebenskonzepts«, das Bildung geringschätze, verstanden.¹⁶⁷ So wichtig der Hinweis darauf ist, migrantische Rückkehrwünsche ernst zu nehmen und nach ihren Folgen für Lebensentwürfe zu fragen, so zentral ist es, nicht einfach katego-risch zwischen Rückkehrorientierung und (daraus resultierender) mangelnder Integration einerseits und Integrationswille und -erfolg andererseits zu unterscheiden. Auf diese Wei-se gehen alle Zwischentöne verloren und der Wandel von Lebensentwürfen mit ihren wech-selnden Beheimatungen und Entfremdungen gerät aus dem Blick. Eine differenzierte, auf biografische Forschung gestützte Analyse der Rückkehrwünsche und des Lebens von Zu-rückgekehrten stellt also nach wie vor ein Desiderat der Migrationsforschung dar.

Einen anderen und meines Erachtens weit produktiveren Umgang mit der Integrations-thematik wählt Martina Sochin D'Elia in ihrer in Fribourg entstandenen Dissertation.¹⁶⁸ In ihrer Studie fragt sie nach der Wahrnehmung und dem Umgang mit Fremden seit dem Zweiten Weltkrieg und wählt drei Formen der Migration als Untersuchungsfelder: Hei-rats-, Arbeits- und Fluchtmigration. Migrantische Perspektiven berücksichtigt sie (leider) nicht, sodass es sich bei der Auseinandersetzung mit den »gesamtgesellschaftlichen Fremd-heitskonstruktionen«¹⁶⁹ vornehmlich um mehrheitsgesellschaftliche Repräsentationen von Fremdheit insbesondere staatlicher, wirtschaftlicher und karitativer Stellen handelt. Die von ihr avisierte Alltagsebene und konkrete Interaktion mit den »Fremden« können auf diese Weise nicht herausgearbeitet werden.

Liechtenstein wies bereits um 1900 einen Ausländeranteil von circa 15 % auf. Migrati-onspolitisch orientierte sich das Fürstentum bis zu seinem EWR-Beitritt 1995 an der Aus-ländergesetzgebung der Schweiz.¹⁷⁰ Auch in Liechtenstein wurde das Rotationsprinzip praktiziert, eine Plafonierung sogar früher als in der Schweiz eingeführt, und auch hier blieb die Zahl der Einbürgerungen gering. Die Überfremdungsdebatten spielten auch in Liechtenstein eine Rolle, richteten sich in den Anfangsjahren interessanterweise aber nicht

164 *Richter/Richter*, *Gastarbeiter-Welt*, S. 13.

165 Diesen verstärkt auch in historischen Analysen der Zeit nach 1945 in den Blick zu nehmen, ist eine der zunehmend wahrgenommenen Forschungslücken in der Zeitgeschichte. Vgl. etwa das Panel »Rassismus seit der ›Stunde Null‹. Einwanderung und Differenz in Deutschland 1945–2018« auf dem Historikertag 2018 in Münster, geleitet von Norbert Frei und Maria Alexopoulou.

166 *Richter/Richter*, *Gastarbeiter-Welt*, S. 189.

167 *Ebd.*, S. 190.

168 *Martina Sochin D'Elia*, »Man hat es doch hier mit Menschen zu tun!«. Liechtensteins Umgang mit Fremden seit 1945, Chronos Verlag, Zürich 2012, 374 S., geb., 39,50 €.

169 *Sochin D'Elia*, »Man hat es doch hier mit Menschen zu tun!«, S. 35.

170 Erst seit 2008 verfügt Liechtenstein über eine eigenständige Ausländergesetzgebung.

gegen die italienischen Saisonniers¹⁷¹, sondern gegen hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte mit langfristiger Aufenthaltsbewilligung. Die Kategorie »Geschlecht« ist bei Sochin D'Elia vor allem für die Ausführungen zur Heiratsmigration relevant, weil Liechtensteinerinnen bis 1974 bei Heirat ihre Liechtensteiner Staatsbürgerschaft verloren, während einheiratende Ausländerinnen diese sofort erhielten. Bei den erhitzten Debatten um die Einführung des Frauenwahlrechts 1984 (!) spielte dies eine zentrale Rolle: Die Gegner des Frauenstimmrechts wetteten gegen die dann ja wahlberechtigten Ausländerinnen; erst der Kompromiss, dass Heiratsmigrantinnen erst 6 Jahre nach Einbürgerung wählen dürfen, führte zur Annahme des Frauenstimmrechts. Geschlecht und Nationalität/Citizenship in ihren Wechselwirkungen zu untersuchen, ist für die Migrationsforschung eine wichtige Aufgabe.

Die das Buch strukturierende Unterscheidung von Heirats-, Arbeits- und Fluchtmigration ordnet das Material übersichtlich, verdeckt aber Überschneidungen und Gemengelagen. Da sich jedoch die Wahrnehmung der »Fremden« mindestens partiell an derartigen Kategorien orientiert(e), leuchtet ihre Reproduktion für eine Studie wie diese ein. Zudem wird übergreifend die Frage nach den »wandelbaren Integrationsvorstellungen«¹⁷² und damit zusammenhängenden Ein- und Ausschlussprozessen gestellt. Es geht der Autorin nicht darum, eine »Geschichte der erfolgreichen oder nicht erfolgreichen Eingliederung verschiedener Ausländergruppen in die liechtensteinische Gesellschaft«¹⁷³ zu schreiben, sondern den Umgang mit Integration in der Geschichte Liechtensteins zu reflektieren. Von Integration war in Liechtenstein (erst) seit den späten 1980er-Jahren die Rede. »Integration« löste den Begriff der Assimilation ab, beharrte aber gleichwohl darauf, dass Integration eine vonseiten der Zugewanderten zu erbringende Leistung sei, deren Kriterien die Aufnahmegesellschaft festlegte. Die präsenste Forderung nach »totaler Integration« schloss die Abgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft ein. Sochin D'Elia macht Integration als Regulationsbegriff sichtbar und zeichnet seine historischen Konjunkturen und Kontexte nach. Dass Integration nicht einfach steuerbar und das, was darunter zu verstehen sein soll, nicht einfach festlegbar ist, drückt die Autorin folgendermaßen aus: »Ausländische Personen benötigen nicht immer die Erlaubnis der Behörden, um sich in einer Gesellschaft zurechtzufinden, zu organisieren und sich eine neue Heimat zu schaffen.«¹⁷⁴

Liechtenstein als sehr kleiner europäischer Staat ist eher selten Gegenstand der Migrationsgeschichte; aber auch andere Länder wie Schweden erfahren weit weniger Aufmerksamkeit als die großen westeuropäischen Länder. Dass die Migration nach Schweden vor allem in ihrer historischen Dimension kaum Thema internationaler Debatten ist, haben die Historiker Mikael Byström und Pär Frohnert zum Anlass genommen, einen englischsprachigen Sammelband zur Flucht- und Arbeitsmigration nach Schweden, einen Gesamtüberblick vornehmlich aus sozial- und politikgeschichtlicher Perspektive, vorzulegen.¹⁷⁵ Der Sammelband gliedert sich in fünf Teile, von denen die ersten beiden die Flüchtlingspolitik der Jahre 1933 bis 1945 beziehungsweise 1950 beleuchten, bevor im dritten Teil die Flüchtlingspolitik während des Kalten Krieges betrachtet wird. Teil vier widmet sich den Diskursen um Migration von 1960 bis 2000. Der Band schließt mit einem Part, der die schwedische Entwicklung in vergleichender Perspektive und in ihrem europäischen Kontext analysiert.

171 Die italienische Migration nach Liechtenstein weist die längste Tradition auf. Bedeutsam aber war stets auch die Zuwanderung aus den Nachbarstaaten. Vgl. dazu den Sammelband von *Peter Melichar/Andreas Rudiger/Gerhard Wanner* (Hrsg.), *Wanderungen. Migration in Vorarlberg, Liechtenstein und in der Ostschweiz zwischen 1700 und 2000*, Wien 2016.

172 *Sochin D'Elia*, »Man hat es doch hier mit Menschen zu tun!«, S. 48.

173 Ebd., S. 342.

174 Ebd., S. 346.

175 *Byström/Frohnert*, *Reaching a State of Hope*. Als Beispiel für eine europäische Perspektive, bei der auch Schweden berücksichtigt wird: *Stefanie Mayer/Mikael Spang* (Hrsg.), *Debating Migration. Political Discourses on Labor Immigration in Historical Perspective*, Innsbruck 2009.

Einleitend bieten die beiden Herausgeber einen Überblick über das Migrationsgeschehen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der gemeinsam mit dem instruktiven Beitrag Frank Caestecker, der die schwedische Migrationspolitik in den europäischen Kontext einordnet¹⁷⁶, die Grundlinien der Migration und ihrer Regulierung in Schweden zu erkennen gibt. Eine erste Ausländergesetzgebung wurde 1927 erlassen; sie diente vor allem dem Schutz vor ausländischer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, betonte aber auch die ethnische Homogenität des Landes.¹⁷⁷ Als Bedrohung wurden insbesondere (osteuropäische) Juden und Jüdinnen sowie Roma wahrgenommen, deren Einreise 1914 gänzlich verboten wurde. Bezüglich der (jüdischen) Flüchtlinge aus Deutschland und den von Deutschland besetzten Gebieten verhielt sich Schweden extrem abwehrend¹⁷⁸; erst mit dem Ausländergesetz von 1954 wurde ein anderer Ton angeschlagen und von den Rechten der Geflüchteten gesprochen. Seit den späten 1940er-Jahren warb Schweden zudem Arbeitskräfte in Ungarn, Italien und Österreich an (hier besonders sudetendeutsche Flüchtlinge¹⁷⁹), außerdem kamen immer mehr Migrantinnen und Migranten auf eigene Faust. Der Arbeitsmarkt war stark geschlechtssegregiert. Bis Mitte der 1950er-Jahre war mehr als die Hälfte der Zugewanderten weiblich. Die vor allem aus Finnland, Norwegen und Deutschland stammenden Frauen waren vornehmlich als Dienstmädchen in Privathaushalten oder als Arbeiterinnen in der Textilindustrie tätig. In der öffentlichen Debatte spielten sie keine Rolle. Diese Unsichtbarkeit weiblicher Migration in der Öffentlichkeit wie in der Migrationsforschung besitzt, wie bereits thematisiert, nicht nur für Schweden Gültigkeit.

In den späten 1950er- und frühen 1960er-Jahren wurde eine weitgehend freie Arbeitsmigration praktiziert. Ab 1967 aber wurde die nicht aus den nordischen Ländern stammende Migration zunehmend eingeschränkt. Die Zuwanderung aus den nordischen Ländern, mit denen seit 1954 auch formal ein gemeinsamer Arbeitsmarkt bestand, nahm während der 1960er-Jahre deutlich ab und wurde durch Arbeitskräfte aus Jugoslawien und der Türkei ersetzt – Länder, mit denen Schweden 1967 bilaterale Verträge abgeschlossen hatte.¹⁸⁰ Obwohl Schweden also am »Gastarbeiter«-System partizipierte, ausländische Arbeitskräfte auch vor allem als Konjunkturpuffer betrachten wollte und 1972 – wie die anderen Anwerbeländer – einen Anwerbestopp verhängte, fanden Rotationsmodelle und Ähnliches keine Zustimmung. In diesem Zusammenhang betonen alle Autorinnen und Autoren, die sich mit der Arbeitsmigration nach Schweden nach 1945 befassen, die starke Rolle der Gewerkschaften, die die sozialrechtliche Gleichstellung durchsetzten und einen bedeutenden Einfluss auf die Migrationspolitik nahmen – der sich bereits für die 1920er-Jahre nachweisen lässt. Integration wurde in Schweden schon in den 1960er-Jahren zu einem viel behandelten Thema. Seitens der Gewerkschaften wurde Integration vor allem als Anpassung an das Modell des (männlichen) organisierten Arbeiters verstanden.¹⁸¹ Der frühe Fokus auf Integration, der mit einer intensiven Überwachung der Ausländer und Ausländerinnen

176 Frank Caestecker, Sweden's Exceptional Ability to Organize Its Immigration, in: *Byström/Frohnert*, Reaching a State of Hope, S. 331–365.

177 »Our country's population is of an unusually uniform, unblended race«, hieß es dort, zit. nach Mikael Byström/Pär Frohnert, Acknowledgements and General Background, in: *dies.*, Reaching a State of Hope, S. 7–26, hier: S. 17.

178 Zur Zwangsmigration und Repatriierung nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. die 2013 erschienene, stark mit Oral-History-Interviews arbeitende Studie von *Izabela A. Dahl*, Ausschluss und Zugehörigkeit. Polnische jüdische Zwangsmigration in Schweden nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 2013.

179 Die Weiterwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen ist ein verbreitetes Phänomen, vgl. auch die Ausführungen zu Sternberg weiter unten.

180 1947 waren bilaterale Abkommen mit Ungarn und Italien geschlossen worden.

181 Vgl. *Jesper Johansson*, Union Solidarity in Exchange for Adaptation, in: *Byström/Frohnert*, Reaching a State of Hope, S. 235–253.

einherging, ist laut Frank Caestecker eine Ausnahme innerhalb Europas.¹⁸² Insgesamt schätzt er die Effektivität der schwedischen Migrationskontrolle, die er als Teil einer »highly organized society« begreift, als exzeptionell ein.¹⁸³ Erst mit einer Liberalisierung seiner Wirtschaft und der Öffnung des Landes für (irreguläre) Migration habe Schweden seinen »distinct character« verloren.¹⁸⁴

Trotz der deutlich restriktiveren Handhabung der Arbeitsmigrationspolitik seit den 1970er-Jahren und der Einschränkung auch der – nach wie vor relativ liberalen – Flüchtlingspolitik Ende der 1980er-Jahre¹⁸⁵ galt Schweden als in humanitärer Hinsicht vorbildliches Land – ein Image, das ernsthaft erschüttert wurde, als Schweden aufgrund der Fluchtbewegungen aus Syrien im Spätherst 2015 Grenzkontrollen am Öresund ankündigte. Das positive Selbstbild des Landes unterzieht Christina Johansson einer kritischen Analyse. Sie zeigt, dass nicht nur ökonomische Gründe für die zunehmend restriktivere Migrationspolitik verantwortlich zeichnen; auch »[i]nflexible ideas about Sweden and Swedishness« hätten einen bedeutenden Anteil – entgegen der Selbstkonzeption als offene Gesellschaft.¹⁸⁶

Wer sich darüber informieren möchte, wie der schwedische Wohlfahrtsstaat, »Folkhemmet« (»Volksheim«), als solidarisch-sozialdemokratisches Modell und auf der Basis ethnischer Homogenität entstanden ist, dem sei die Dissertation von Carly Elizabeth Schall aus dem Jahre 2016 empfohlen. Sie beschreibt die Entstehung der schwedischen Wohlfahrtsstaatlichkeit in den späten 1920er-Jahren bis zu ihrer Krise in den 1990er-Jahren, als die wirtschaftliche Rezession, der Niedergang der sozialdemokratischen Partei (SAP) und die Debatten um hohe Flüchtlingszahlen das Modell zunehmend unter Druck setzten.¹⁸⁷ Die 2000er-Jahre betrachtet sie vor allem im Hinblick auf den »counterhegemonic« Aufstieg rechter Gruppierungen. Schall diskutiert durchaus gewinnbringend und immer wieder auch implizit vergleichend, wie Wohlfahrtsstaatlichkeit zusammen mit Migrationsfragen in Schweden verhandelt wurde. Dabei richtet sie ihr Augenmerk auf kulturelle Faktoren und untersucht insbesondere die (Wahrnehmung von) Krisen der nationalen Schließungen des Wohlfahrtsstaates, die sich auf den Zutritt und/oder auf den Zugang zu sozialen Gütern beziehen konnten. Die Studie zeichnet letztlich die historische Genese des »ethnicity-welfare state nexus«¹⁸⁸ am Beispiel Schwedens nach, was angesichts eines mittlerweile weitgehend unhinterfragten Common Sense, dass Migration und eine zunehmende Heterogenität der Gesellschaft das Funktionieren des Wohlfahrtsstaates gefährde, eine wichtige Intervention darstellt. Schall zeigt anschaulich, dass Homo- und Heterogenität für den Wohlfahrtsstaat bedeutsam sind, weil sie von zentralen Eliten (hier: die sozialdemokratische Elite Schwedens) zu bestimmten Zeitpunkten – aus jeweils zu eruiierenden Gründen – strategisch für bedeutsam erklärt wurden und werden.¹⁸⁹ Wer wann als ähnlich oder ganz

182 Schweden war 1976 das erste Land, das Migranten und Migrantinnen das Wahlrecht in lokalen und regionalen Wahlen zuerkannte.

183 *Caestecker*, *Sweden's Exceptional Ability*, S. 359.

184 Ebd., S. 360.

185 Im Gegensatz zu Liechtenstein nahm Schweden, seinem sozialdemokratischen Image entsprechend, in den frühen 1970er-Jahren 7.000 Chileninnen und Chilenen auf.

186 *Christina Johansson*, *Beyond Swedish Self-Image. Discourses on Migration and the Nation-State in the Late Twentieth Century*, in: *Reaching*, S. 270–288, hier: S. 285

187 *Carly Elizabeth Schall*, *The Rise and Fall of the Miraculous Welfare Machine. Immigration and Social Democracy in Twentieth-Century Sweden*, Cornell University Press, Ithaca 2016, 258 S., geb., 55,00 \$.

188 Ebd., S. 2.

189 Schall hingegen zeigt, dass wachsende Heterogenität in den 1960er- und 1970er-Jahren zu einer Bekräftigung des Wohlfahrtsstaates führte, während sie seit den 1990er-Jahren als symbolische und materielle Gefahr erscheint. Sie spricht in diesem Zusammenhang von »welfare-chauvinism«, *Schall*, *The Rise and Fall of the Miraculous Welfare Machine*, S. 198.

anders wahrgenommen wurde und welche Formen von (Nicht-)Zugehörigkeit jeweils damit verbunden waren¹⁹⁰, rekonstruiert Schall chronologisch für den langen Zeitraum von 1928 bis 2014 und bietet damit einen lesenswerten Überblick über den Wandel (in der Wahrnehmung) Schwedens von einem relativ homogenen Auswanderungsland hin zum heutigen »multiethnischen« Staat.

Deutschlands Wandel vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland ist vielfach beschrieben worden. Für die späten 1940er- und 1950er-Jahre werden gemeinhin Flucht und Vertreibung, die Abwanderung aus der SBZ beziehungsweise DDR in den Westen sowie der Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte thematisiert. Die Auswanderung in den Jahren 1945 bis 1960 hat dagegen weit weniger Beachtung gefunden, gehört aber auch zur Migrationsgeschichte und den Konstanten der deutschen Geschichte. Jan Philipp Sternberg befasst sich in seiner Dissertation mit der politischen und medialen Rezeption der deutschen Auswanderung nach Übersee, vor allem in die USA.¹⁹¹ Es geraten damit die letzten Ausläufer des nordatlantischen Migrationssystems in den Blick. Aber Sternberg thematisiert auch andere Formen der Auswanderung wie den Eintritt in die Fremdenlegion. Basierend auf der Auswertung von Archivalien der mit der Auswanderung befassten Bundesministerien, Tages- und Wochenzeitungen, der Wirtschaftspresse sowie von Reportagen, in denen auch die Perspektiven der Auswandernden Raum einnahmen, und Tagungsberichten verschiedener Organisationen (Kirchen, Vertriebenenverbände) sucht Sternberg nach Kontinuitäten im Umgang mit der Auswanderung. Zu diesen zählen Versuche, junge Männer und Facharbeiter zu halten, begründet mit der volkswirtschaftlichen Furcht vor einem Fachkräftemangel und der Stärkung der ausländischen Konkurrenz. Die Auswanderung von Frauen hingegen traf im Grunde nur auf sittliche Bedenken. Viele Frauen, so kann Sternberg zeigen, betrachteten die Auswanderung nach Übersee als Abenteuer, das nicht unbedingt eine Lebensentscheidung sein musste. Die sich hier andeutende Nähe zwischen Auswanderung und Reise/Tourismus ist ein Trend, der sich seit den 1960er-Jahren weiter verstärkte.

Entscheidend in der politischen Rezeption war letztlich die Differenzierung nach erwünschter und nicht erwünschter Auswanderung, die auch entlang der Unterscheidung zwischen »reichsdeutschen« und »volksdeutschen« Flüchtlingen verlief. Sternberg betrachtet außerdem die weit ins 19. Jahrhundert zurückreichenden, im Nationalsozialismus forcierten, ab Mitte der 1950er-Jahre aber zunehmend als abwegig betrachteten siedlungspolitischen Projekte mit ihren impliziten Vorstellungen der Steuerbarkeit von Auswanderung und der Bewahrung einer deutschen Identität.¹⁹² Sternberg konstatiert eine Entwicklung weg vom Siedlungsgedanken hin zu arbeitsmarktpolitischen Erwägungen, die auch die »Gastarbeit« prägten. Vor allem aber betont er, dass Auswanderung im Untersuchungszeitraum kein zentrales Politikfeld gewesen und kaum öffentlich diskutiert worden sei, um keine Anreize zu schaffen. Hier sieht Sternberg eine Kontinuität seit 1848 und konstatiert, dass die Furcht vor beidem – Aus- wie Einwanderung – in Deutschland sehr ausgeprägt (gewesen) sei. Auch wenn die Diskussionen um die Auswanderung zwischen 1945 und 1960 und um die zeitgleiche ausländische Arbeitsmigration offenbar kaum miteinander

190 »Who Belongs in the Swedish People's Home?«, ist das Fazit der Studie treffend überschrieben.

191 *Jan Philipp Sternberg*, *Auswanderungsland Bundesrepublik. Denkmuster und Debatten in Politik und Medien 1945–2010* (Studien zur Historischen Migrationsforschung, Bd. 26), Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2012, brosch., 253 S., 34,90 €. Weit hinter den USA stand an zweiter Stelle der Auswanderungsziele Kanada. Ein reguläres Wanderungsabkommen existierte nur mit Australien, das seine Sichtbarkeit zu erhöhen versuchte, vgl. ebd., S. 64.

192 Für eine Neuerscheinung zu deutschsprachigen Migranten und Migrantinnen in Argentinien im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vgl. *Franka Bindernagel*, *Deutschsprachige Migranten in Buenos Aires. Geteilte Erinnerungen und umkämpfte Geschichtsbilder 1910–1932*, Paderborn 2018.

verbunden waren, wäre es interessant, möglichen (indirekten) Bezügen zwischen Aus- und Einwanderung stärker nachzugehen – auch und gerade, wenn sich das Erkenntnisinteresse auf das sich in diesen Debatten artikulierende bundesdeutsche Selbstverständnis bezieht.

III. VERTRAGSARBEIT IN DER DDR

Mit der Frage, wie sich staatliche Migrationspolitiken zum jeweiligen Selbstverständnis eines Landes verhalten, befassen sich auch Studien, welche die DDR ins Zentrum stellen. Die DDR war nicht nur ein Ausreiseland, sondern auch dasjenige Land unter den RGW-Staaten, das die meisten ausländischen Arbeitskräfte anwarb – auch wenn der Ausländeranteil von 1 % im Jahre 1989 im Vergleich mit westeuropäischen Staaten sehr gering blieb.

Bereits 2011 hat Kim Christian Priemel einen Sammelband zur Migration in die DDR vorgelegt, der in einer über mehrere Semester laufenden Seminarfolge mit Studierenden erarbeitet wurde. Während im ersten Teil politische Emigrantinnen und Emigranten und »Umsiedler« behandelt werden, widmet sich der zweite Teil den hier interessierenden »Vertragsarbeitern«. Teil drei bietet einen lesenswerten Bericht zur deutschen Migrationsforschung über die DDR (bis 2010)¹⁹³ sowie einen Beitrag über das Ausländerbild in der Tagespresse der DDR.

Aufgrund der Abwanderung aus der DDR in Richtung Westen wurden ausländische Arbeitskräfte ab den 1960er-Jahren für die DDR-Wirtschaft zu einer Notwendigkeit und dienten, vor allem seit den 1980er-Jahren, der Abfederung der Rationalisierungsrückstände in den Betrieben. Für eine Analyse des »Gastarbeiter«-Systems in Westeuropa bietet der Vergleich mit der »Vertragsarbeit« in der DDR eine interessante, noch viel zu wenig genutzte Option, um die jeweiligen Anwerbesysteme genauer zu profilieren. Auch wenn die DDR später und in viel geringerem Maße als die Bundesrepublik ausländische Arbeitskräfte anwarb, so gab es doch diverse Gemeinsamkeiten: In beiden Staaten war die Anwerbung wirtschafts- und außenpolitisch motiviert und die migrantischen Arbeitskräfte wurden in ähnlichen Beschäftigungsfeldern eingesetzt.¹⁹⁴ Selbst die (in der Bundesrepublik nur anfänglich vorherrschende) separate Unterbringung verband Bundesrepublik und DDR.¹⁹⁵

Mirjam Schulz bietet in ihrem Beitrag eine eingehende Analyse der Anwerbeverträge der DDR, die ab Mitte der 1960er-Jahre vor allem mit europäischen RGW-Staaten, ab Mitte der 1970er-Jahre dann mit Algerien und Kuba und schließlich mit Mosambik (1979) und

193 Anja Mohnke, »Migration in der DDR«. Ein vorläufiger Forschungsbericht, in: Kim Christian Priemel (Hrsg.), *Transit, Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990*, be.bra Verlag, Berlin 2011, 288. S., brosch., 24,95 €, hier: S. 272–296. Mohnke zeigt, dass das Gros der Forschung sich mit der sogenannten Vertragsarbeit befasst und weniger mit Pendlern oder entsandten ausländischen Fachkräften; Flucht und Asyl wurden erst spät ein Thema der Forschung. Vgl. dazu die jüngste Publikation von Patrice Poutrus, *Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart*, Berlin 2019. Als wichtiger Motor der Forschung zur Migration in der DDR ist das ZZF Potsdam zu nennen und insbesondere die Publikation von Jan C. Behrends/Thomas Lindenberger/Patrice Poutrus (Hrsg.), *Fremde und Fremdsein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, sowie Christian Th. Müller/Patrice Poutrus, *Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft*, Köln 2005.

194 Vgl. dazu Maren Möhring, *Mobilität und Migration in und zwischen Ost und West*, in: Frank Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015, S. 369–410. Der Frauenanteil war mit nur circa 15 % in der DDR sehr gering, vgl. Dirk Hoerder, *Geschichte der deutschen Migration. Vom Mittelalter bis heute*, München 2010, S. 110.

195 Dass auch in der DDR keineswegs durchgängig eine separate Unterbringung erfolgte, zeigt Maria Klessmann, »Wohnen-Arbeiten«. Zu den Wohnbedingungen vietnamesischer Vertragsarbeiter in Ost-Berlin, in: Priemel, *Transit, Transfer*, S. 188–210.

Vietnam (1980) geschlossen wurden.¹⁹⁶ Die für das westeuropäische »Gastarbeiter«-System herausgestellte Konkurrenz zwischen den einzelnen Entsende- wie auch den Anwerbeländern galt auch für die Arbeitsmigration in beziehungsweise nach Osteuropa. Mosambik etwa befand sich in einer deutlich schlechteren Verhandlungsposition als die europäischen Entsendeländer¹⁹⁷; aber auch die Entsendeländer konnten Druck aufbauen oder ihr Interesse verlieren, gerade wenn – wie im Falle Algeriens – die Arbeitskräfte auch in Westeuropa tätig werden konnten. Historisch ist zudem ein Wechsel von der begrenzten Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte hin zu einem »Massenimport«¹⁹⁸ oft ungelerner Arbeitsmigranten und -migrantinnen zu konstatieren, die ein Indiz für die »wachsende ökonomische Abhängigkeit des Staates von den Vertragsarbeitern« ist, wie Anja Strnad in ihrer Fallstudie zum Textilkombinat Cottbus nachweist.¹⁹⁹

Im Unterschied zur Bundesrepublik wurde in der DDR konsequent am Rotationsmodell festgehalten. Familiennachzug oder Integration waren bis zum Ende nicht vorgesehen. Auch in der DDR-Presse wurde kaum über die Anwesenheit der ausländischen Arbeitskräfte im Land berichtet, wie Jessica Haack in ihrer Analyse überregionaler Tageszeitungen zeigt.²⁰⁰ Die Berichterstattung fokussierte politische Emigranten und Emigrantinnen sowie ausländische Studierende, die das internationale Ansehen der DDR als Wissenschaftsstandort zu erhöhen versprachen. Wenn es ab und an um die angeworbenen Arbeitskräfte ging, wurden weder die Motive ihrer Anwerbung noch die vertraglichen Modalitäten erörtert; Konflikte oder gar rassistische Übergriffe (die ab Mitte der 1980er-Jahre deutlich zunahm) fanden keine Erwähnung.

Der von Haack herausgestellten Kluft zwischen Berichterstattung und Alltagspraxis widmet sich ausführlich Ann-Judith Rabenschlag in ihrer Stockholmer Dissertation »Völkerfreundschaft nach Bedarf«, in der sie einen Überblick über die Darstellung der »Vertragsarbeiter« in der DDR gibt.²⁰¹ Es geht ihr um die Wahrnehmung und den Umgang mit dieser Gruppe Nicht-Deutscher innerhalb der Aufnahmegesellschaft und mithin um einen Beitrag zur Mentalitätsgeschichte. Ihre Studie basiert auf dem Konzept des *public transcript* des Politikwissenschaftlers James C. Scott²⁰², das »einen von der herrschenden Eliten konstruierten Diskurs« bezeichnet, der zur Stabilisierung und Naturalisierung des Herrschaftsanspruchs beiträgt, und zwar gegenüber der Bevölkerung wie auch innerhalb der eigenen Gruppe.²⁰³ Die übergreifende Fragestellung lautet also, »wie in der DDR über Ausländer und das Zusammenleben mit ihnen laut parteipolitischen Vorgaben gesprochen und gedacht werden sollte.«²⁰⁴ Konkret heißt das, dass Rabenschlag das dominante *public transcript*

196 Hoerder, Geschichte der deutschen Migration, S. 110.

197 Entsprechend waren auch die Sozialleistungen nicht einheitlich geregelt und Europäer und Europäerinnen unter den »Vertragsarbeitern« sowie die Kubaner und Kubanerinnen bessergestellt.

198 Mirjam Schulz, Migrationspolitik der DDR. Bilaterale Anwerbeverträge von Vertragsarbeitern, in: Priemel, Transit, Transfer, S. 143–168, hier: S. 147.

199 Anja Strnad, Vertragsarbeiter in der Leichtindustrie am Beispiel des VEB Textilkombinats Cottbus, in: ebd., S. 169–187.

200 Jessica Haack, Ausländer in der DDR im Spiegel der überregionalen DDR-Tagespresse. Eine Analyse der Berichterstattung von den Anfängen der DDR bis zur Wiedervereinigung, in: ebd., S. 247–271. Nicht einbezogen wurden das »Bauernecho« und das »Deutsche Sportecho«; ausgewertet wurden 200 Artikel aus 40 Jahren.

201 Ann-Judith Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und Bevölkerung der DDR (Stockholm Studies in History, Bd. 102), Stockholm University, Stockholm 2014, geb., 295 S., 114,48 Skr.

202 James Scott, Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts, New Haven/London 1990.

203 Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf, S. 46.

204 Ebd., S. 46.

der »Völkerfreundschaft« und internationalen Solidarität auf seine Reproduktion, aber auch auf Abweichungen in unterschiedlichen Diskurssträngen hin untersucht. Die »Völkerfreundschaft« wurde als explizites Gegenkonzept zur kapitalistischen Ausbeutung der »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik entworfen und basierte auf zwei zentralen Erzählungen, nämlich der »zweiten Heimat« und der »doppelten [beruflichen wie ideologischen] Ausbildung« in der DDR. Die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern wurde als sozialistisch-solidarische Entwicklungshilfe verkauft.

Wie Haack konstatiert auch Rabenschlag, dass über ausländische Arbeitskräfte in der DDR kaum etwas zu erfahren war: »In der geringen Präsenz der Ausländerthematik in der Presse fand die Segregationspolitik der SED gegenüber Ausländern eine informationspolitische Entsprechung.«²⁰⁵ Neben einer Vielzahl von Zeitungsartikeln analysiert Rabenschlag auch Kontrollberichte der volkseigenen Betriebe, die sich stark am *public transcript* orientierten, aber darüber hinaus die Rentabilität der »Vertragsarbeiter« sowie Störungen im Betriebsablauf thematisierten. Außerdem wurde über Rückführungen berichtet, die aufgrund von »Disziplinlosigkeit« oder aber Schwangerschaft erfolgen konnten.²⁰⁶ Auch Stasi-Berichte, die eine klare Kosten-Nutzen-Rechnung bezüglich der Ausländerbeschäftigung zu erkennen geben, sowie Eingaben von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern untersucht Rabenschlag. Nur wenige Eingaben beziehen sich auf Ausländer und Ausländerinnen in der DDR; größtenteils geht es um binationale Liebesbeziehungen vor allem zwischen ausländischen Vertragsarbeitern und ostdeutschen Frauen. Diese forderten in ihren Beschwerden ein Einhalten des *public transcript*, das eine bessere Behandlung und Bleibeoptionen nahelegen würde. Aber es finden sich auch Eingaben, die den ausländischen Arbeitskräften Undankbarkeit und unsolidarisches Verhalten vorwarfen.²⁰⁷ In der Umbruchphase 1989/90 büßte das *public transcript* deutlich an Wirkmächtigkeit ein. Verstärkt wurden nun in den Eingaben ausländische Arbeitskräfte als Konkurrenz bekämpft und die Zurechtweisungen, mit denen rassistische Äußerungen während der DDR-Zeit vonseiten der Behörden beantwortet worden waren, erfolgten nur mehr zaghaft. Rassistische Aussagen wurden, wie Rabenschlag vermutet, nun als Ausdruck der neu gewonnenen Meinungsfreiheit gewertet. Dem *public transcript* jedenfalls kam laut Rabenschlag bis zu seiner zunehmenden Infragestellung 1989 im Hinblick auf offen rassistische Äußerungen eine mäßigende Wirkung zu. Das von der Autorin untersuchte Material macht aber deutlich, dass der Rassismus keineswegs 1989 aus dem Dornröschenschlaf erwachte, sondern tradierte Denkmuster auch in der DDR weiterlebten. Neben dem *public transcript* der »Völkerfreundschaft« existierten, so Rabenschlag, eine pragmatische, Kosten und Nutzen abwägende Perspektive auf ausländische Arbeitskräfte und ein paternalistisch-rassistischer Blick auf »die Fremden«. Damit seien sich Ost- und Westdeutschland weit ähnlicher gewesen als offiziell eingestanden.²⁰⁸ Das gilt zum Beispiel auch für die klare Differenzierung zwischen europäischen und nichteuropäischen Arbeitskräften, deren Wahrnehmung und Darstellung sich in beiden Ländern gleichermaßen unterschieden, wie Rabenschlag für die DDR am Beispiel der Migrantinnen und Migranten aus Ungarn und Mosambik aufzeigt.

205 Ebd., S. 80.

206 Schwangere Frauen nicht weiter beschäftigen zu müssen, war nicht nur in der DDR, sondern auch bei Unternehmen in Westeuropa durchaus ein Wunsch: Auch der in der Steiermark beschäftigten Slowenin Ivanka S. wurde gekündigt, nachdem sie schwanger geworden war – wenn auch widerrechtlich, *Lorber*, Angeworben, S. 218.

207 Es wurden also Abweichungen vom offiziell in der Presse vermittelten Bild des integren und dankbaren Ausländers moniert. Auch im Westen dominierte die Vorstellung, dass »eine ausländische Arbeitskraft eine ›rechtschaffene‹ Person zu sein« habe, *Sochin D'Elia*, »Man hat es doch hier mit Menschen zu tun!«, S. 230.

208 *Rabenschlag*, Völkerfreundschaft nach Bedarf, S. 111.

Trotz des Beschwörens einer »zweiten Heimat«, welche Ausländer und Ausländerinnen in der DDR finden sollten, war die SED-Politik zu keinem Zeitpunkt auf eine längerfristige Integration der angeworbenen Arbeitskräfte ausgerichtet. Beim Übergang zur Marktwirtschaft waren die ausländischen Arbeitskräfte dann die ersten, die entlassen wurden. Arbeitslosigkeit, aber auch Abfindungen, Rückkehrhilfen oder auch die Aufforderung zur Rückkehr vonseiten der Entsendeländer führten dazu, dass weniger als ein Drittel der ehemaligen »Vertragsarbeiter« im wiedervereinigten Deutschland blieb. Unter diesen waren besonders viele Vietnamesinnen und Vietnamesen, die sich oftmals selbstständig machten, um so ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Die Perspektive der ehemaligen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR fehlt sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der historiografischen Forschung²⁰⁹ – eine Leerstelle, die es für ein besseres Verständnis des Transformationsprozesses und der Rolle von Migration im wiedervereinigten Deutschland unbedingt zu füllen gilt. Während mit dem Ende der Blockkonfrontation die Vertragsarbeit in der DDR einen Abschluss fand, wurde an alte Muster der Ost-West-Migration seit den späten 1980er-Jahren wieder angeknüpft. In den 1990er-Jahren entstanden neue Formen der Arbeitsmigration, welche die Verflechtungen zwischen Ost- und Westeuropa intensivierten.

IV. NEUE FORMEN DER »GASTARBEIT«? ARBEITSMIGRATION SEIT DEN 1990ER-JAHREN UND SELBSTSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN

Mit der nach und nach erfolgenden Aufhebung der Ausreisebeschränkungen in den Ländern des (ehemaligen) Ostblocks nahm in den späten 1980er- und 1990er-Jahren zunächst die Aussiedler- und Asylzuwanderung in die Bundesrepublik massiv zu.²¹⁰ Auch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien trugen zu einem Anstieg der Zahl der Asylsuchenden bei. Außerdem kamen zwischen 1991 und 2013 circa 234.000 jüdische »Kontingentflüchtlinge« nach Deutschland, das damit nach Israel und den USA zum dritt wichtigsten Zielland der jüdischen Migration aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurde.²¹¹ Neben Flucht- und Aussiedlermigration aber entwickelten sich auch neue Formen der Arbeitsmigration. Bereits zu Beginn der 1990er-Jahre schloss die Bundesrepublik mit zahlreichen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas bilaterale Verträge ab, die größtenteils nur auf eine kurzfristige Tätigkeit in der Bundesrepublik abzielten. Die gesetzliche Basis für diese Umgehung des Anwerbestopps von 1973 bildete die 1990 eingeführte Anwerbestoppausnahmereordnung, mit deren Hilfe dringend benötigte Arbeitskräfte für bestimmte Wirtschaftssektoren gewonnen werden sollten. Neben befristeter Saisonarbeit, zu der das Gros der

209 Vgl. dazu *Möhring*, *Jenseits des Integrationsparadigmas?*, und insbesondere *Urmila Goel*, *Ungehörte Stimmen. Überlegungen zur Ausblendung von Migration in die DDR in der Migrationsforschung*, in: *Zülfükar Çetin/Duygu Gürsel/Allmende e. V.* (Hrsg.), *Wer MACHT Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen*, Münster 2013, S. 138–150.

210 Im Zeitraum von 1988 bis 2014 trafen allein mehr als drei Millionen (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler in Deutschland ein, vgl. *Barbara Dietz*, *Die Bundesrepublik Deutschland im Fokus neuer Ost-West-Wanderungen*, in: *Oltmer*, *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, S. 999–1019, hier: S. 1000. Vgl. auch *dies.*, *Europäische Integration von unten? Mittel- und osteuropäische Migranten in Deutschland und die Rolle transnationaler Netzwerke im EU-Erweiterungsprozess*, Münster 2005.

211 *Dietz*, *Die Bundesrepublik Deutschland im Fokus neuer Ost-West-Wanderungen*, S. 1007. Für eine historisch vertiefte Darstellung der jüdischen Migration nach Deutschland vgl. den kenntnisreichen Überblick von *Tobias Brinkmann*, *Migration und Transnationalität*, Paderborn 2012, der in der von Rainer Liedtke und Stefanie Schüler-Springorum herausgegebenen Reihe »Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte« erschienen ist und die Zeit vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart behandelt.

Arbeitsverhältnisse gehörte, und Werkvertragsarbeit (die auf der Kooperation zwischen Subunternehmern aus Ostmittel- und Südosteuropa und deutschen Firmen basierte) konnte eine Arbeitserlaubnis für Deutschland auch dann erteilt werden, wenn die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen täglich in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Auch sogenannte Gastarbeit war möglich, wenn die Beschäftigten aus Ostmittel- und Südosteuropa über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten und bei einem deutschen Unternehmen ihre fachlichen und sprachlichen Kenntnisse erweitern wollten. Für diese Gruppe war ein Kontingent von gut 7.000 Arbeitsplätzen vorgesehen, das jedoch nie ausgeschöpft wurde.²¹² Mit der sukzessiven Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der EU-Osterweiterung endeten diese Abkommen. Da Großbritannien und Irland bereits mit Beitritt der neuen EU-Mitgliedsstaaten 2004 (und nicht erst 2011) ihre Arbeitsmärkte geöffnet hatten, entwickelten sich diese beiden Staaten zu bevorzugten Zielländern. Die Bedeutung Deutschlands als Zielland, das 2004 noch von der Hälfte aller Migrantinnen und Migranten aus Ostmittel- und Südosteuropa gewählt worden war, nahm im Zuge dessen deutlich ab. Dennoch stellt die wieder aufgenommene Ost-West-Migration seit den späten 1980er-Jahren gerade für das wiedervereinigte Deutschland eine zentrale Zäsur in der Migrationsgeschichte des Landes dar.

Auch die Anstrengungen, auf europäischer Ebene eine gemeinsame Migrationspolitik zu etablieren, gehören zu dieser »new post-postwar migration world«.²¹³ Insbesondere die kritische Grenzregime-Forschung hat sich mit diesen Entwicklungen seit den 1990er-Jahren intensiv befasst und sich dezidiert dem Ziel verschrieben, Alternativen zur hegemonialen neoliberalen Arbeitsmigrationspolitik in Europa zu entwickeln.²¹⁴ Ansätze wie die »Autonomie der Migration« aufgreifend, wird das neue europäische Migrations- und Grenzregime a) als Reaktion auf migrantische Praxis und b) nicht als Abschottung – im Sinne der viel beschworenen »Festung Europa« –, sondern als partielle (und differentielle) Inklusion verstanden.²¹⁵ Denn keineswegs sollte, wie oben bereits angedeutet, die (Arbeits-)Migration nach Europa gänzlich unterbunden werden. Vielmehr ist zu beobachten, dass sich nach der Niederlassung (oder Rückkehr) der vormaligen »Gastarbeiterbevölkerung« aus der Zeit der Anwerbeverträge spätestens seit den 1980er-Jahren ein »neues Gastarbeitersystem« entwickelt hat, »das die gleichen Ziele mit anderen Mitteln zu erreichen versucht«, wie August Gächter für Österreich festhält.²¹⁶ Dieses neue »Regime der Saison- und Pendelmigration«²¹⁷, das eine Vielzahl von Arbeitsformen und Beschäftigungsverhältnissen aufweist, kommt in großen Teilen ohne tarifrechtliche Absicherung aus.²¹⁸ Neben

212 Vgl. Dietz, Die Bundesrepublik Deutschland im Fokus neuer Ost-West-Wanderungen, S. 1009.

213 Christian Joppke, Rezension zu Rita Chin, *Crisis of Multiculturalism in Europe. A History*, in: AHR 124, 2019, S. 610–612, hier: S. 611.

214 Vgl. zum Beispiel die Stellungnahme »Demokratie statt Integration« des Netzwerks kritische Migrations- und Grenzregimeforschung von 2010: Nein zur Ausgrenzung. Appell zum 20. Jahrestag der Einheit, in: taz, 1.10.2010. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch folgende Publikation: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa, *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld 2014.

215 Nicholas De Genova/Sandro Mezzadra/John Pickle u. a., *New Keywords: Migration and Borders*, in: *Cultural Studies* 29, 2015, S. 55–87, hier: S. 79.

216 August Gächter, *Migrationspolitik in Österreich*, o. O. 2008, S. 12.

217 Karakayalı, *Gespenster der Migration*, S. 213.

218 Dass die »Modi der Mobilität und Flexibilität« für das ausgehende 20. und 21. Jahrhundert immer bedeutsamer geworden sind, meint auch Trede, *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration*, S. 384. Vgl. auch Serhat Karakayalı/Vassilis Tsianos, *Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration*, in: *Peripherie*, 2005, Nr. 100, S. 35–64.

der Saisonarbeit in der Landwirtschaft²¹⁹ und Baubranche haben insbesondere haushaltsnahe Dienstleistungen massiv an Bedeutung gewonnen. Diese seit den 1990er-Jahren größtenteils von migrantischen Frauen ausgeführten Tätigkeiten in Haushalt und Pflege sind zunehmend in den Fokus der Migrations- und Geschlechterforschung gerückt. Anders als in den feministischen Debatten über Reproduktionsarbeit in den 1970er-Jahren sind angesichts der globalen Dimension des Phänomens aktuell transnationale und intersektionale Ansätze wie auch die Analyse neoliberaler Arbeits- und Lebensverhältnisse von besonderer Bedeutung.²²⁰

Im Gegensatz zur männlich codierten Industriearbeit basiert Pflegearbeit in weit höherem Maße auf intensiver sozialer Interaktion und emotionalen Aufgaben.²²¹ Die in privaten Haushalten beschäftigten Migrantinnen (und Migranten) und vor allem die sogenannten *live-ins* überschreiten nicht nur räumliche Grenzen, sondern oft auch soziale Grenzen und müssen sich intensiv mit anderen Mentalitäten und Gewohnheiten auseinandersetzen. Bereits 2009 hat die Kulturanthropologin Sabine Hess eine wegweisende Studie über slowakische Au-pairs in der Bundesrepublik vorgelegt, die zum einen die von den »Gastmüttern« vorgenommene Auslagerung von Sorge- und Hausarbeit auf andere, weniger privilegierte Frauen aus intersektionaler Perspektive betrachtet und zum anderen Migrationstypologien, die klar zwischen Arbeits- und Bildungsmigration unterscheiden, hinterfragt.²²² Au-pair wird als spezifisch weibliche, dem Mangel an legalen Formen der Arbeitsmigration geschuldete Migrationsstrategie sichtbar, die vielfältige Aushandlungen zwischen Au-pair und Haushaltsvorstand erfordert und oftmals in langjährige transnationale Pendelmigration mündet.

Pendelmigration ist auch das Thema einer 2014 erschienenen Studie über transnationale Wanderungsbewegungen aus Oberschlesien nach Deutschland. Ewa Palenga-Möllnbeck nimmt in ihrer soziologischen Dissertation mit Oberschlesien einen Grenzraum in den Blick, der von traditionsreichen Migrationsbewegungen sowie Mehrsprachigkeit geprägt ist.²²³ Sie hat in den Jahren 2003 und 2005/06, neben teilnehmender Beobachtung und Experteninterviews, 23 narrativ-biografische Interviews mit Migrantinnen und Migranten im Alter zwischen 23 und 65 Jahren geführt, die zur deutschen Minderheit in Oberschlesien

219 Zu polnischen Erntehelfern und -helferinnen in Deutschland vgl. *Mathias Wagner/Kamila Fialkowska/Maria Piechowska/Wojciech Lukowski*, Deutsches Waschpulver und polnische Wirtschaft. Die Lebenswelt polnischer Saisonarbeiter. Ethnographische Beobachtungen, Bielefeld 2013.

220 Die Migration osteuropäischer Care-Arbeiterinnen hat jüngst *Helma Lutz*, Die Hinterbühne der Care-Arbeit. Transnationale Perspektiven auf Care-Migration im geteilten Europa, Weinheim/Basel 2018, in dieser Hinsicht in den Blick genommen.

221 Zur wachsenden Bedeutung emotionaler Arbeit vgl. *Stefan Groth/Johannes Müske*, Arbeit 4.0? Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf Arbeit im Wandel«, in: *AugenBlick*. Konstanzer Hefte zur Medienwissenschaft, 2019, Nr. 73, S. 11–20. Vgl. auch die Themenausgabe: Arbeit am Leben – Care-Bewegung und Care-Politiken, Widersprüche 34, 2014, Nr. 134.

222 *Sabine Hess*, Globalisierte Hausarbeit. Au-pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa, Wiesbaden 2005. Für Aushandlungsstrategien zwischen *domestic workers* und ihren deutschen Arbeitgeberinnen interessiert sich auch *Kyoko Shinozaki*, Making Sense of Contradictions. Examining Negotiation Strategies of »Contradictory Class Mobility« in Filipina/Filipino Domestic Workers in Germany, in: *Geisen*, Arbeitsmigration, S. 259–278. Anhand von drei »Fällen« werden das Ausscheiden aus dem Job, die direkte Konfrontation und affektive Manipulation als Strategien von *domestic workers* herausgearbeitet. Zum politischen Aktivismus dieser Gruppe vgl. *Kyoko Shinozaki*, Irregular Migrant Citizenship. Exploring a Conceptual Horizon of Global Care Chains through Domestic Workers' Negotiation over Social and Economic Rights, in: *Maletzky/Seeliger/Wannöffel*, Arbeit, Organisation und Mobilität, S. 110–132.

223 *Ewa Palenga-Möllnbeck*, Pendelmigration aus Oberschlesien. Lebensgeschichten in einer transnationalen Region Europas, Transcript Verlag, Bielefeld 2014, 406 S., brosch., 32,99 €.

zählen und über eine doppelte Staatsangehörigkeit verfügen. Palenga-Möllnbeck untersucht die Erwerbsstrategien und soziale Praxis dieser Migrantinnen und Migranten und fragt nach den historischen Narrativen und *mental maps*, mit denen die Interviewten ihrem Handeln Bedeutung zuschreiben und mit denen sie ihre Identitäten konstruieren. In der subjektiven Wahrnehmung ist, über die Blockkonfrontation hinweg, das Festhalten an »fortbestehenden historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Bindungen der ehemaligen Grenzregion an das heutige Deutschland« zentral.²²⁴ Ausgangspunkt von Palenga-Möllnbeck ist die These, dass die von ihr untersuchten ober-schlesischen Pendlerinnen und Pendler als »Prototyp[en] transnationaler Migranten«²²⁵ gelten können. Aufgrund der kurzen Distanzen zum Arbeitsort und dem privilegierten legalen Status ist ihnen eine Arbeitsaufnahme im Ausland bei Beibehalten des Zuhauses in Polen möglich²²⁶, so dass sich die Frage transnationaler Lebensräume eher für den Aufnahme- als den Herkunftskontext stellt. Sich an die von Ludger Pries entwickelte Migrationstypologie anlehnend, fokussiert Palenga-Möllnbeck weniger den »Emigranten« und den »klassischen« Rückkehrmigranten, die sich idealtypisch durch alleinige Bezugnahme auf den Aufnahmekontext auszeichnen, sondern arbeitet am Beispiel der ober-schlesischen Pendelmigration vor allem den Typus des »Transmigranten«, der plurilokale Bezüge zu Anknüpfung- wie Herkunftskontext praktiziert²²⁷, und den Typus des *recurrent migrant* weiter aus, der sich vor allem auf den Herkunftskontext und kaum auf den Anknüpfungskontext bezieht.²²⁸ Gerade mit dem *recurrent migrant* profiliert sie eine bisher wenig theoretisierte, aber historisch lange nachweisbare Form der Migration – die temporäre Wanderarbeit. Sie verweist aber auch darauf, dass sich Migrationsstrategien und transnationale Relationen in einem beständigen Wandel befinden, »je nach den Bedürfnisse[n] der eigene[n] Lebenslage und -phase« gewählt werden²²⁹ und sich Transnationalität als Phänomen mithin nur prozessual untersuchen lässt.

Zu den bisher eher randständigen Themen in der europäischen Migrationsgeschichte gehört – anders als in den USA – auch die selbstständige Erwerbstätigkeit von Migrantinnen und Migranten. Aufgrund der starken Konzentration der Forschung auf die sogenannten Gastarbeiter und Gastarbeiterinnen sind Formen selbstständiger Erwerbstätigkeit

224 Ebd., S. 12. Selbstverständlich beantragen nicht alle, die dazu berechtigt wären, die deutsche Staatsangehörigkeit und nicht alle mit Doppelpass gehen in Deutschland arbeiten. – Narrative Interviews mit polnischen Migrantinnen und Migranten unterschiedlichen Alters und mit verschiedenen Berufen hat auch Thea D. Boldt in ihrer soziologischen Dissertation geführt und (ebenfalls) nach deren Identitätskonstruktionen gefragt. Auch bei Boldt wird der beziehungsweise den Erinnerungskulturen eine große Bedeutung zugesprochen, hier allerdings vor allem im Kontext der vergangenen deutschen und russischen Besatzung Polens und ihrer Kopplung mit aktuell erlebten Diskriminierungen in Deutschland. *Thea D. Boldt, Die stille Integration. Identitätskonstruktionen von polnischen Migranten in Deutschland*, Frankfurt am Main/New York 2011.

225 *Palenga-Möllnbeck, Pendelmigration aus Oberschlesien*, S. 13.

226 Diese Pendelmigration wird durch eine mittlerweile etablierte grenzüberschreitende Infrastruktur unterstützt, während in den frühen 1990er-Jahren noch wesentlich mehr Eigenengagement nötig war.

227 Robert Pichler hat den Terminus »home polygamy« für derartige Migrationsprozesse in einer globalisierten Welt vorgeschlagen, vgl. Tagungsbericht: Migration in and out of East and Southeast Europe. Values, Networks, Well-Being, 2.7.2015 – 4.7.2015 Regensburg, in: H-Soz-Kult, 9.9.2015, URL: <<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6151>> [20.11.2019].

228 Vgl. ihre Typologie, die sie in Anlehnung an Ludger Pries, bei dem diese Dissertation entstanden ist, entwickelt: *Palenga-Möllnbeck, Pendelmigration aus Oberschlesien*, S. 350.

229 Ebd., S. 354. Diese Handlungsfreiheit ist bei den untersuchten Doppelstaatlern und -staatlerinnen besonders groß.

tendenziell aus dem Blick geraten – und dies, obwohl eine beträchtliche Zahl ausländischer Arbeitskräfte im Laufe der Zeit den Weg in die Selbstständigkeit wählte und manche Zuwanderung auch von Beginn an mit dem Ziel einer Unternehmensgründung erfolgte. Raphaela Hettlage hat 2012 eine Studie zu dieser Gruppe von Migrantinnen und Migranten vorgelegt²³⁰ und konstatiert eingangs für die Schweiz – und dies gilt auch für andere Anwerbeländer wie Österreich, Belgien oder die Bundesrepublik –, dass eine selbstständige Erwerbstätigkeit von Ausländern und Ausländerinnen grundsätzlich nicht vorgesehen war. Eine solche Tätigkeit blieb Menschen mit schweizerischer Staatsbürgerschaft oder aber einer Niederlassungserlaubnis²³¹ vorbehalten; Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer konnten und können nur bei Vorliegen bestimmter öffentlicher oder wirtschaftspolitischer Interessen ausnahmsweise eine Zulassung erhalten. Die Entscheidung fällt die kantonale Arbeitsmarktbehörde. In der Bundesrepublik waren in solchen Fällen die Gewerbeämter zuständig, die einen weiten Ermessensspielraum besaßen.²³² Besonders restriktiv gestaltete sich die Zulassungspolitik in Belgien, wo bis 1980 sogar EG-Bürgerinnen und Bürger einer Erlaubnispflicht unterlagen.²³³

Ausländische Selbstständige sind (nicht nur) in der Schweiz besonders oft im Dienstleistungssektor tätig. 2009 waren zwei Drittel der Selbstständigen Angehörige eines EU- oder EFTA-Staates; knapp ein Drittel von ihnen war weiblich.²³⁴ Auf der Basis biografisch-narrativer Interviews und einer Analyse der Netzwerke der befragten Unternehmer und Unternehmerinnen arbeitet Hettlage als zentrale Motive für die Selbstständigkeit den Wunsch nach Autonomie und sozialem Aufstieg heraus. Die Kategorie Geschlecht spielt insofern eine zentrale Rolle, als Migrantinnen ihre Arbeitsplätze vielfach als männlich dominiert wahrnehmen und sich von einer Selbstständigkeit mehr Handlungsspielraum erhoffen. Zudem spielt der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Frauen eine größere Rolle.²³⁵ Die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Interessen, Strategien und Erfahrungen in den Blick zu nehmen, stellt ein wichtiges Plus der Studie von Hettlage dar. Sie interessiert sich weit stärker für die *agency* von Migrantinnen und Migranten als für Fragen der Integration – ein Begriff, den sie zu Recht problematisiert. In kritischer Auseinandersetzung mit Theorien zum *ethnic business* (und den Gefahren expliziter wie impliziter Ethnisierung) fokussiert Hettlage statt Ethnizität spezifische Formen des kulturellen Kapitals (nach Bourdieu). Dieses kulturelle Kapital aber schreibt sie Migrantinnen und Migranten nicht in essenzialisierender Manier zu, sondern zeigt, dass es sich um Ressour-

230 *Raphaela Hettlage*, Gründung und Anerkennung. Unternehmertum von Migrantinnen und Migranten, Peter Lang, Bern/Berlin et al. 2012, 421 S., brosch., 88,95 €. Für einen kurzen Überblick zu selbstständig erwerbstätigen Migranten und Migrantinnen vor 1945 in den Niederlanden vgl. *Lucassen/Lucassen*, Gewinner und Verlierer, S. 128ff. Die Autoren fokussieren zum einen die als exotisch wahrgenommene Produktpalette, mit der sich Migranten und Migrantinnen Nischen schufen, und zum anderen die Abwehr seitens niederländischer Berufsverbände gegen die ausländische Konkurrenz – und damit Faktoren, die auch in der Zeit nach 1945 relevant blieben.

231 Diese wird nach fünf Jahren (EU/EFTA-Angehörige) oder zehn Jahren des Aufenthalts in der Schweiz erteilt.

232 Vgl. für die Gastronomie als einen der wichtigsten Sektoren migrantischer Unternehmensgründungen *Maren Möhring*, Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland, München 2012. Weitere Arbeiten zum Thema sind derzeit in Vorbereitung, so etwa die Dissertation von Stefan Zeppenfeld (ZZF Potsdam), der sich mit der »Beschäftigung nach der »Gastarbeit« befasst und auch selbstständige Erwerbstätigkeit berücksichtigt.

233 Erst 1980 gab Belgien diesbezüglich seine »Sonderstellung unter den EG-Staaten« auf, *Pleinen*, Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, S. 108.

234 *Hettlage*, Gründung und Anerkennung, S. 52 und 54.

235 Ebd., S. 71.

cen handelt, die oftmals »in dieser Form vor der Migration noch nicht vorhanden waren«.²³⁶ Um zusätzlich auch das soziale Kapital migrantischer Unternehmer und Unternehmerinnen zu untersuchen, nimmt sie deren Netzwerke in den Blick. Neben dem Geschlecht²³⁷ erweist sich die Generation hier als (weiterer) wichtiger Faktor: Während die Netzwerke der ersten Generation noch zu zwei Dritteln aus »Co-Ethnics« bestehen, machen diese in der zweiten Generation nur noch etwa ein Drittel aus.²³⁸ Vor allem aber spielt Verwandtschaft eine weit größere Rolle als Ethnizität. Insgesamt relativiert Hettlages Studie also die Bedeutung ethnischer Zugehörigkeit zugunsten von »Kapitalausstattung (Bildung, finanzielle Möglichkeiten, biografische Ressourcen)«.²³⁹ Ihren Fokus auf die Migrationssituation und insbesondere die Migrationserfahrung nimmt die Autorin abschließend zum Anlass für die Frage, ob die Migration »alle anderen Dimensionen und Ungleichheitskategorien« beeinflusse oder womöglich nur einen »kleine[n] Bereich der biografischen Erfahrung« ausmache.²⁴⁰ Notwendig zur Klärung dieser Frage wären vergleichende Untersuchungen von migrantischen und nichtmigrantischen Unternehmerinnen und Unternehmern – ein Desiderat der Forschung.

Während Hettlage migrantische Netzwerke betrachtet, widmet sich ein von Frauke Kraas und Tabea Bork herausgegebener Sammelband dem Zusammenhang von Migrantenökonomien und Stadtentwicklung. Dabei ist es ein Anliegen des Bandes, auch praktische Handlungsempfehlungen zu geben, um das migrantische »Potenzial« für die Stadtentwicklung zu nutzen.²⁴¹ Die Herausgeberinnen bieten zunächst einen historischen Überblick vom 19. Jahrhundert bis heute, der allerdings eher aufzählenden denn kontextualisierend-erläuternden Charakter hat und vor allem die quantitative Zunahme internationaler Migration (in die Städte) darlegt.²⁴² Es werden daraufhin verschiedene Migrationstypen – von der spontanen, »auf individuellen Entscheidungen beruhende[n] freiwillige[n] Migration«, über »[s]taatlich initiierte, gesteuerte und gelenkte sowie oft von Organisationen geplante Migration« bis hin zu »plurilokale[n] Haushalte[n] und Migrationsketten« – unterschieden, aber ohne auf Fragen der Abgrenzung/Abgrenzbarkeit oder Überlappungen weiter einzugehen.²⁴³ Generell bleibt die migrationstheoretische Grundierung sehr blass; oft geht die Analyse nicht über die als »klassisch« beschriebenen Push- und Pull-Faktoren hinaus.²⁴⁴ Der Beitrag endet mit einem sehr kurzen Forschungsüberblick zu Migrantenökonomien, der

236 Sie benutzt daher den Begriff *immigrant entrepreneurship*, um die Bedeutung der Migrationserfahrung, aber nicht unbedingt der Ethnizität sichtbar zu machen.

237 So weisen die Netzwerke eine gewisse Geschlechterhomogenität auf.

238 *Hettlage*, Gründung und Anerkennung, S. 217. Mit der zweiten Generation fokussiert Hettlage die »Kinder der ehemaligen Gastarbeiter und Gastrabeiterinnen«, die über »eine andere Position im sozialen Raum als ihre Eltern« verfügen, ebd., S. 370.

239 Ebd., S. 380.

240 Ebd., S. 385.

241 *Frauke Kraas/Tabea Bork* (Hrsg.), *Urbanisierung und internationale Migration. Migrantenökonomien und Migrationspolitik in Städten*, Nomos Verlag, Baden-Baden 2012, 183 S., brosch., 19,90 €, hier: S. 9. Im Folgenden fokussiere ich auf migrantische Unternehmen und weniger auf Migrantenorganisationen, die vor allem im zweiten Teil des Bandes eine Rolle spielen. Zu Migrantinnen und Migranten als »Mittlern zwischen Kulturen« vgl. *Dita Vogel*, *Gesellschaftliches Engagement von Zuwanderern als Potenzial für die Stadt*, in: ebd., S. 111–121, hier: S. 121.

242 Neben Beiträgen zu Deutschland enthält der Band vereinzelt auch Beiträge zu anderen Ländern wie zum Beispiel China; Vergleiche aber muss die Leserin selbst vornehmen. *Tabea Bork/Birte Rafflenbeul/Frauke Kraas* u. a., *Chinas Migrations- und Stadtpolitik. Auswirkungen für afrikanische Migranten in Guangzhou und Foshan*, in: ebd., S. 149–166.

243 *Frauke Haas/Tabea Bork*, *Urbanisierung und internationale Migration. Versuch einer Standortbestimmung*, in: ebd., S. 13–30, hier: S. 17f. Der Aufsatz enthält auch noch einen kurzen Überblick über regionale Trends bei der internationalen Migration in urbane Räume.

244 Ebd., S. 17.

Theoreme wie den marginalen Unternehmer oder die Nischenökonomie benennt, diese aber kaum auf ihre Implikationen oder Folgen für die Forschung befragt. Als ein vorherrschendes Thema der Forschung zur migrantischen Selbstständigkeit wird die Frage nach der Förderung der Integration durch die selbstständige Erwerbstätigkeit ausgemacht. Tatsächlich kreisen um diese Frage viele der entsprechenden Studien, was abermals die Durchschlagskraft des Integrationsparadigmas, auch in der Forschung, belegt. Anders als in der »Gastarbeiter«-Ära fördert die Bundesrepublik heute die selbstständige Erwerbstätigkeit von Migrantinnen und Migranten – nicht zuletzt weil sie als integrationsförderlich gilt.²⁴⁵

Einen Überblick über migrantische Selbstständigkeit in der Bundesrepublik bietet Ann-Julia Schaland, die regionale Schwerpunkte sowie besonders beliebte Branchen aufzeigt und sehr klar die große Heterogenität dessen herausarbeitet, was als Migrantenökonomie firmiert.²⁴⁶ Ihrer Ansicht nach bestehen die positiven Effekte vor allem in der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, gerade für die auf dem Arbeitsmarkt oft weniger chancenreichen migrantischen Arbeitskräfte, sowie in einer »gesellschaftlich integrative[n] Funktion«. ²⁴⁷ Selbstständigkeit, so Schalands These, fördere die »Eingliederung von Migranten in die städtische Gesellschaft« und übernehme zudem eine »Stabilisierungsfunktion für Stadtquartiere«, gerade bezüglich der Nahversorgung.²⁴⁸ Diese Erkenntnisse sind nicht neu; in den letzten Jahren aber hat die sukzessive Aufwertung migrantischer Stadtviertel unter dem Stichwort *gentrification* vermehrt Aufmerksamkeit erfahren. Chinatowns etwa sind in Städten wie Amsterdam, Rotterdam oder Den Haag längst vom Stadtmarketing entdeckt und gefördert worden, weil sie Touristen und Touristinnen und eine neue (oft hochqualifizierte) Anwohnerschaft gleichermaßen anziehen.²⁴⁹ Dass sich *global cities* über migrantische Vielfalt profilieren, ist bereits oft herausgearbeitet worden. Wie sich innerhalb dieser Städtekonkurrenz kleinere Städte positionieren können, hingegen ist weniger gut erforscht.²⁵⁰ Schaland jedenfalls benennt diese Entwicklungen; eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den Logiken städtischer Inwertsetzungsprozesse und ihrer Verknüpfung mit Migration aber erfolgt nicht.

Elena Sommer problematisiert in ihrem Beitrag über russischsprachige Migrantinnen und Migranten, dass eine selbstständige Erwerbstätigkeit einerseits ein »Indikator für eine Aufwertung des sozialen Status und steigende Integration der Zuwanderer« sein kann, dass aber andererseits die vielen »aus Not gegründeten Betriebe« oft nicht überlebensfähig seien und sich als »Mobilitätsfalle« erwiesen.²⁵¹ Zu Recht hebt sie hervor, dass viele Faktoren einen Einfluss auf den Erfolg eines Betriebes haben – neben Bildungsstand, Alter, beruflicher Qualifikation oder Sprachkenntnissen auch die »Akzeptanz der jeweiligen Migrantengruppe in der Mehrheitsgesellschaft«. ²⁵² Damit macht sie implizit deutlich, dass

245 Auch die mit der jüngsten Fluchtwelle Zugewanderten werden in Politik und Öffentlichkeit in dieser Weise adressiert: *Louisa Schmidt*, Flüchtlinge als Start-up-Unternehmer, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.19.2016.

246 *Ann-Julia Schaland*, Selbstständige Migrantinnen und Migranten in deutschen Städten, in: *Kraas/Bork*, Urbanisierung und internationale Migration, S. 33–44, hier: S. 39.

247 Ebd., S. 39.

248 Ebd.

249 Vgl. *Lucassen/Lucassen*, Gewinner und Verlierer, S. 49.

250 Generell hat die Migrationstheorie und -geschichte zu Kleinstädten nur wenig zu sagen, wie *Nina Glick Schiller/Ayse Caglar/Thaddeus C. Guldbrandsen*, Jenseits der »Ethnischen Gruppe« als Objekt des Wissens. Lokalität, Globalität und Inkorporationsmuster von Migranten, in: *Helmuth Berking* (Hrsg.), Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 105–144, hier: S. 106, zu Recht betonen.

251 *Elena Sommer*, Russischsprachige Zuwanderer und ihre Ökonomie in Düsseldorf, in: *Kraas/Bork*, Urbanisierung und internationale Migration, S. 45–57, hier: S. 46

252 Ebd., S. 47.

auch die an der selbstständigen Erwerbstätigkeit festgemachte Integration von Migrantinnen und Migranten in enger Wechselbeziehung zu Einstellung und Verhalten des Umfelds stehen, Integration also auch in diesem Fall keine einseitige, allein von Migrantinnen und Migranten zu erbringende Leistung sein kann.

Der Beitrag von Patricia Ehrkamp ist sicherlich derjenige im Sammelband, der Integration am stärksten problematisiert, indem die Autorin zum einen auf ganz unterschiedliche Verständnisse und Definitionen von Integration hinweist und zum anderen ihre Studie zur »gelebten Integration« türkischer Migrantinnen und Migranten in Duisburg-Marxloh mit einem Plädoyer für die Überwindung ethnisierender und kulturalisierender Gruppenzuordnungen abschließt.²⁵³ Stattdessen regt sie – nicht als erste, aber überzeugend – die Untersuchung komplexer Nachbarschaftsbeziehungen und damit der kaum thematisierten alltäglichen Ko-Existenz an: »Integration muss langweilig werden. Wie der gelebte Alltag es eben oftmals ist.«²⁵⁴

Die beschriebene Vermarktung von »Multikulti« setzte besonders früh in Frankfurt am Main ein, das seit der Anwerbung von »Gastarbeitern« einen besonders hohen Ausländeranteil aufwies. Frankfurt gilt innerhalb der Bundesrepublik gemeinhin als die Stadt, »die den Mythos ›Multikultur‹ als Markenzeichen kultiviert und verbreitet hat« und sich auf diese Weise ein weltstädtisches Flair zuzuschreiben wusste.²⁵⁵ Frankfurt dient Ernst Karpf als Untersuchungsort für seine historisch weit ausgreifende Studie, die einen langen Zeitraum in den Blick nimmt und nicht nur eine bestimmte Migrantengruppe fokussiert.²⁵⁶ Jüdische Migration und Glaubensflüchtlinge stehen im Zentrum seiner Darstellung der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Geschichte Frankfurts; sehr kurz wird das 19. Jahrhundert und die Zeit bis 1945 abgehandelt. Der Schwerpunkt liegt klar auf der »Gastarbeiterzeit« seit 1960« und der sich »anschließende[n] Integrationsdiskussion«.²⁵⁷ Auch die in Frankfurt schnell wachsende Zahl selbstständig erwerbstätiger Migrantinnen und Migranten findet Erwähnung: 1977 wurden bereits 25 % der Gaststätten in Frankfurt von Ausländern geführt.²⁵⁸

Karpf arbeitet zunächst die Kluft zwischen gewollter »Präsenz der Migranten in der Arbeitswelt« und der als Problem aufgefassten »Präsenz in der städtischen Gemeinschaft« heraus.²⁵⁹ Wie bereits bei Sala deutlich wurde, fand auch in Frankfurt zunächst die Idee der Betreuung Zuspruch, bevor Integrationskonzepte entwickelt wurden. In den frühen 1970er-Jahren schließlich hatte sich die Stadtregierung auf Integration »als offizielles städtisches Politikziel« geeinigt.²⁶⁰ Eine zentrale Rolle hätten dabei zeitgenössische migrationssoziologische Studien gespielt sowie Migrantenbefragungen, die erstmals die Perspektive der Betroffenen berücksichtigten.²⁶¹ Bereits 1975 sprach sich die Stadt Frankfurt für

253 Patricia Ehrkamp, Gelebte Integration. Türkische Migranten im nördlichen Ruhrgebiet, in: ebd., S. 135–148.

254 Ebd., S. 146.

255 Peter Noller, Globalisierung, Stadträume und Lebensstile. Kulturelle und lokale Repräsentationen des globalen Raums, Opladen 1999, S. 237f.

256 Karpf, Eine Stadt und ihre Einwanderer. Es handelt sich hierbei um die stark überarbeitete und erweiterte Version seiner 1993 erschienenen Studie: *ders.*, Und mache es denen hiernächst Ankommen nicht so schwer. Kleine Geschichte der Zuwanderung nach Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1993.

257 Karpf, Eine Stadt und ihre Einwanderer, S. 9. Die zunehmende Europäisierung und Globalisierung der Migration gegenüber der Dominanz von Nah-Migrationen verfolgt Karpf bis ins 19. Jahrhundert zurück.

258 Ebd., S. 224.

259 Ebd., S. 133.

260 Ebd., S. 178.

261 Ebd., S. 176f.

ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus, konträr zur Entscheidung der Innenministerkonferenz.²⁶²

Für Karpf setzt die Phase der »[b]eginnde[n] Integration« erst 1974 ein, infolge des Anwerbestopps und des zunehmenden Familiennachzugs. Die Integrationspolitik wird von ihm klar als Versuch gedeutet, »die bisher unkalkulierbare Entwicklung in geordnetere Bahnen zu lenken«.²⁶³ Frankfurt nahm integrationspolitisch eine Vorreiterrolle ein; aber Karpf arbeitet auch die widersprüchlichen und im Streit liegenden Positionen innerhalb »der Stadtverwaltung« heraus, welche die Hauptakteurin in seinem Narrativ ist.²⁶⁴ Ab 2000 habe der Integrationsgedanke dann auch wachsenden Zuspruch in konservativen Kreisen gefunden; die in Frankfurt bereits erprobten Integrationskurse seien 2005 schließlich auf nationaler Ebene übernommen worden.²⁶⁵ Zeitgleich aber wurde, wie Karpf deutlich macht, das Integrationskonzept zunehmend problematisiert. Angesichts einer nicht (mehr) klar von der deutschen Mehrheitsgesellschaft abzugrenzenden migrantischen Minderheit habe sich Vielfalt neben Integration zum »zweiten Schlüsselbegriff« entwickelt.²⁶⁶ Konzepte von Diversität und *superdiversity* wurden von der kritischen Migrationsforschung entwickelt, und zwar oft im Verbund mit bestimmten Kommunen. So haben Regina Römhild und Steven Vertovec im Jahre 2009 einen »Entwurf für ein Integrations- und Diversitätskonzept für die Stadt Frankfurt am Main« vorgelegt, in dem sie den von Vertovec 2007 in die Debatte eingeführten Begriff der *superdiversity* (»Supervielfalt«) weiter profilierten und sich mit diesem Begriff einem allzu simplen Integrationsimperativ verschlossen.²⁶⁷ Damit ist die in der Migrationsforschung in den letzten Jahren vorgenommene Problematisierung des Integrationsparadigmas auch im kommunalen und politischen Alltag angekommen – beziehungsweise in und mit diesem entwickelt worden.

Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Integrationsimperativ kennzeichnet auch den von Urmila Goel, Jose Punnamparambil und Nisa Punnamparambil-Wolf herausgegebenen Sammelband mit biografischen Erzählungen und Reflexionen, die in Deutschland oder der Schweiz²⁶⁸ aufgewachsene Kinder von Migrantinnen und Migranten aus Indien verfasst haben.²⁶⁹ Bezugnehmend auf den Slogan »Kinder statt Inder«, den der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers in der deutschen Greencard-Debatte kolportierte, fokussiert der Band »InderKinder«. Für die Bundesrepublik werden zunächst fünf Phasen beziehungsweise Migrantengruppen aus Indien unterschieden: die Zuwanderung einzelner Personen zu Studien- oder Berufszwecken in den 1950er- und 1960er-Jahren, die Anwerbung von Kranken-

262 Vgl. ebd., S. 180.

263 Ebd., S. 234.

264 Diese Begrenzung seiner Studie benennt er selbst; das Buch basiert größtenteils auf Dokumenten der Stadtverwaltung; die subjektiven Perspektiven der Migrantinnen und Migranten können auf diese Weise nicht eingefangen werden, vgl. ebd., S. 260. Das Lesen wird zudem durch teils sehr lange Quellenzitate erschwert, wie bereits ein anderer Rezensent angemerkt hat: *Panikos Panayi*, Rezension von: Ernst Karpf, Eine Stadt und ihre Einwanderer. 700 Jahre Migrationsgeschichte in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 2013, in: sehepunkte 14/3, 2014, URL: <<http://www.sehepunkte.de/2014/03/23821.html>> [20.11.2019].

265 Ebd., S. 247.

266 Ebd., S. 250.

267 Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.), Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts für die Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 2009, URL: <<https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Integrationskonzept.pdf>> [20.11.2019], S. 37ff.

268 Vgl. den Beitrag des Sozialanthropologen Rohit Jain, der 2018 seine Dissertation zum Thema vorlegte: *Rohit Jain*, Kosmopolitische Pioniere. »Inder_innen der zweiten Generation« aus der Schweiz zwischen Assimilation, Exotik und globaler Moderne, Bielefeld 2018.

269 *Urmila Goel/Jose Punnamparambil/Nisa Punnamparambil-Wolf* (Hrsg.), *InderKinder*. Über das Aufwachsen und Leben in Deutschland, Heidelberg 2012.

schwwestern aus Kerala in den 1960er- und 1970er-Jahren, der Familiennachzug seit den 1970er-Jahren, die Immigration von Sikhs aus dem Punjab seit den 1980er-Jahren²⁷⁰ und die Anwerbung von IT-Fachkräften seit 2000. In der DDR waren es vor allem Studierende, die aus Indien kamen und zum Teil blieben. Insgesamt lässt sich die (Arbeits-)Migration aus Indien als im Hinblick auf Bildung und soziale Schicht privilegierte Migration beschreiben.²⁷¹

Der Band macht den – die Biografien stark prägenden – Integrationsdruck in der (bundes-)deutschen Gesellschaft deutlich und befragt damit hegemoniale migrationshistorische Narrative. Fast alle Erzählungen kreisen um die Erfahrung des »Zur/zum Anderen-gemacht-Werdens« und damit um Othering und Rassismus.²⁷² Die Pädagogin und Indologin Shobna Nijhawan etwa beschreibt, dass es nicht zuletzt der enorme Anpassungsdruck in der Bundesrepublik und die weit schlechteren Optionen, eine akademische Karriere verfolgen zu können, waren, die sie zur Auswanderung nach Kanada bewogen hätten.²⁷³ Dem Band geht es um das Hörbarmachen migrantischer Stimmen und das Sichtbarmachen von Exklusionserfahrungen sowie migrantischer *agency*, deren politische Dimension beleuchtet wird. Damit versteht sich »InderKinder« auch als ein Beitrag zur Veränderung der Repräsentationsverhältnisse in Bezug auf Migrationsthematiken.²⁷⁴

Die Repräsentationsverhältnisse kritisch zu reflektieren, ist für die öffentliche Debatte wie die Migrationsforschung gleichermaßen zentral. Zur Repräsentation gehören nicht nur verbale oder schriftliche Äußerungen, sondern auch visuelle Darstellungen, die in den letzten Jahren zunehmende Aufmerksamkeit erfahren haben²⁷⁵ und für die Wissensproduktion über Migration eine wichtige Rolle spielen. 2019 hat Tim Wolfgarten seine erziehungswissenschaftliche Dissertation publiziert, die sich den in Migrationsausstellungen in Deutschland zwischen 1974 und 2013 gezeigten Bildern »des Anderen« widmet.²⁷⁶ Er hat für diesen Zeitraum insgesamt 814 Ausstellungen eruiert, 13.039 Bilder gesammelt und erstmals systematisch deren Inhalte analysiert.²⁷⁷ Als Erziehungswissenschaftler interessiert er sich insbesondere für die visuelle Sozialisation, die konkrete Verwendung des Mediums Bild und seine affektive Dimension. Um den Bildinhalten und ihren Wirkungen auf

270 Die Stimmen der Kinder dieser besonders marginalisierten Gruppe sind im Band nicht vertreten.

271 Anders als etwa in Großbritannien, wie Nivedita Prasad herausstellt, *Nivedita Prasad/Urmila Goel*, Zu Anderen machen – Gespräch über Rassismus, Integration und Schwarzen Feminismus, in: ebd., S. 180–190, hier: S. 184.

272 *Urmila Goel*, Die Reflexionen der InderKinder – eine Einleitung zu den Essays, in: ebd., S. 136–148, hier: S. 140. Pia Skariah Thattamannil beschreibt, dass sie als Jugendliche den starken Wunsch hatte, als »Deutsche« wahrgenommen zu werden, »nicht aufzufallen« – und damit ihrer »Integrationspflicht« nachzukommen. Ihre Erlebnisse mit »weißen Deutschen« fasst sie diesbezüglich wie folgt zusammen: »Du sollst es wollen, aber kriegen wirst du es nicht.« *Pia Skariah Thattamannil*, Vom Dazwischen-Sitzen und Daneben-Benehmen. Über Erwartungen, Rassismus und weiße Empfindlichkeiten, in: ebd., S. 170–179, hier: S. 175.

273 *Shobna Nijhawan*, Punkt, Punkt, Komma, Strich – wer bin ich?, in: ebd., S. 150–158.

274 Diesen Aspekt betont und problematisiert insbesondere *Paul Mecheril*, »Selbst«-Beschreibungen: die Repräsentation und ich, in: ebd., S. 192–199.

275 Vgl. etwa die Fachtagung »Migration im Bild« von 2017, URL: <<https://arthist.net/archive/13396/view=pdf>> [20.11.2019].

276 Einleitend problematisiert Wolfgarten, dass Themenausstellungen über Migration nicht eindeutig abzugrenzen sind, weil Migration im Zuge postmigrantischer Ausstellungsstrategien nicht mehr als Sonderthema, sondern zunehmend als Querschnittsaufgabe betrachtet würde. Vgl. *Tim Wolfgarten*, Zur Repräsentation des Anderen. Eine Untersuchung von Bildern in Themenausstellungen zu Migration seit 1974, Transcript Verlag, Bielefeld 2019, 323 S., brosch., 44,99 €, hier: S. 30.

277 Ein deutlicher Anstieg derartiger Ausstellungen ist erst seit der Jahrtausendwende zu verzeichnen, vgl. ebd., S. 36.

die Spur zu kommen, kombiniert Wolfgarten eine Vielzahl von Ansätzen, unter denen Aby Warburgs ikonologische Überlegungen vor allem hervorzuheben sind. Die Studie zielt darauf ab, mehr oder weniger etablierte Bildinhalte zu bestimmen; zu diesem Zweck arbeitet Wolfgarten verschiedene Bildtypen heraus: »Freigestellte Personen«, »Anwohner« und »Arbeiter« gehören zu den fest etablierten Darstellungen; weniger häufig, aber doch noch oft finden sich die Bildtypen »Mitglieder«, »Reisende« oder auch »Feiernde«. Insgesamt ist das Spektrum an visuellen Darstellungen »des Anderen« sehr überschaubar. Die theoretisch und methodisch fundierte und differenziert argumentierende Pionierstudie lädt dazu ein, die bisherige Bildproduktion zum Thema »Migration« kritisch zu reflektieren und weist auf die symptomatischen Leerstellen im gegenwärtigen »Sichtbarkeitsdispositiv«²⁷⁸ hin. Zu diesen gehören unter anderem Bildung, staatliche Institutionen und Rassismus/Rechtsextremismus.²⁷⁹ Insgesamt überwiegen, so Wolfgarten, Dokumente »fotografischer Ihr-Bildungen«²⁸⁰, während Migration selten »gesamtgemeinschaftlich eingebunden referenziert« wird.²⁸¹ Interessant für die Migrationsgeschichte sind Wolfgartens sehr knappen Ausführungen zum Wandel der Bildinhalte beziehungsweise ihrer Rezeption.²⁸² Einerseits zeigt er auf, dass anfangs Darstellungen der Arbeitstüchtigkeit von Migranten und Migrantinnen dominierten, die ihre Nützlichkeit (gegenüber möglichen Einwänden gegen die Ausländerbeschäftigung) herauszustreichen suchten; auch Bilder, die auf Missstände etwa in der Unterbringung hinweisen sollten, finden sich vielfach. Heute werden derartige Abbildungen problematisiert – sei es, weil sie ein reduktionistisches Kosten-Nutzen-Kalkül bedienen, sei es, weil sie als Reproduktion stereotyper Darstellungen betrachtet werden, die Migrantinnen und Migranten vornehmlich als Opfer sichtbar machen. Dieses Dilemma aber ist gegenwärtig keineswegs überwunden: Nach wie vor ist die »Darstellungsweise als Leidtragende eine der wenigen legitimen Formen [...], über die in den Verhandlungsraum migrationsgesellschaftlicher Themen eingetreten werden kann«.²⁸³ Stabilisiert wird auf diese Weise auch die Gegenüberstellung von fürsorglicher Mehrheitsgesellschaft und hilfsbedürftiger Minderheit, wie Wolfgarten herausstellt.²⁸⁴ Auch aktuelle Ausstellungen

278 Diesen Begriff übernimmt Wolfgarten von *Sabine Hess*, *Politiken der (Un-)Sichtbarmachung. Eine Kritik der Wissens- und Bildproduktion zu Migration*, in: *Erol Yildiz/Marc Hill* (Hrsg.), *Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft*, Bielefeld 2014 S. 49–64, hier: S. 51.

279 *Wolfgarten*, *Zur Repräsentation des Anderen*, S. 197.

280 *Burcu Dođramaci*, *Fotografische Ihr-Bildungen. Migration in die Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre im Blick der Kamera*, in: *Christoph Rass/Melanie Ulz* (Hrsg.), *Migration ein Bild geben. Visuelle Aushandlungen von Diversität*, Wiesbaden 2018, S. 9–33.

281 *Wolfgarten*, *Zur Repräsentation des Anderen*, S. 205. Der »dominant heteronormativ ausgerichtete Diskurs zu Migration« wird, so ebd., S. 206, in seinem Korpus an keiner Stelle irritiert. Dazu gehört auch das nach wie vor dominierende Bild des männlichen Migranten (vgl. dazu *Regina Wonisch*, *Zur Repräsentation von MigrantInnen in Ausstellungen*, in: *Ausstellung Lebenswege*, S. 126–128, hier: S. 127).

282 Dass eine Folgestudie sich insbesondere für die »diachrone[] Entwicklung der Bildsprache« interessieren sollte, hat auch *Violetta Rudolf* in ihrer Rezension betont, *Violetta Rudolf*, *Rezension zu: Wolfgarten, Tim: Zur Repräsentation des Anderen. Eine Untersuchung von Bildern in Themenausstellungen zu Migration seit 1974*, Bielefeld 2019, in: *H-Soz-Kult*, 15.5.2019, URL: <<https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-30443>> [20.11.2019]. *Violetta Rudolf* arbeitet an einer Dissertation über »Die bildliche Darstellung von Migrant_innen in den bundesdeutschen Printmedien Spiegel und Stern von 1955–1998«.

283 *Wolfgarten*, *Zur Repräsentation des Anderen*, S. 249.

284 Ebd., S. 251. Dass zur Imagination »des Anderen« oft auch eine Verräumlichung der Beziehung – im Sinne einer Visualisierung von Distanz – gehört, zeigen *Sanne Boersma/Willem Schinkel*, *Imagining Society. Logics of Visualization in Images of Immigrant Integration*, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 33, 2015, H. 6, S. 1–20.

schrecken vor bestimmten anderen Bildern zurück. Der Autor zeigt überzeugend, dass Darstellungen, die das Publikum auf ambivalente Weise affizieren, tendenziell ausgeklammert werden. So nutzen Ausstellungen zwar Bilddokumente von migrantischen Demonstrationen, wenn die Teilnehmenden freundlich und zugewandt erscheinen; Darstellungen aber, die wütende oder empörte Demonstrierende zeigen, die Ängste oder Unwohlsein auslösen könnten, finden sich nur sehr vereinzelt.²⁸⁵ Wolfgang plädiert abschließend dafür, auch Angst und Wut als bedeutsame Teile des Lebens anzuerkennen und zu repräsentieren; zudem hinterfragt er – und hier ist ihm voll und ganz zuzustimmen – die Vorstellung einer generalisierten Betrachterin, die nicht verschreckt werden soll. Neue Repräsentationsverhältnisse bedürfen auch einer kritischen Reflexion der – immer wieder einfach vorausgesetzten – dominanten Blickverhältnisse.

V. FAZIT

Dieser Bericht hat sich schwerpunktmäßig mit der »Gastarbeiter«-Migration der 1950er- bis 1970er-Jahre befasst; dieser Umstand ist auch der Tatsache geschuldet, dass in genau diesem Zeitraum eine interdisziplinäre Migrationsforschung größeren Ausmaßes entstanden ist – nach einer ersten Phase im Zuge der europäischen Auswanderungsbewegungen nach Nordamerika am Ende des 19. Jahrhunderts. Das gilt es zu beachten, weil, erstens, nach wie vor viele der gängigen Konzepte und Theorien der Migrationsforschung diesem vornehmlich europäisch-transatlantischen Kontext verhaftet sind; sich die Theoreme, zweitens, damit vielfach auf die Phase der Hochindustrialisierung und fordistischen Massenproduktion beziehen²⁸⁶; und, drittens, das Paradigma der Assimilation respektive Integration, aus Sicht der Aufnahmegesellschaften, die Migrationsforschung prägt. Seit den Anwerbestopps der frühen 1970er-Jahre allerdings, so könnte man argumentieren, hat sich Migration vielfach verändert, sodass es gilt, nicht nur die bisherigen Konzepte zu hinterfragen²⁸⁷, sondern neue Theoreme und Perspektiven für die veränderten Verhältnisse zu entwickeln. Zum einen muss der globalen Dimension stärker Rechnung getragen werden.²⁸⁸ Transregionale Studien sind vonnöten, die den europäisch-atlantischen Raum überschreiten, der nach wie vor Hauptgegenstand der Migrationsforschung ist. Zudem gilt es, auch die eher Immobilien sowie ländliche Räume mit in die Forschung einzubeziehen. Zu vertieften Erkenntnissen haben darüber hinaus diejenigen Forschungsarbeiten geführt, die einen intersektionalen Ansatz verfolgen. Trotz der viel diskutierten »Feminisierung der Migration« nutzen nur wenige Studien die Analysekategorie Geschlecht systematisch. Dass aber Handlungsspielräume und Migrationsstrategien immer auch geschlechtsspezifische Beschränkungen und Muster aufweisen, sollte die Migrationsforschung endlich vollumfänglich zur Kenntnis nehmen. Nur wenige Autorinnen und Autoren betrachten Geschlecht in seinen Wechselwirkungen mit anderen Strukturkategorien. Um aber Politiken und Erfahrungen der Differenz in ihrer Vielschichtigkeit zu verstehen, ist ein intersektionaler Ansatz unumgänglich.

285 Wolfgang, Zur Repräsentation des Anderen, S. 226f.

286 Auch Josef Ehmer unterscheidet zwischen älteren Formen der Arbeitsmigration, die mit der Industrialisierung im 19. und 20. Jahrhundert weitgehend verschwunden seien, und der Arbeitsmigration im Industriezeitalter, die er darüber hinaus von aktuellen »neue Formen der Kombination von Mobilität und Sesshaftigkeit« wie im Falle des täglichen Pendelns unterscheidet, Josef Ehmer, Migrationen in der historischen Forschung. Themen und Perspektiven, in: Heinz Fassmann/Julia Dahlvik (Hrsg.), Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader, Göttingen 2012, S. 95–108, hier: S.106f.

287 Vgl. Möhring, Jenseits des Integrationsparadigmas?.

288 Vgl. Hoerder, Migration Research in Global Perspective.